

1-2/95

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

3-2026

Spendenempfehlung: 4,00 €

Ausgabe Mai-Juni 2026

Redaktionsnotiz.....	3
Produktionsverhältnisse und Moralvorstellungen.....	4
<i>Heinz Ahlreip: Die Produktionsverhältnisse zugrunde legen.....</i>	4
Monatsberichte.....	7
<i>Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert:</i>	
Wichtige Ereignisse im April 2026.....	7

<i>Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert:</i>	
Wichtige Ereignisse im Mai 2026.....	10
Der Revisionismus bereitete dem Imperialismus den Weg.....	15
<i>Heinz Ahlreip: Stalingrad – Der Anfang vom Ende. Und heute rüsten die Imperialisten wieder hoch, sie wollen Revanche.....</i>	
Der deutsche Militarismus gestern und heute.....	17
<i>Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert:</i>	
Der deutsche Militarismus.....	17
Zur Wirtschaftsgeschichte der DDR.....	43
<i>Internationale Forschungsstelle DDR, Matthew Read:</i>	
Der Weg zur „sozialistischen Warenproduktion“. Ökonomische Probleme und Debatten während des sozialistischen Aufbaus in der DDR (1950 -1963).....	42

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: foffensiv@aol.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Wir legen Euch hiermit ein Heft vor, das Euch wahrscheinlich etwas Durchhaltevermögen abverlangen wird.

Gemeint sind zwei sehr grundsätzliche und ausführliche geschichtliche Arbeiten.

Eine Arbeit zur Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung und der Diskussionen und widersprüchlichen Ansätze um die Ausgestaltung der Planwirtschaft in der DDR, wobei die parallelen Entwicklungen und gegenseitigen Beeinflussungen durch die Debatten und Ereignisse in der UdSSR, in Polen, Ungarn, der CSSR zwar nicht die Hauptrolle spielen, aber auch nicht ausgenommen werden. Vor allem aber geht es dort um die Bedeutung des Wertgesetzes im Sozialismus: „ausnutzen“ oder überwinden?

Und die andere Arbeit handelt in gleicher Ausführlichkeit von der Geschichte des deutschen Militarismus, also Blick auf die sich verändernden historischen Situationen, Möglichkeiten, Begehrlichkeiten – von damals bis heute.

Die Monatsberichte für April und Mai des Jahres und einige Reflexionen von Heinz Ahlreip runden das Heft ab.

Wir hoffen, dass Euch die so genannten „langen Riemen“, also ausführliche, umfangreiche Artikel nicht abschrecken. Die Verhältnisse sind kompliziert, und da braucht es zu ihrer Darstellung und Analyse ausreichend Raum, denn ohne grundsätzliche Analysen und ausführliche Darstellung derselben geht es nicht, wenn man nicht nur an der Oberfläche kratzen will.

Trotz all der widerlichen Verhältnissen auf der Welt wünschen wir Euch einen schönen Sommer.

Spendenkonto Offensiv:

**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,
IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.**

Produktionsverhältnisse und Moralvorstellungen

Heinz Ahlreip: Die Produktionsverhältnisse zugrunde legen

Wir alle wissen, dass der Arbeiter im rauen Kapitalismus zwangsläufig in eine Krise geraten muss, statt mit dem Fortschritt der Industrie sich zu erheben, sinkt er immer tiefer unter die Bedingungen seiner Klasse herab. Er wird zum Pauper. Und der Pauperismus entwickelt sich noch rascher als die Bevölkerung und der Reichtum, so wie es im Kommunistischen Manifest geschrieben steht.

Der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung wird entsprechend der unaufhaltsamen Vergrößerung des Produktionsprozesses von Krise zu Krise vertieft. Es liegt also eine prozessual unent-rinnbare Krisenpotenzierung vor, in der nur das Proletariat sich als revolutionäre Klasse bewährt.

Das letzte Jahrhundert hat gezeigt, dass zwei Weltkriege in historisch geringen Abstand nicht das universelle Terrain einer Weltrevolution liefern, dass die Arbeiterklasse mehrere Anläufe braucht, bis die Vereinigung der Proletarier aller Länder eines Tages gelingt.

Ohne diese welthistorisch einzulösende Perspektive ist das Leben jeder einzelnen Arbeiterin und jedes einzelnen Arbeiters nichtig, sie bleiben bis in alle Ewigkeit blinde Spielbälle fremder Mächte. Sprengen wir also mit den Mitteln der Revolution die weltweite Versklavung der arbeitenden und schaffenden Menschen, die weltweite Verschwörung des Kapitals gegen die Arbeit, damit die Welt eine menschliche wird.

Dieser Anspruch darf allerdings erhoben werden unter der Beachtung des fundamentalen Grundsatzes: *“In allen diesen Bewegungen heben sie (die Kom-*

munisten/H.A.) die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor“. (Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Werke, Band 4, Dietz Verlag Berlin 1960,493).

Die kollektive Subjekt-Objekt-Relation bestimmte schon die äußerst linke Strömung in der französischen Revolution, die imperialistische Ideologie dreht sich im Kreis und hängt sich selbst auf: Der Mensch ist böse wie der Wolf. Das ist das Armutzeugnis, das bürgerliche Ideologen im Gefolge des englischen Philosophen Thomas Hobbes der fleißigen Menschheit ausstellen.

So viel ist wahr daran, dass der Mensch im Kapitalismus im Kampf ums Einzeldasein ein Wolf unter Wölfen zu sein hat. Bürgerliche Volksunterdrückung mag es, dass Ideologen gegen bare Zahlung dies festschreiben, Schreiberlinge, die nie neben der Spur schreiben, aber stets neben der weltgeschichtlichen Spur zum Kommunismus liegen.

Es ist also längst die Grundfrage vorformuliert worden: Soll die arbeitende Menschheit Rousseau folgen, der in seinem zweiten Diskurs gegen die Ungleichheit unter den Menschen den ersten schwergewichtigen und europaweit bekannt gewordenen Einwand gegen das Privateigentum formulierte und vertrat, dass der Mensch von Natur aus gut ist, oder soll sie perversen, krank machenden und machtbesessenen und geldgierigen Menschen wie Hobbes, Hegel, Hitler, Putin, Trump, Merz, Orban, Magyar ff. folgen, die trotz verbaler Gegenrichtung vertreten, dass der Mensch von Natur aus böse ist.

Zwar schreibt Engels in seiner Studie über Feuerbach, dass Habgier und Herrschsucht als Hebel des Fortschritts zu werten sind, jedoch gilt das aus bornierter Tradition heraus im Kapitalismus und im Imperialismus, seinem letzten Stadium, und mit umgekehrten Vorzeichen auch im Sozialismus, denn gegenüber der gestürzten Bourgeoisie kann das Proletariat gar nicht habgierig und herrschsüchtig genug sein.

Hier zu milde zu sein war bekanntlich eine Schwäche der Pariser Commune, von despotischen Eingriffen in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse ist im Manifest die Rede. Trotzdem werden im Kommunismus Habgier und Herrschsucht Fremdwörter der Erinnerung sein und das, obwohl Hegel, der die Zukunft leugnete, dem also nicht essentiell war, ob der Mensch gut ist, dessen Philosophie in den Sowjet-Enzyklopädien der Sta-

linzeit völlig richtig als aristokratische Reaktion auf die bürgerliche Revolution von 1789 in Frankreich gedeutet wurde - er verunglimpfte zum Beispiel den revolutionären Terror der Jakobiner - also obwohl Hegel sagte, dass man etwas Großes sage, wenn man sage, der Mensch sei gut, aber noch etwas Größeres sage, wenn man sage, er sei böse. Diese Äußerung interpretierten die Sowjettheoretiker nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges richtig als einen Wink in imperialistischer Richtung.

Deshalb folgt hier der Name Hitler unmittelbar dem des großen Dialektikers Hegels, der sich in seiner Rechtsphilosophie von 1821 wie später Cecil Rhodes für die Eroberung von Kolonien aussprach, um die soziale Bürgerkriegsfrage in Europa zu entschärfen und obwohl das 20. und 21. Jahrhundert vehemente faschistische, menschenverachtende Exzesse aufzuweisen haben, Massaker auf Massaker, Massengräber über Massengräber, auch von demoralisierten Arbeitern begangen und angelegt, geht die Uhr der Weltgeschichte in Richtung Triumph des Kommunismus.

Die Grenzen der Politik werden unvermeidlich durch die Produktionsverhältnisse gezogen und diese müssen nüchtern herausgearbeitet werden. In ihrem Kristall erweisen sich moralische Kategorien wie das Gegensatzpaar Gut und Böse als irrelevant, als unerheblich, um die Geschichte zu beurteilen. Man muss zum Beispiel die Schuld an imperialistischen Kriegen nicht in kleinen subjektiven Radien suchen. *“Schuld daran ist die ganze Entwicklung des Kapitalismus in einem halben Jahrhundert, und es gibt daraus keinen anderen Ausweg als den Sturz der Herrschaft der Kapitalisten und die Arbeiterrevolution“*. (Lenin, Krieg und Revolution, Werke, Band 24, Dietz Verlag Berlin, 1960,407). Die ganze Entwicklung des Kapitalismus – also: die Produktionsverhältnisse müssen zugrunde gelegt werden.

Es ist ganz belanglos, wenn bürgerliche Historiker die Frage aufwerfen, ob Hitler böse war oder Stalin ober gar beide, eine ganze Videoindustrie lebt von diesen Marotten. Der historische Materialismus hat solche kindischen Fragen zu Recht ins Obsolete verfrachtet.

Monatsberichte

Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert: Wichtige Ereignisse im April 2026

(aus Pressemitteilungen deutscher Presseagenturen)

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) strebt die Rückkehr von 80 Prozent der mehr als 900.000 Syrer in Deutschland in ihr Heimatland an. Die Rahmenbedingungen in Syrien hätten sich mehr als ein Jahr nach dem Sturz von „Machthaber“ Baschar al-Assad und dem Ende des Bürgerkriegs "grundlegend verbessert", sagte Merz bei der Pressekonferenz im Kanzleramt. Deswegen müssten Schutzbedarfe auch "neu bewertet" werden. (dpa/afp)

Was ein Krieg kostet: Der Krieg gegen den Iran entwickelt sich zu einem kostspieligen Unterfangen für die USA. Amerikanische Streitkräfte haben binnen vier Wochen mehr als 850 Tomahawk-Marschflugkörper abgefeuert – eine Verbrauchsrate, die interne Diskussionen im Pentagon ausgelöst hat. Jeder Tomahawk kostet bis zu 3,6 Millionen Dollar. Neben dem Munitionsverbrauch entstehen massive Schäden durch iranische Vergeltungsschläge. Wie das "Wall Street Journal" berichtet, belaufen sich die Verluste und Beschädigungen in den ersten drei Wochen auf 1,4 bis 2,9 Milliarden Dollar.

Der ehemalige ungarische Ministerpräsident Viktor Orban stellt die Durchleitung von Erdgas durch sein Land in die Ukraine ab Juli ein. Eine diesbezügliche Verordnung erschien dazu. "Solange die Ukraine uns kein Öl gibt, solange bekommt sie aus Ungarn kein Gas", hatte Orban am Mittwoch auf seiner Facebook-Seite angekündigt. (Wie wir alle wissen, hat er inzwischen die Wahlen verloren. Nun wird nichts besser, aber vieles anders.)

Trump sagte der Financial Times, dass er sich "am liebsten" das Öl in Iran aneignen wolle. Er fügte hinzu: "Aber einige dumme Leute in den USA sagen: 'Warum tust du das?' Aber das sind dumme Leute." Ein Abkommen über eine Waffenruhe könne ziemlich schnell erzielt werden. Die Frist, um einem möglichen Abkommen zuzustimmen, läuft am 07. April ab.

Ansprache von US-Präsident Donald Trump an die Nation angekündigt: Trump wolle eine "wichtige Neuigkeit" im Bezug auf den Krieg im Iran ge-

ben. Seitdem hatte es viele Spekulationen über die Inhalte gegeben, vor allem weil sich Trump zuletzt deutlicher denn je negativ über die Nato geäußert und wiederholt ein Ende des Kriegs in Aussicht gestellt hatte.

Auch einen Regimewechsel in Iran habe die US-Regierung nie angestrebt. Trump hatte zu Beginn des Kriegs allerdings das iranische Volk dazu aufgerufen, angetrieben durch den Krieg, genau das umzusetzen. Beendet sei die US-Mission zwar noch nicht, allerdings sei man weiter kurz davor: Die "strategischen Kernziele sind kurz vor dem Abschluss". Zwei bis drei Wochen wolle das US-Militär das Land noch "extrem hart" treffen.

Der Präsident hat so offen wie nie mit einem Austritt der USA aus der Nato gedroht. Seine "Abscheu" wolle er etwa gegen das Bündnis zum Ausdruck bringen, hatte Trump am Mittwoch der Nachrichtenagentur Reuters gesagt. Zudem hatte er im Vorfeld seiner Rede das Verteidigungsbündnis mehrmals als "Papiertiger" bezeichnet.

Die USA nutzen in dem Krieg auch zahlreiche Militärbasen auf den Gebieten anderer Nato-Staaten, wie den deutschen Stützpunkt Ramstein. Trump hob zudem hervor, dass die USA im Gegensatz zu anderen Ländern auf die Bedrohung aus dem Iran reagiert habe, obwohl diese für jeden offensichtlich gewesen sei.

Auf den Angriff der USA und Israels hat der Iran mit der Blockade der Meerenge reagiert, durch die unter anderem ein Fünftel aller weltweiten Ölexporte verlaufen. Seitdem steigen weltweit die Preise für Öl, Benzin oder Gas. Trump machte in seiner Rede allerdings deutlich: Die Auflösung der Blockade ist kein Ziel der USA. Sondern es sollen sich auch andere Länder darum kümmern.

Obwohl der Krieg weltweit zu erheblichen wirtschaftlichen Turbulenzen geführt hat, sieht der Präsident die US-Wirtschaft weiter auf Kurs. Trump nutzte dafür Sätze, die er in nahezu jeder Rede verwendet: Unter ihm habe die Regierung die "stärkste Wirtschaft" in der US-Geschichte aufgebaut. Das Land sei zudem aktuell "das angesagteste" auf der gesamten Welt. Die US-Wirtschaft hat allerdings in vielen Bereichen Probleme.

Trumps sogenannter Kriegsminister Pete Hegseth hielt einen christlichen Gottesdienst ab, bei dem er sich als Prediger inszenierte. Vor ihm saßen

Soldaten, Generäle und zivile Mitarbeiter. Sie arbeiten in jener Behörde, deren offizieller Name noch immer Verteidigungsministerium lautet. Hegseth sprach dort u.a. ein martialisches Gebet: "Möge jede Kugel ihr Ziel treffen gegen die Feinde der Gerechtigkeit und unseres großen Landes." Gefolgt von einer weiteren Bitte an Gott für die eigenen Soldaten: "Gib ihnen Weisheit bei jeder Entscheidung, Ausdauer für die bevorstehende Prüfung, unzerbrechliche Einheit und überwältigende Gewalttätigkeit gegen jene, die keine Gnade verdienen."

Donald Trump ist zwar kein theologischer Denker. Aber er versteht die politische Kraft religiöser Symbolik, die seine Macht erhalten soll. Und so organisiert er bewusst Bilder von Gebeten im Weißen Haus.

Kurz vor Ablauf seines Ultimatums hat US-Präsident [Donald Trump](#) eine zweiwöchige Waffenruhe im [Iran-Krieg](#) verkündet. Teheran kündigte im Gegenzug an, die Straße von Hormus für den gleichen Zeitraum zu öffnen.

Trumps Ankündigung, die Straße von Hormuz zu blockieren, stößt in Berlin auf Zustimmung. Schon zuvor hatte Merz ein gewisses Verständnis für Trumps Drohung geäußert, die iranische Zivilisation zu vernichten.

Wenige Tage vor dem planmäßigen Auslaufen der Waffenruhe kündigt der Iran die Öffnung der Straße von Hormus an - macht sie aber mit Verweis auf die andauernde US-Seeblockade Stunden später wieder rückgängig.

SPD-Politiker Wiese: Rente "kann nicht nur eine Basisabsicherung sein"

Dass die gesetzliche Rente zur "Basisabsicherung" heruntergestuft werden soll, will man in der SPD nicht mittragen. "Wenn der Bundeskanzler die gesetzliche Rente auf eine 'Basisrente' herunter rasieren will, wird er auf den erbitterten Widerstand der Sozialdemokratie treffen", kündigte Generalsekretär Tim Klüssendorf an. Für mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland sei die gesetzliche Rente die einzige Alterssicherung, im Osten des Landes sogar für Dreiviertel aller Menschen.

Das Bundesverteidigungsministerium legt erstmals eine offizielle Militärstrategie für die Bundesrepublik vor. Deutschland soll auch militärisch zur Zentralmacht Europas werden, die Bundeswehr soll „technologisch überlegen“ sein.

Abzug von US-Soldaten aus der BRD. Aus der Bundesrepublik werden nach Trumps Ankündigung US-Soldaten abgezogen und keine Tomahawks stationiert. Forderungen nach schneller Produktion eigener Mittelstreckenwaffen mit Reichweite bis Moskau werden in Deutschland laut.

Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert: *Wichtige Ereignisse im Mai 2026*

(aus Pressemitteilungen deutscher Presseagenturen)

Die EU setzt den Freihandelsvertrag mit dem Mercosur am 1. Mai vorläufig in Kraft. Das Abkommen vergrößert vor allem die Absatzchancen für die deutsche Industrie, während der Mercosur auf die Rolle eines Rohstofflieferanten reduziert wird. Während der französische Präsident Emmanuel Macron dies als „schlechte Vorgehensweise“ kritisiert, sieht Bundeskanzler Friedrich Merz das Abkommen schon auf Dauer gestellt: „Vorläufig, meine Damen und Herren, heißt endgültig“, erklärte er auf der Hannover Messe. Die in dem Handelsabkommen vorgesehenen Zollstreichungen versprechen vor allem den deutschen Autoherstellern, Maschinenbauern, Chemiekonzernen und Pharmafirmen bessere Geschäfte. Auf der anderen Seite des Atlantiks profitieren vor allem Großagrarien von der Öffnung des EU-Markts, während der Industriesektor der vier Mercosur-Staaten stärker unter Druck gerät. Kritiker aus Brasilien warnen vor den Folgen der Förderung des agroindustriellen Modells für indigene Gemeinschaften, den Regenwald sowie Wasser, Boden und Luft. In den durch die Vereinbarung zementierten Handelsungleichgewichten, die Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay weitgehend auf die Rolle von Rohstofflieferanten reduzieren, sehen sie neokoloniale Muster fortwirken.

Forderungen nach Entwicklung eigener deutscher Flugkörper mit einer Reichweite bis nach Moskau. Nach der Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, keine Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu stationieren, werden in Berlin Forderungen nach einer beschleunigten Entwicklung eigener Flugkörper mit einer Reichweite bis nach Moskau laut. Trump hatte erklärt, er werde 5.000 US-Soldaten aus Europa abziehen und von der lange geplanten Entsendung etwa von Tomahawk-Marschflugkörpern absehen. Der Schritt wird weithin als Strafmaßnahme wegen kritische Äußerungen gegen Mittel-

streckenwaffen gesehen, heißt es in Berlin. Er verhindere im Kriegsfall das Ausschalten russischer Kommandozentralen. Daher müsse jetzt die Entwicklung eigener Mittelstreckenwaffen mit einer Reichweite von über 2.000 Kilometern schneller als geplant vorangetrieben werden.

Die Zwischenbilanz des Irankriegs: Mögliche Teileinigung zwischen den USA und Iran auf einen neuen Waffenstillstand lässt die Perspektiven für einen deutschen Marineeinsatz unklar. Die USA haben ihre Raketenbestände im Krieg stark dezimiert und erhebliche Schäden erlitten. Zu den Gründen dafür, dass US-Präsident Trump bislang darauf verzichtet, den Krieg fortzusetzen, zählt, dass die US-Streitkräfte große Mengen an Raketen verschossen haben – etwa ein Drittel ihrer gesamten Bestände an Tomahawk-Marschflugkörpern und rund die Hälfte ihrer Patriot- und THAAD-Abwehrraketen. US-Rüstungskonzerne werden Jahre benötigen, um die Bestände wieder zu füllen. Zudem sind die Schäden an diversen US-Militärstützpunkten schwer. Und da Iran wohl noch 70 Prozent seiner Raketen besitzt, drohen den USA im Fall einer Fortsetzung des Krieges weitere herbe Verluste.

China öffnet seinen Markt fast vollständig für Afrika. 53 von 54 Staaten erhalten zollfreien Zugang. Damit können nun 53 der 54 Staaten Afrikas ihre Waren zollfrei mit China handeln. Außen vor bleibt einzig das kleine Königreich Eswatini, das als einziges Land auf dem Kontinent diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhält. Der Schritt ist einseitig: Afrikanische Staaten dürfen weiterhin Zölle erheben. China ist bereits wichtigster Handelspartner des Kontinents mit 1,5 Milliarden Einwohnern. Laut "AP" erreichte der Handel 2025 ein Rekordvolumen von 348 Milliarden Dollar. Chinas Exporte nach Afrika legten um rund 25 Prozent auf 225 Milliarden zu, Importe aus Afrika dagegen nur um rund 5 Prozent auf 123 Milliarden. Experten verweisen auf daraus erwachsende hohe Schulden vieler afrikanischer Staaten bei Peking.

Trump über den Staatsbesuch in China: [Donald Trump](#) landete nach seinem zweitägigen Treffen mit [Chinas](#) Staats- und Parteichef [Xi Jinping](#) in Peking wieder in Washington. „Alles, was ich sagen kann, ist, dass es ein großer Erfolg war“, rief der US-Präsident den wartenden Reportern zu. Beobachter weltweit bewerteten die Ergebnisse der Gespräche indes kritischer. „Es ist sehr wenig Konkretes herausgekommen“, [sagte Ian Bremmer](#), Chef des Washingtoner Thinktanks Eurasia. „Dieser Gipfel war eher symbolisch als inhaltlich geprägt“, [kommentierte Rush Doshi](#), Direktor der China Strategy Initiati-

ve beim Council on Foreign Relations (CFR) und ehemaliger China-Experte im Nationalen Sicherheitsrat der [USA](#).

Etwas floskelhafter formulierte es Chinas Chefdiplomat und Außenminister Wang Yi im Anschluss an das Treffen: Die beiden Staatsoberhäupter stimmten überein, dass der Aufbau einer „konstruktiven, strategisch stabilen Beziehung zwischen China und den USA“ der wichtigste politische Konsens sei.

Russlands Präsident Putin wird zu einem zweitägigen Staatsbesuch in China erwartet. Beim Treffen mit Staatspräsident Xi dürfte erneut die "grenzenlose Freundschaft" bekräftigt werden. Beide Seiten brauchen einander. Peking und Moskau wollen die Militärzusammenarbeit vertiefen. Und es findet sich eine von Moskau immer wieder benutzte Formulierung zur „Notwendigkeit einer vollständigen Beseitigung der ursprünglichen Ursachen der ukrainischen Krise“ in dem Dokument. Dazu zählt Moskau etwa den in der ukrainischen Verfassung angestrebten Nato-Beitritt Kyiws.

Putin und Xi vereinbarten demnach auch, [die militärische Zusammenarbeit der Streitkräfte beider Länder](#) zu vertiefen. Ausgeweitet werden sollen etwa gemeinsame Militärmanöver und Luft- und Meerespatrouillen. Zudem soll gemeinsam auf „verschiedene Herausforderungen und Drohungen“ reagiert werden.

Russland bekannte sich der Erklärung zufolge auch dazu, dass die demokratisch regierte und de facto unabhängige Insel Taiwan ein Bestandteil Chinas sei.

Die wirtschaftlichen Verwerfungen, die die USA und Israel mit dem Irankrieg ausgelöst haben, stürzen die Staaten des Globalen Südens noch mehr in Armut, Hunger und Elend. Die weltweite Ernährungssicherheit ist nicht mehr gegeben. Die aktuelle Lage droht schon in Kürze 45 Millionen Menschen weltweit in akuten Hunger zu treiben. Gleichzeitig muss sich Afrika für einen Mangel an medizinischen Gütern wappnen, da der Kontinent einen Großteil davon über den Mittleren Osten importiert. Darüber hinaus droht wegen des dreifachen Schocks aus Energie- und Nahrungsmittelkrise sowie kriegsbedingt schwächerem Wirtschaftswachstum weltweit mehr als 32 Millionen Menschen die Armut – vor allem in Entwicklungsländern. Die Bundesregierung, die sich gewöhnlich als Vorkämpferin für Menschenrechte und Humanität in Szene zu setzen sucht, schweigt zu den fatalen Folgen des völker-

rechtswidrigen Angriffskriegs ihrer Verbündeten für den ärmeren Teil der Welt.

Die Europäische Union gibt dem Druck von Donald Trump in Sachen Zolldeal nach. Sie setzt den US-Zoll-Deal um: Das Abkommen beschert der angeschlagenen Wirtschaft ein gewisses Maß an Stabilität, heißt es.

Die EU plant drastisch verschärfte Zölle gegen Importe aus China. Berlin sucht in Beijing abzuwiegeln – im Interesse des deutschen Chinageschäfts. Vor der angekündigten Debatte der EU-Kommission über die Zollmaßnahmen der EU gegen China sendet Berlin stark widersprüchliche Signale. Einerseits hat Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche bei einem Besuch in Beijing für eine Fortsetzung der Wirtschaftskooperation und für Kooperation statt Konfrontation geworben – im Interesse des für viele deutsche Unternehmen nach wie vor höchst wichtigen Chinageschäfts. Zugleich besucht eine Bundestagsdelegation Taiwan, wo sie sich nicht nur für den Ausbau der zivilen Wirtschaftsbeziehungen einsetzt; von einer Zusammenarbeit bei Künstlicher Intelligenz (KI) war die Rede. Taiwans Präsident Lai Ching-te dringt zugleich auf den Ausbau der Rüstungskooperation, zu der bereits im vergangenen Jahr erste Schritte unternommen wurden. Die Volksrepublik hat mittlerweile ein erstes deutsches Rüstungsunternehmen auf eine Exportkontrollliste gesetzt; sie wirft ihm vor, in Waffenlieferungen an Taiwan involviert zu sein. Die Zollmaßnahmen, die die EU plant, orientieren sich an US-Vorbildern und umfassen unter anderem Zölle zum angeblichen Schutz der „nationalen Sicherheit“.

Die direkten Investitionen aus dem Ausland in Deutschland befinden sich seit einigen Jahren in einem stetigen Abwärtstrend. Die ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland sind 2025 das achte Jahr in Folge gesunken und erreichten ein 17-Jahres-Tief, wie eine am Donnerstag der Vorwoche veröffentlichte Umfrage des global agierenden Wirtschaftsprüfungsunternehmens EY ergab. Gegenüber 2024 gingen sie um nochmals zehn Prozent zurück und betrafen nur noch 548 Projekte. Sie fielen damit auf ein Niveau, auf dem sie sich zuletzt im Jahr 2009, während der Weltfinanzkrise, befanden. Als Gründe für den Rückgang nennt die Pressemitteilung von EY "ein schwächeres Wirtschaftswachstum (in Europa – Anm. d. Red.), eine größere Anfälligkeit gegenüber Schwankungen der Energiepreise, Handelsspannungen mit den USA sowie die anhaltenden Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und des Konflikts im Nahen Osten". In der Umfrage selbst werden außerdem hohe

Steuern, Arbeits- und Energiekosten sowie "fehlende Reformen zur Vereinfachung starrer bürokratischer Verfahren" als Ursachen für zurückgehende Investitionen genannt. Die Auslandsdirektinvestitionen in Europa insgesamt gingen 2025 um sieben Prozent zurück, so der EY-Bericht. Allerdings sind die direkten Auslandsinvestitionen im Jahr 2025 im Vergleich zu 2024 : In Frankreich um 17 Prozent, im Vereinigten Königreich um 14 Prozent. Konkrete Investitionssummen offenbart der Bericht im öffentlich zugänglichen Teil nicht.

Mit Kevin Warsh übernimmt ein Vertrauter Trumps und Vertreter eines neuen geldpolitischen Kurses die Führung der US-Notenbank: Er steht für niedrigere Leitzinsen; zudem zielt Washington auf einen schwächeren US-Dollar – zwecks Ankurbelung der Exporte – und auf eine engere Verknüpfung von Wirtschaftspolitik und Sicherheitsinteressen. Hinter Konzepten wie dem Mar-a-Lago Accord verbirgt sich der Versuch, die globale Vorrangstellung der USA unter verschärften Konkurrenzbedingungen langfristig abzusichern. Dabei sollen unter anderem Zölle, militärische Schutzgarantien und finanzpolitische Maßnahmen eng miteinander verknüpft werden. Ökonomen aus dem Umfeld von Trump diskutieren bereits Modelle, mit denen Verbündete unter Druck gesetzt werden könnten, um die gigantische Schuldenlast der USA langfristig tragfähig zu halten und gleichzeitig die US-Industrieproduktion anzukurbeln. Berliner Regierungsberater warnen, die Pläne könnten zu einer krisenhaften Entwicklung führen, die auch die EU erfassen werde.

Sowjetunion: Der Revisionismus bereitete der Konterrevolution den Weg

Heinz Ahlreip: Stalingrad – Der Anfang vom Ende. Und heute rüsten die Imperialisten wieder hoch, sie wollen Revanche

Das Blatt hatte sich im II. Weltkrieg nach der für die Wehrmacht verlorenen Schlacht gewendet zu einem Initiativen-Wechsel. Der ab 1933 anhaltende Mythos von der deutschen Unbesiegbarkeit hielt zehn Jahre.

Am 2. Februar 1943 brach der Mythos zusammen, an diesem Tag kapitulierte die gesamte 6. Armee. Wir erinnern uns: Im Kommunistischen Manifest wird Russland nicht einmal erwähnt. Jetzt kam aus Lenins Land Aufklärungsliteratur. Die deutschen Imperialisten konnten machen, was sie wollten, vor und nach Stalingrad war Deutschland das konterrevolutionärste, was Menschenrechte betrifft reaktionärste Land auf Erden. Deutschland hat sämtliche Konterrevolutionen durchlitten, schreibt der junge Marx, und nie eine erfolgreiche Revolution mitgefeiert. Möge heute das deutsche Bürgertum in diesem Spießbürgerbrei elend versinken.

Hitler sandte am 24. Januar 1943 einen Funkspruch in den Nordkessel, der 72 Tage Bestand hatte, in dem er von einem Beitrag zur Rettung des christlichen Abendlandes schwafelte. Die 6. Armee trotz deshalb dem Feind bis zum letzten Mann und bis zur letzten Patrone. So viel immerhin erkannte Hitler, als er sagte, dass, wenn „wir“ diese Schlacht verlieren, der ganze Feldzug scheitern würde. Wir werden nie mehr zurückkehren.

Dass das „Unternehmen Barbarossa“ scheitern wird, darüber gab bereits die Weltwirtschaftskrise von 1929 Auskunft, die in einigen Ländern bis in den Beginn des zweiten Weltkrieges hineinragte. In der Sowjetunion lag eine Übereinstimmung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen vor und erstere entwickelten sich zügig, stabil und kontinuierlich bei einer einheitlichen Güternormierung in der Großproduktion; in Deutschland und in den anderen kapitalistischen Ländern, in denen Anarchie der Produktion vorlag und somit ein Normierungskuddelmuddel, nahm der Produktionsprozess zwar mehr und mehr gesellschaftlichen Charakter an – kollidierte damit aber mit dem privatkapitalistisch bleibenden Eigentum an den Produktionsmitteln.

Dem Kapitalismus liegen daher wie auch schon vor 1929 und in seiner weiteren Geschichte immer wieder periodische Überproduktionskrisen inne - bei zunehmender Verarmung der Massen, also landesweit grassierender Kaufkraftverlust und riesiger Kapital- und Produktivkraftvernichtung. Die überschüssigen Waren und Produktionsanlagen müssen vernichtet werden - bei unerbittlich steigendem Hunger der Volksmassen. Aus dieser ökonomischen Disposition heraus stand der Sieger der Schlacht von Stalingrad schon 1929 fest. Der Sieg von Stalingrad zeigte nach der Abwehr ausländischer kapitalistischer Staaten während des Bürgerkriegs Anfang der 20er Jahre, dass die Zeit des Sieges raubgieriger Ausbeuterstaaten, in denen schärfster Klassenkampf

herrscht, über einen sozialistischen, in denen kameradschaftliche Beziehungen unter den Produzenten vorliegen, vorbei ist.

Aber das war noch nicht endgültig: 1956 setzte eine Entartung ein, die die Sowjetunion um eine ganze historische Epoche zurückwarf. Alle russlandfreundliche Haltung im gegenwärtigen sogenannten Ukrainekrieg muss dieses Kardinale in den Vordergrund stellen und nicht so tun, als sei Putin ein Nachfolger eines bolschewistischen Volkskommissars. Wir müssen gegen diese Elemente ein marxistisch-leninistisches Koordinatensystem verteidigen.

Erhebliche mentale Probleme hinterließ die Schlacht von Stalingrad, Kinder ohne Spielzeug, betrogene Kinder ohne Kindheit, mit verkrüppelten Seelen, lebenslang von den Bildern verfolgt, die unzählbaren nächtlichen Alpträume, Stalingrad lässt einen nicht los, schlaflose Nächte, denn wer kann die Bilder bei lebendigem Leib verbrennender Kinder auslöschen?

Nun, Faschisten, Sozialdemokraten, Imperialisten und anderes Gewürm können es. Als ob man bei perversen, konterrevolutionärem Dreck Mitmenschlichkeit erwarten darf...

Heute rüsten die Imperialisten wieder hoch, sie wollen Revanche. Oder ist es etwa Zufall, dass am 9. Mai 2026 das Hissen von Sowjetfahnen in Berlin verboten war? Berlin ist und bleibt die Hauptstadt des faschistischen Kernlandes. Aber die Sowjetrevisionisten stehen dem nicht viel nach, 1961 wurde Stalingrad in Wolgograd umgetauft. Nur: der Fluss hat nicht gesiegt, gesiegt haben die Rote Armee, der noch junge Sozialismus in der UdSSR und Stalin, der beste Schüler Lenins.

Nach dem Sieg des Revisionismus in der Sowjetunion und deren Auflösung wurde der Mensch wieder vom Sockel gestoßen, das Produkt beherrscht seitdem wieder den Produzenten. Der Revisionismus hatte sein Ziel erreicht.

Der deutsche Militarismus gestern und heute

Marxistischer Arbeitskreis, Jürgen Geppert: Der deutsche Militarismus

Der Militarismus im Allgemeinen ist ein reaktionäres politisches System herrschender Ausbeuterklassen zur Unterdrückung des eigenen Volkes und zur Verwirklichung ihrer Expansionspolitik gegenüber anderen Staaten mit militärischen Mitteln, das heißt durch Kriege.

Lenin präzisiert: *„Der moderne Militarismus ist ein Resultat des Kapitalismus. In seinen beiden Formen bildet er eine Lebenserscheinung des Kapitalismus: als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen (Militarismus nach außen ...), und als Waffe in den Händen der herrschenden Klassen zur Niederhaltung aller (ökonomischen und politischen) Bewegungen des Proletariats (Militarismus nach innen).“* (Lenin, Bd. 15, S, 187)

Die wichtigste Machtgrundlage ist der reaktionäre kapitalistische Staat mit seinen bewaffneten Kräften. Diese werden nach Ausrüstung und Stärke extrem entwickelt. Dahinter verbergen sich die aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals. Für die Bevölkerung bedeutet das Preiserhöhungen, Steuern, Zölle, Einschnitte bei den Sozialsystemen, Kriegsanleihen usw. Die gesamte Wirtschaft wird militarisiert, jede demokratische Bewegung wird unterdrückt und die militärische Ideologie wird gesellschaftlich vorherrschend. Bedrohungslügen jeglicher Art werden erfunden. Militärische Gewalt sei dann angeblich das bestmögliche Mittel zur Lösung innen- und außenpolitischer Fragen, so wird es behauptet. Das erhöht die Kriegsgefahr. Diese hat seit der Herausbildung des Imperialismus, der heute die ganze Welt umfasst, enorm zugenommen. Inhaltlich geht es um die „Neuaufteilung“ der Welt unter den Monopolbourgeoisien. *„Jetzt durchdringt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben.“* (Lenin, Bd. 23, S.78)

Der deutsche Militarismus war bis auf die kurze Zeit der Existenz der DDR stets besonders reaktionär und antidemokratisch. Deshalb werfen wir nun einen Blick in die Geschichte.

Der Ausgangspunkt für die Entwicklung des deutschen Imperialismus und in dessen Folge des deutschen Militarismus war die junkerlich-bourgeoisen Klassengrundlage der deutschen Ökonomie in der ersten Hälfte des 19. Jh., die niedergeschlagene bürgerlich-demokratische Revolution 1848/49 und der in den 60er Jahren des 19. Jh. geschlossenen Klassenkompromiss von Großbourgeoisie und Junkertums sowie die Reichsgründung durch Preußen 1871.

Militarismus nach der Reichsgründung

Im Ergebnis wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Kleinstaaten auf der Grundlage der Zollunion sowie der Einigungskriege 1864 bis 1871 und des gemeinsamen Sieges des von Preußen geführten Militärbündnisses der deutschen Staaten im Deutsch-Französischen Krieg erfolgte die Reichsgründung im Jahr 1871. Es entstand ein deutscher Nationalstaat, der von Anfang an aggressiv war. Der preußische Militarismus und der deutsche Nationalismus sind eng miteinander verbunden. Es erfolgte einer grundlegenden Neuausrichtung der Machtverhältnisse in Europa. Deutschland, nun vereinigt und gestärkt, trat als neue Großmacht auf die Bühne der Weltpolitik.

Der Militarismus des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts förderte ein Wettrüsten, das zu neuen Militärtechnologien und erhöhten Rüstungsausgaben führte. Im europäischen Denken des 19. Jahrhunderts - so wie heute - wurden Politik und militärische Macht untrennbar miteinander verbunden, ähnlich wie Politik und Wirtschaftsführung in der heutigen Zeit untrennbar geworden sind. Ein Beispiel dafür war der Rüstungskonzern Krupp. 1859 erhielt Krupp erstmalig einen preußischen Großauftrag für die Herstellung von 300 Gussstahlkanonenrohrblöcken. Krupp ging als Rüstungsbetrieb in die Geschichte ein.

Die Jahre zwischen 1890 und 1914 gelten als eine der massivsten Hochrüstungsphasen der deutschen Geschichte. In dieser Zeit wurden die rüstungswirtschaftlichen und waffentechnischen Voraussetzungen geschaffen, die den Ersten Weltkrieg als industrialisierten Krieg erst möglich machten. Großen Anteil an dieser Entwicklung hatte das von den Montankonzernen dominierte rheinisch-westfälische Industriegebiet, das vor dem Ersten Weltkrieg das Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie war. Auch im Ersten Weltkrieg wurde die Rhein-Ruhr-Region ihrem Ruf als Waffenschmiede des Deutschen Rei-

ches mehr als gerecht. (Michael Gaigalat: Rüstung für die deutsche Weltmachtpolitik. In: W&F 2015/3)

In den Jahren von 1872 bis 1913 stiegen die Militärausgaben kontinuierlich von 347 Millionen Reichsmark auf 1,8 Mrd. Reichsmark. Hier war für alle Beteiligten ein maximaler Profit möglich. Immer mehr kapitalistische Unternehmen beteiligten sich an diesem lukrativen Geschäft der Waffenproduktion. Vorher war der Rüstungsbedarf durch Produktion in staatlichen Waffenschmieden gedeckt worden. Durch den verstärkten Aufbau einer privaten Rüstungsindustrie entstand ein ökonomischer Machtkomplex, der neben seinen allgemeinen kapitalistischen Expansionsinteressen auch aus ganz spezifischen eigenen ökonomischen Interessen permanent auf Verstärkung der Rüstung drängte.

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg gingen die Aufträge für 60 Prozent der Rüstungsmittel an private Produzenten und nur noch für 40 Prozent an die staatlichen Heereswerkstätten.

Das Beispiel Rheinmetall

Um die Jahrhundertwende wurden auch die Firmen Rheinmetall und Erhardt & Heye im Rüstungssektor tätig.

1889 gründete der Hörder Bergwerks- und Hütten-Verein die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft, um für das Deutsche Kaiserreich Munition zu produzieren. Heinrich Erhard (1840–1928) leitete nicht nur den Bau des Rheinmetall-Werks in Düsseldorf, sondern auch den Betrieb bis 1920.

Das Unternehmen expandierte in den Folgejahren sehr schnell, teils durch staatliche Aufträge und teils, weil man in den Jahren 1891 und 1892 Patente auf zwei Verfahren zur Herstellung nahtloser Rohre erhielt. Rheinmetall stellte 1896 das weltweit erste felddiensttaugliche Schnellfeuergeschütz vor, das in den Folgejahren erhebliche Profite abwarf. Für die Erprobung von Waffen und Munition wurde 1899 ein Gelände in der Nähe von Unterlüß in der Lüneburger Heide gepachtet. Dieser Standort existiert heute noch und umfasst aktuell eine Fläche von 50 Quadratkilometern. Durch Firmen-Übernahmen von Rheinmetall wurde die Produktpalette um Handfeuerwaffen, Patronen und Geschosszünder erweitert.

1906 wurde das Werk in Düsseldorf erweitert. Bei Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 war Rheinmetall einer der größten Rüstungshersteller im Deutschen Kaiserreich und beschäftigte fast 8.000 Arbeiter. Bis zum Ende des Krieges vergrößerte sich die Belegschaft auf knapp 48.000 Beschäftigte.

Von der rüstungspolitischen Wende Anfang der 1890er Jahre profitierten vor allem die Firmen Krupp und Rheinmetall. Schon in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten hatte sie sich stets als verlässlicher Rüstungspartner des Deutschen Reiches erwiesen, wenn die staatlichen Heereswerkstätten mit der Waffen- und Munitionsproduktion nicht nachkamen. Trotz der schwankenden Nachfrage hatte sich eine politisch-industrielle Symbiose zwischen der Fa. Krupp, der kaiserlichen Administration und den Militärbehörden herausgebildet.

Solche Konzerne wie Krupp, Rheinmetall u.a. verdankten ihre Entwicklung vor allem den Profiten, die sie aus staatlichen Rüstungsaufträgen zogen. Aber neben der Produktion für die Aufrüstung des deutschen Militärs spielte auch damals schon der internationale Waffenhandel eine bedeutende Rolle für die deutsche Rüstungsindustrie. Auch hier waren der Krupp-Konzern und Rheinmetall an vorderster Front zu finden. Daneben etablierte sich auch die bekannte Fa. Mauser zum bedeutsamen Waffenexporteur.

Die meisten Waffengeschäfte wurden auch damals schon auf dem internationalen Markt getätigt. Krupp verdiente sein Geld vor allem mit Exportgeschäften. Von 1875 bis 1891 setzte Krupp nur 18 Prozent seiner Rüstungsproduktion im Inland ab, 82 Prozent waren Bestellungen ausländischer Militärverwaltungen. Nur durch diese Aufträge gelang es, die vorhandenen Produktionsanlagen voll auszulasten, da der eigene Staat häufig zu wenig Kriegsmaterial orderte. Das Deutsche Reich wiederum duldet die Ausfuhr von Waffen, um die Leistungsfähigkeit der privaten Rüstungsindustrie zu erhalten und die waffentechnische Entwicklung zu fördern. So löste die kriegsbedingte Aufrüstung eine Hochkonjunktur aus und sorgte bei den Unternehmen für hohe Kriegsgewinne.

Die Entwicklung des Militärs musste dem angepasst werden. Das Deutsche Reich verfügte wie der Norddeutsche Bund bis dahin über keine eigenen Landstreitkräfte. Neben der Preußischen Armee bestanden im Deutschen Reich noch die Bayerische, die Sächsische und die Württembergische Armee.

Und wie im Norddeutschen Bund nahmen auch im Deutschen Reich Spitzenbehörden der Preußischen Armee de facto die Aufgaben militärischer Spitzenbehörden des Deutschen Reiches wahr. Das Königreich Preußen gilt als die Quelle des europäischen Militarismus.

Vor der Einigung Deutschlands 1871 war Preußen das mächtigste Land unter den deutschen Königreichen. Nach der Vereinigung wurden die deutsche Regierung und die Streitkräfte nach dem preußischen Vorbild aufgebaut und viele deutsche Politiker und Generäle waren Junker. Preußens Sieg gegen Frankreich im Jahr 1871 bewies, dass die preußische Armee die gefährlichste und effektivste militärische Kraft in Europa war. Die preußischen Kommandeure, das Personal und die Methodik wurden zur Keimzelle der neuen deutschen Reichsarmee. Der deutsche Kaiser war ihr Oberbefehlshaber; er stützte sich auf einen Militärrat und einen Generalstab, deren Mitglieder aus Junkern und Berufsoffizieren bestanden. Der Reichstag, das gewählte zivile Parlament Deutschlands, hatte in militärischen Fragen nur eine beratende Funktion.

Auch als Kolonialmacht wurde das Deutsche Reich aktiv. Ab 1885 entstanden in den afrikanischen „Schutzgebieten“ Deutsch-Südwestafrika, Deutsch-Ostafrika und Kamerun kaiserliche „Schutztruppen“.

Im Jahr 1900 wurde als militärische Einrichtung unter dem Befehl des Kaisers das Reichsmilitärgericht gebildet. Und ebenfalls 1900 wurde für die Führung der internationalen Verbände zur Niederschlagung des sogenannten Boxer-Aufstandes in China das Armeeoberkommando in Ostasien gebildet. Für den deutschen Anteil an diesem Unternehmen wurde 1900 aus den Abordnungen der Streitkräfte der Mitgliedsstaaten ein Ostasiatisches Expeditionskorps gebildet, aus dem 1901 die Ostasiatische Besatzungsbrigade entstand.

Um die territorialen Streitkräfte zu stärken wurde zum Beispiel die Schaumweinsteuer 1902 vom Reichstag zur Finanzierung der kaiserlichen Kriegsflotte eingeführt. Der Beschluss des Schaumweinsteuergesetzes durch den Reichstag erfolgte nach drei Beratungen in der Sitzung am 26. April 1902. Diese Steuer wurde 1933 als eine Maßnahme zur Überwindung der Wirtschaftskrise auf Null gesenkt, aber nicht abgeschafft. 1939 wurde sie in Form eines Kriegszuschlages, besonders zur Entwicklung der U-Boot-Flotte, wieder aktiviert. Diese Steuer gibt es noch heute.

1914 - der Erste Weltkrieg

Bei der Mobilmachung im August 1914 zum Beginn des Ersten Weltkrieges trat das Deutsche Heer, bestehend aus den Armeen Preußens, Bayerns, Sachsens und Württembergs unter dem Befehl des Kaisers zusammen. Im Zuge dessen wurden zuvor nicht bestehende Armeeoberkommandos gebildet.

Der erste Weltkrieg (1914-1918) stellte nicht nur in militärischer Hinsicht eine neue Qualität dar. Durch den immensen technischen Fortschritt wurde das Kriegsgebiet über die Schützengräben hinaus ausgedehnt. Erstmals hatte so auch die Zivilbevölkerung der am Krieg beteiligten Staaten unter den Kampfhandlungen zu leiden.

Dieser Krieg war gesetzmäßig die Folge der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus und des Kampfes des Monopolkapitals um die Neuaufteilung der Welt sowie seines Strebens, die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken. Er wurde von den imperialistischen Großmächten, insbesondere von Deutschland langfristig vorbereitet. Eine neue Qualität bestand auch darin, dass sich erstmals zwei imperialistische Militärböcke (Entente und Mittelmächte) gegenüberstanden. In Überschätzung seiner militärischen Kraft und Unterschätzung seines Gegners beabsichtigte der deutsche Imperialismus im Sinne der „Blitzkriegsstrategie“ zunächst Frankreich und danach Russland zu schlagen.

Die Vorbereitung auf einen solchen Krieg erfordert die Militarisierung des gesamten Volkes und der Wirtschaft. Wie wurde dieser Krieg finanziert? Die Finanzierung des Ersten Weltkrieges mit all seinen technischen Neuerungen stellte eine bis dahin nicht gekannte Belastung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft dar. Um die Mobilmachung finanzieren zu können wurden im Jahr 1914 die bestehenden Finanzgesetze reformiert. Damit wurde bereits der Grundstein für die Inflation in der Zeit von 1918 bis 1923 gelegt. Die Annahme der deutschen Reichsregierung, der Krieg würde kurz und siegreich sein, hatte zur Folge, dass kein langfristiger Kosten- und Finanzierungsplan für diesen Krieg erarbeitet wurde. Vielmehr wurden durch weitere Änderungen der Finanz- und Steuergesetze sowie durch die Gründung von Darlehenskassen die bestehenden Vorschriften zur Deckung des Geldumlaufs langsam ausgehöhlt.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Organisation der Kriegswirtschaft wurden vom Reichstag am 4. August 1914 mit einem "Ermächtigungsgesetz"

verabschiedet, das weitreichende Eingriffe in das Wirtschaftsleben möglich machte.

Grundsätzlich gibt es drei Formen der Kriegsfinanzierung, die noch heute gelten:

1. Ein reicher Staat kann die Ausgaben für einen Krieg zumindest partiell durch Steuererhöhungen beschaffen. In den USA und in Großbritannien wurden die Kriegskosten im Ersten Weltkrieg zu je einem Viertel durch Steuererhöhungen aufgebracht. In Österreich war der Beitrag der Steuern zur Finanzierung der Kriegsausgaben gleich Null.
2. Durch *Kriegsanleihen* können die Kosten eines Krieges über viele Jahre, das heißt also über Generationen verteilt werden.
3. Der einfachste, aber auf lange Sicht problematischste Weg der Kriegsfinanzierung, der auch wirtschaftlich schwachen Staaten offensteht, besteht in der direkten Verschuldung des Staates bei der Notenbank. Er führt unmittelbar in die Inflation.

Dieser Weg wurde im Ersten Weltkrieg im Deutschen Reich eingeschlagen. Die Kriegskosten wurden zu ca. 60 % durch Kriegsanleihen und zu 40 % durch Kredite bei der Notenbank aufgebracht. Der Geldumlauf wurde vermehrt und so das Inflationspotenzial vergrößert.

Die Kriegsanleihen waren von Beginn an das wichtigste Mittel, um den Krieg überhaupt zu finanzieren. Mit Zeitungsannoncen, Plakaten und Filmen rief das Deutsche Reich regelmäßig zur Zeichnung der Kriegsanleihe auf und versprach fünf Prozent Zinsen. Das baute einen großen moralischen Druck auf, dem sich damals kaum jemand entziehen konnte. Die Rostocker Historikerin Antje Strah sagt aus: *"Die Botschaft des Deutschen Reiches war: 'Damit unterstützt Ihr Eure Männer und der Krieg wird schneller beendet sein. Alles wird sich zum Guten wenden, ihr müsst nur Euer Geld geben.'" Der gesellschaftliche Druck, das große Zinsversprechen und auch die anfängliche Kriegsbegeisterung bringen Millionen Menschen dazu zu "zeichnen". In den vier Kriegsjahren zahlen die Menschen insgesamt 98 Milliarden Mark ein und decken damit 60 Prozent der Kriegskosten. Den wachsenden Finanzbedarf des Reiches (Kriegsproduktion, Tilgung und Verzinsung der Schulden) jedoch konnte nicht gestillt werden.*

Da der Krieg nun mal kein „Blitzkrieg“ wurde, sondern länger dauerte als geplant, kam es auch in Deutschland zu Hungersnöten, die durch den extrem kalten Winter 1916/17 verschärft wurden.

Von den versprochenen Gewinnen bekamen die Geldgeber nichts, denn das Deutsche Reich verlor den Krieg. Schon vor Kriegsende hatte die Inflation eingesetzt und das Finanzsystem war komplett zusammengebrochen. Mit Kriegsschluss wurden dem Deutschen Reich Reparationszahlungen an Frankreich und Großbritannien aufgelastet. Dieses Geld sollte fortwährend gezahlt werden und dafür wurde immer mehr gedruckt, aber es stand kein Gegenwert da. So verlor das Geld praktisch von Stunde zu Stunde an Wert.

Heute sagt man zu solchen Schulden „Sondervermögen“.

Zur Ökonomie des Krieges gehören ganz allgemein und so auch im Ersten Weltkrieg drei verschiedene Ebenen, die ungeheure Herausforderungen mit sich bringen:

Zum Ersten gehörte dazu die Produktion der an der Front benötigten Rüstungsgüter, also von Waffen und Munition, wie sie während des Krieges vorher nicht gekannte Größenordnungen erreichte. Allein im Jahre 1918 etwa wurden in Deutschland mehr als viermal so viele Geschütze produziert wie die gesamte Artillerieausstattung, die das deutsche Heer vor dem Beginn des Krieges 1914 aufgewiesen hatte. Und noch weit schneller wuchs der Bedarf an Munition, Granaten und Patronen, deren Verbrauch ins schier unermessliche stieg.

Zum Zweiten war es notwendig, trotz des Vorrangs für die Rüstungsproduktion auch die Versorgung der Menschen an der Front wie in der Heimat mit Lebensmitteln und anderen Verbrauchsgütern sicherzustellen.

Zum Dritten schließlich mussten die Finanzmittel aufgebracht werden, um die enorme Rüstungsproduktion finanzieren zu können. Auf knapp 160 Milliarden Reichsmark beliefen sich Ende 1918 die Kriegskosten des Deutschen Reiches, was etwa dem Vierfachen des gesamten deutschen Volkseinkommens im Jahre 1913 und der Hälfte des geschätzten Volksvermögens insgesamt entsprach.

Die Kriegsfinanzierung auf dem Schuldenwege hatte gravierende wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen. Die Geldentwertung hatte mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges ihren Anfang genommen und setzte sich mit einem

"Inflationsjahrzent" der Jahre 1914 bis 1923/24 fort, wobei sich in den beiden letzten Jahren der Prozess zur Hyperinflation steigerte.

1918 bis 1933

Unter dem Einfluss der Februarrevolution in Russland verschärfte sich der Klassenkampf in allen imperialistischen Staaten, auch in Deutschland. Russland brach mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution als erstes Land aus dem imperialistischen System aus. 1918 war die deutsche militärische Führung gezwungen, den Krieg als verloren anzuerkennen.

Die absoluten Zahlen der Toten im Ersten Weltkrieg sind erschreckend. Laut Schätzungen verloren die Kriegsparteien insgesamt etwa 16 Millionen Menschenleben, davon:

Deutschland: Etwa 2 Millionen Soldaten und 400.000 Zivilisten,

Frankreich: Ungefähr 1,4 Millionen Soldaten und 300.000 Zivilisten,

Österreich-Ungarn: Rund 1,2 Millionen Soldaten und 400.000 Zivilisten,

Russland: Schätzungen sprechen von bis zu 2 Millionen Soldaten und einer hohen Zahl an Zivilisten,

Großbritannien: Circa 1 Million Soldaten und etwa 100.000 Zivilisten.

Die „Neuaufteilung der Welt“ geschah nicht den Interesse des Deutschen Reiches folgend, sondern zu Gunsten der Ententemächte. Dieses Ergebnis barg wie fast jeder imperialistische „Friedensschluss“ den Keim neuer Kriege in sich.

Aber zunächst entstand Hoffnung am Horizont: Mit dem Aufstand der Kieler Matrosen begann die Novemberrevolution 1918/19. Sie erzwang den Sturz der Hohenzollern-Monarchie, der Fürsten in den einzelnen deutschen Staaten und der kaiserlichen Regierung. Zur sozialistischen Revolution gelangte dieser Aufstand wegen mangelnder Klarheit der Arbeiterklasse und vor allem wegen des Verrats der Sozialdemokratischen Partei, die Rosa Luxemburg zurecht als einen „stinkenden Leichnam“ bezeichnete, leider nicht. Wäre das damals gelungen, hätte die Geschichte des 20. Jahrhunderts einen völlig anderen Verlauf genommen.

Die Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg wurde von den imperialistischen Kräften in Deutschland nicht anerkannt. Es gab zwar einen Friedensvertrag, den Friedensvertrag von Versailles, und dieser enthielt u.a. auch drastischen Beschränkungen wie Gebietsabtretungen, Verlust der deutschen Kolonien, das Rheinland wurde entmilitarisiert und dem deutschen Militär wurden Beschränkungen in der Organisation und der maximalen Größe und Bewaffnung auferlegt.

Das Deutsche Reich wurde zur Wiedergutmachung durch Reparationen verpflichtet. Eine erste Rate von 20 Milliarden Goldmark war bis April 1921 zu zahlen. Außerdem wurde eine Verkleinerung der reichsdeutschen Handelsflotte festgeschrieben. Die großen deutschen Schifffahrtswege auf der Elbe, Oder, Donau und Memel wurden zu internationalen Schiffswegen erklärt. Für fünf Jahre musste das Deutsche Reich den Siegermächten einseitig die Meistbegünstigung gewähren. Luxemburg musste die bislang bestehende Zollunion mit dem Deutschen Reich aufgeben.

Der durch den Ersten Weltkrieg abgebrochene Aufschwung der deutschen Industrie und Wirtschaft in der Zeit des Kaiserreichs konnte nach Kriegsende nicht wieder aufgenommen werden. Vielmehr kam es in der Weimarer Republik zu einer Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber der Vorkriegszeit. Deutschlands Industrieproduktion war 1919 auf den Stand von 1888 zurückgefallen. Die Wirtschaftskraft des deutschen Reiches verlor nach Kriegsende 26 Prozent der Steinkohleförderung sowie 44 Prozent der Roheisen- und 38 Prozent der Stahlproduktion. Die Abtretung Elsass-Lothringens an Frankreich bedeutete den Verlust von 70 Prozent der gesamten deutschen Erzförderung. Die Landwirtschaft verlor insgesamt einen Flächenanteil von 14 Prozent. Zur den Reparationsleistungen gehörten auch 5.000 Lokomotiven, 150.000 Eisenbahnwaggons und 5.000 Lastkraftwagen, 90 Prozent der Hochsee-Handelsflotte, die 1914 die zweitgrößte der Welt gewesen war. Erst 1927 erreichte die industrielle Produktion Deutschlands wieder den Umfang von 1913.

Man könnte annehmen, dass aus diesen dramatischen Folgen des Krieges Schlussfolgerungen in Richtung des Aufbaus eines friedlichen Staates gezogen würden. Das entspricht aber nicht dem Charakter des Imperialismus.

Im Jahr 1923 konnte die deutsche Regierung die hohen Reparationen nicht mehr zahlen. Daraufhin besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet, um Rohstoffe als Sachleistungen sicherzustellen. Es kam anschließend zum Ruhrkampf, der die wirtschaftliche Lage nochmals verschärfte und im selben Jahr eine Hyperinflation auslöste. Dem folgte eine Währungsreform mit der Einführung der Rentenmark. Durch Verhandlungen mit den Siegermächten wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, einen neuen Kurs bezüglich der Reparationszahlungen einzuschlagen.

Für den deutschen Imperialismus stand die Frage im Raum, wie sich die Weimarer Republik wirtschaftlich und militärisch in einer relativ kurzen Zeit erholen könnte, denn die jetzt vorhandene Situation war für das deutsche Monopolkapital nicht akzeptabel. 1924 wurde der Dawes-Plan verabschiedet. Dieser war von amerikanischen Krediten abhängig und gewährleistete die Finanzierung der Reparationsleistungen aus dem Ersten Weltkrieg. Der Dawes-Plan konnte die politische und wirtschaftliche Lage Deutschland zwischen 1924 und 1929 stabilisieren. Damit entstand zwar eine zunehmende Abhängigkeit des deutschen Finanzkapitals von US-amerikanischen Banken, aber diese Entwicklungshilfe gab den deutschen Imperialisten die Möglichkeit, sich auf einen Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten, was ganz im Interesse der USA stand.

1933 bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges

Nach der Etablierung des Faschismus 1933 in Deutschland erfolgte eine offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals sowie der Verschmelzung von Monopol- und Staatsmacht. Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie wurde ausgeschaltet und eine beispiellose Demagogie erhielt die Oberhand. Im Mittelpunkt der Unterdrückung und Zersplitterung der Arbeiterklasse stand der Antikommunismus, flankiert vom Rassismus. Die gesamte Gesellschaft wurde auf den nächsten imperialistischen Krieg vorbereitet.

Der militärisch-industrielle Komplex konnte sich voll entfalten, indem die Interessen der Macht und die Interessen des Rüstungskapitals miteinander verschmolzen. Die Macht der Militärhierarchie wurde zum entscheidenden gesellschaftlichen Faktor. Das ging einher mit der Manipulation der Medien und der psychologischen Beeinflussung der Menschen in der Gesellschaft. Die Welt-

wirtschaftskrise wurde in Deutschland bis 1936 in den wichtigsten Punkten bewältigt, auch in der Rüstung. Und Deutschland erreichte als eines der ersten Länder nach dem Ersten Weltkrieg wieder Vollbeschäftigung. Wesentliche Maßnahmen waren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen sowie staatliche Sparprogramme. Es erfolgte auch eine verdeckte Überschuldung des deutschen Staates mittels spezieller Wechselkredite, die nicht zurückgezahlt, sondern in Reichsschuldverschreibungen umgetauscht wurden.

Schon 1923 hatte der General Hans Seeckt den Auftrag erhalten, einen geheimen detaillierten Aufrüstungsplan zu erstellen. So sollte ein „Großes Heer“ mit einer Kriegsstärke von 2,8 bis 3 Mio. Mann aufgebaut werden. Nach diesem Plan wurde ein Bedrohungspotential aufgebaut, das eine deutsche Hegemonie auf dem europäischen Kontinent ermöglichte und auch einen Revanchekrieg nach dem Ersten Weltkrieg und einen Krieg gegen die Sowjetunion möglich machen sollte. 1935 wurde die Wehrpflicht wieder eingeführt.

Ab 1933 war bereits die Aufrüstung der Wehrmacht forciert worden. Sie erreichte im Sommer 1939 eine Stärke, die den Überfall auf Polen möglich machte. Dazu wurden 4,7 Millionen Männer einberufen. Insgesamt wurden 1939 bis 1945 über 17 Millionen Männer in den Krieg geschickt.

Dieser Krieg war von Beginn an selbstverständlich ein imperialistischer Krieg zwischen dem von Deutschland geführten Block faschistischer Staaten und dem britisch-französischen Block mit Unterstützung der USA. Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion wurde der Krieg ein Zwitter zwischen einem imperialistischen Eroberungskrieg und einem anti-sozialistischen Klassenkrieg. Von der Sowjetunion aus war er ein gerechter, antifaschistischer Befreiungskrieg.

Die Ziele des Krieges bestanden in der Ausschaltung der imperialistischen Konkurrenten in Europa und Erreichung der Vorherrschaft sowie der Durchsetzung der deutschen Weltherrschaftsansprüche. Sein Hauptziel war die Zerschlagung der Sowjetunion und der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung.

Dieser verbrecherische Krieg endete bekanntlich mit einer eindeutigen Niederlage Deutschlands.

Es war der bisher schrecklichste Krieg in der Geschichte der Menschheit. Er forderte ca. 60 bis 65 Millionen Menschenleben. Die meisten Opfer erbrachte die Sowjetunion mit ca. 27 Millionen Toten.

1945 bis 1949

Die wirtschaftliche Situation nach dem II. Weltkrieg war durch die Zerstörung wichtiger Industrieanlagen und die von den Alliierten geforderten Reparationsleistungen gekennzeichnet. Im Ergebnis von Verhandlungen im alliierten Kontrollrat wurde am 26. März 1946 im Industrieniveau-Plan festgeschrieben, welchen Umfang die deutsche Nachkriegswirtschaft haben durfte und welches Ausmaß der Kapazitätsabbau zugunsten der Reparationslieferungen haben würde.

Damit sollte das Kriegspotenzial Deutschlands vernichtet werden, und trotz Reparationen notwendige Fabriken und Ausrüstung belassen bleiben, um den Wiederaufbau einer existenzfähigen Friedenswirtschaft zu gestatten. Dieser Plan wurde zwar verändert, verfolgt aber weiter die Ziele des ursprünglichen Plans. Man ging davon aus, dass die industrielle Kapazität eine Produktion von 55% derer des Jahres 1938 hervorbringen würde, was ungefähr 70–75% der Produktion von 1936 wäre.

Schon in dieser Zeit wurde die Abhängigkeit der späteren BRD von den USA zementiert. In einer berühmt gewordenen Rede propagierte der amerikanische Außenminister George C. Marshall im Juni 1947 vor Studenten der Harvard-Universität ein umfassendes Hilfsprogramm für Europa, das im folgenden Jahr in die Tat umgesetzt wurde. Eine langfristige politische und wirtschaftliche Strategie hatte Amerikas Politiker zu der Hilfsaktion des European Recovery Program (ERP), wie die offizielle Bezeichnung des Marshall-Plans lautete, bewogen. Durch Kredite sollten die Volkswirtschaften Westeuropas zu eigener Güterproduktion befähigt werden. Gleichzeitig wurden die Empfänger gezwungen, ihre Volkswirtschaften aufeinander abzustimmen. Der Marshall-Plan bezweckte auch den Kampf gegen „kommunistischer Einflüsse auf die notleidende Bevölkerung Europas durch wirtschaftliche Immunsierung“. Nebenbei gab es auch das Ziel der langfristigen Sicherung von Absatzmärkten für die amerikanische Wirtschaft.

Die Teilnahme am Marshall-Plan war noch vor der Gründung der Bundesrepublik der erste Schritt zur Integration Westdeutschlands in das westliche

Wirtschaftssystem. Zusammen mit den schon früher gewährten Unterstützungen flossen bis 1952, dem Ende der ERP-Ära, rund drei Milliarden Dollar nach Westdeutschland.

In der sowjetisch besetzten Zone lehnte der zweite deutsche Volkskongress in Übereinstimmung mit der Besatzungsmacht UdSSR den Marshall-Plan wegen der Gefährdung der Einheit Deutschlands, restaurativer innenpolitischer Entwicklung und der Gefahr einer europäischen Blockbildung ab. Die politische Teilung Europas wurde am 1. März 1948 mit dem amerikanischen (bald: westlichen) Handelsembargo gegenüber der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten vorbereitet und nach der politischen auch die wirtschaftliche Teilung Europas manifestiert.

1949 bis 1990

Auf der Grundlage des Marshall-Plans erfolgte in Westdeutschland ein rasanter Wirtschaftsaufschwung, der durch den schnellen Anstieg des nominellen Pro-Kopf-Volkseinkommens gekennzeichnet war. Die so genannte „Soziale Marktwirtschaft“ wurde eingeführt. Es ergab sich auch die Möglichkeit zum Import erheblicher technischer Neuerungen aus den USA, die auch eine eigene deutsche Militärforschung ermöglichten. Die Verwendung neuer Techniken, die aus den USA und der eigenen militärischen Forschung der 1930er und 1940er Jahre kamen, führte zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitsproduktivität, z.B. in der chemischen Industrie um 350 %, im Metallgewerbe um 300 % und im Bergbau um 220 %.

Auch bereits in dieser Zeit wurde seitens der BRD nach Möglichkeiten einer eigenen Rüstungsindustrie gesucht. Die Firma Rheinmetall wurde wieder ein Beispiel dafür: 1945 gab es in Deutschland keine Rüstungsproduktion mehr. In den westlichen Besatzungszonen war z.B. Rheinmetall-Borsig bis 1950 von einem völligen Produktionsverbot betroffen. Ab 1950 erhielt das Unternehmen von den westlichen Alliierten das Recht, ausschließlich zivile Güter zu produzieren. Danach wurde die Firma in eine reine Holdinggesellschaft umgewandelt und zwei unabhängige Tochterunternehmen wurden gegründet: Borsig in Berlin und Rheinmetall in Düsseldorf. Die Unternehmen waren in der Folgezeit, also ab Anfang/Mitte der 1950er Jahre, an der „alliierten Auftragsproduktion“ von Rüstungsgütern beteiligt. Es bestand auch die Möglichkeit der Fortsetzung der Produktion von Waffen in ausländischen Werken. Und es

gab eine sehr frühe Kooperation zwischen Rheinmetall und Israel. Noch vor der Staatsgründung Israels 1948 bestand eine enge Zusammenarbeit in der Rüstungsforschung, die noch heute einen sehr hohen Stellenwert für beide Staaten hat.

Die Aufrüstung der BRD begann 1955 durch die USA mit der Schaffung der Bundeswehr. Die Bundeswehr war seit ihrer Gründung Mitglied des aggressiven NATO-Militärblocks, der 1949 gegründet worden war. Die Vorbereitungen für die Aufstellung der neuen Armee hatten bereits im Oktober 1950 mit der Errichtung des „Amtes Blank“ begonnen. Am 8. Juli 1955 wurde Theodor Blank zum ersten Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland ernannt. Die ersten Soldaten der Bundeswehr wurden am 12. November 1955 in Bonn vereidigt.

Der Generalleutnant Adolf Heusinger galt als Gründungsvater der Bundeswehr. Er war vor dem zweiten Weltkrieg verantwortlich für die Planung der Überfälle und des Krieges gegen Polen 1939 und die Sowjetunion 1941. An seiner Seite stand Generalleutnant Hans Seidel. Er war im Zweiten Weltkrieg Chef des Stabes der Heeresgruppe B. Diese war mit am Überfall auf die Niederlande, Belgien und Frankreich beteiligt, und auch von Beginn an bei dem Überfall gegen die Sowjetunion. Von 1957 bis 1963 war er als General der Bundeswehr Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa bei der NATO.

Bis 1957 wurden zur Bundeswehr nur Berufs- und Zeitsoldaten einberufen. Dann erfolgte die Wehrpflicht. 1960 hatte die Bundeswehr eine Stärke von 270.000 Soldaten inklusive 100.000 Wehrpflichtigen. Und bereits 1965 waren es 455.000 Soldaten mit 215.000 Wehrpflichtigen. Ende der 60iger Jahre betrug die Personalstärke ca. 600.000 Soldaten und Zivilangestellte. Die Personalstärke ging zurück und hat heute einen Stand von 262.000. Bis 2031 soll eine Stärke von 303.000 erreicht werden.

Die USA stellten die Erstausrüstung der Bundeswehr 1955 durch die sogenannte „Nash-Liste“ mit amerikanischem Material: Im zweiten Halbjahr 1955 hatte die BRD mit den USA ein Abkommen über gegenseitige Verteidigungshilfe geschlossen, durch das der Bundeswehr kostenlos amerikanische Rüstungsgüter im Wert von einer Milliarde US-Dollar zur Verfügung gestellt wurden. Nach 1956 wurden amerikanische Rüstungsgüter durch Regierungs-

käufe erworben. Es wurde in diesem Jahr auch über die Fertigung bzw. Entwicklung von schweren Waffen durch Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland entschieden. Und hier kommt wieder Rheinmetall ins Spiel.

In den Pariser Verträgen 1955 war der BRD erlaubt worden, wieder Rüstungsforschung und Rüstungsentwicklung zu betreiben. Am 23. Juni 1956 wurde Rheinmetall-Borsig von der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke GmbH (heute Saarstahl) aus dem Besitz der Bundesrepublik Deutschland übernommen. Im August wurde Borsig an die Salzgitter AG verkauft. Die Holding firmierte ab November als Rheinmetall Berlin und das Tochterunternehmen in Düsseldorf firmierte ab 1957 als Rheinmetall GmbH. Die Kontinuität des technischen Know-hows im Geschützbau und vor allem in der Organisation der Entwicklungsabteilungen blieb erhalten.

Die Wiederbelebung Rheinmetalls als Hersteller schwerer Rüstung galt für die Bundesrepublik Deutschland zu dieser Zeit als besonders sinnvoll. Wir wissen, dass der moderne Militarismus ein Resultat des Kapitalismus ist, er ist eine Lebenserscheinung dieser Gesellschaftsordnung. Und das bewahrheitete sich erneut mit den Entwicklungen des deutschen Militarismus in den 1950er Jahren.

Es bestand eine besondere Situation. Die Besonderheit bestand darin, dass nach dem zweiten Weltkrieg die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder als friedenserhaltende, aber gleichzeitig hoch verteidigungsfähige Kraft auftraten und sich hierbei nicht nur Armeen, sondern politische und militärische Bündnisse gegenüberstanden. Eine neue friedenssichernde Qualität war entstanden.

Die Bundesrepublik, fest eingebunden in die NATO und abhängig von den USA, gab die Zielstellung, wieder eine Großmacht zu werden, nie auf. So wurden z.B. bis 1959 mehr als 50 Auslandseinsätze durch die Bundeswehr in jenen Ländern durchgeführt, in denen politische und wirtschaftliche Interessen der Bundesregierung bestanden. Aktuell ist die Bundeswehr mit rund 3.500 Soldaten in 13 Auslandseinsätzen auf drei Kontinenten aktiv.

1990 – 2022

Nach der Konterrevolution 1989 in der DDR und dem Ende der Sowjetunion im Dezember 1991, denen die NATO-Osterweiterung folgte, ging die Milita-

risierung Deutschlands in eine neue Etappe. Bei den imperialen Ansprüchen der Großmächte wollte das deutsche Monopolkapital nicht abseitsstehen. An fast allen Krisenherden der Welt war es im Rahmen der NATO durch die Bundeswehr mit vertreten. Auf dem Territorium der BRD befinden sich NATO-Führungsstellen wie die Air-Base Ramstein. Das ist der größte Militärstützpunkt außerhalb der USA und der wichtigste Militärstützpunkt der USA in Europa. Somit nimmt die BRD eine zentrale Rolle in der NATO ein.

Bereits zu Beginn der 1950er-Jahre sind auf Betreiben der BRD mit dem Pleven-Plan und der Planung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft konkrete Vorhaben für eine Europaarmee verfolgt worden. Seit Anfang des Jahres 2000 wird in den Führungskreisen der BRD erneut über das Thema diskutiert. Im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ wird dieser Gedanke aktiv vorangetrieben. So soll mit Hilfe der Europäischen Union der Traum einer Großmacht wieder real werden.

2022 - heute

Das Jahr 2022 spielte im politischen Geschehen der BRD eine besondere Rolle. Kanzler Scholz erklärte in einer Regierungserklärung die „Zeitenwende“ in der Politik. Der deutsche Imperialismus macht den nächsten Schritt nach vorn: Führungsansprüche in Europa wurden gestellt, Russland und China zu Feinden erklärt. Für die Intensivierung der Aufrüstung wurden 2022 Schulden außerhalb des Haushaltsplanes (Sondervermögen Nr.1) in Höhe von 100 Milliarden Euro aufgenommen. Das regierende Personal kündigte große Einschnitte für das gesellschaftliche Leben an. So wurde der Startschuss zur Umwandlung der gesamten Gesellschaft auf die Vorbereitung eines Krieges gegeben und „Verteidigungs“minister Boris Pistorius sprach davon, Deutschland wieder „kriegsfähig“ machen zu wollen. Seit dieser Zeit überschlagen sich die Botschaften der Kriegstreiber.

Ein Beispiel: Im März 2025 wurde durch den Bundestag eine Änderung des Grundgesetzes zu den Themen Verteidigung, Infrastruktur und Klimaneutralität beschlossen. Es sieht vor, dass die Ausgaben für Verteidigung, Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie für die Nachrichtendienste ab einer bestimmten Höhe nicht mehr der Schuldenbremse unterliegen. Anders ausgedrückt: Ausgaben in Höhe von einem Prozent des nominellen Bruttoinlandsprodukts muss der Bund aus dem normalen Haushalt für diese Aufgabenfelder nehmen.

Wenn er meint, für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit mehr ausgeben zu müssen, darf er dafür neue Schulden aufnehmen.

Und so wurde sofort ein zweites Sondervermögen von 500 Mrd. Euro beschlossen. Das Institut der deutschen Wirtschaft erklärte dazu im heute-journal am 5.3.2025: „Die Sanierung von Brücken, die wir so lange unterlassen haben, ist alternativlos, der Bau von Wasserstraßen, der Bau der Autobahn, die Frage des Infrastrukturnetzes, Digital und Energie, alles ist letztlich alternativlos, und wir brauchen es jetzt. ... Wir werden verteidigungsfähig nur sein, wenn auch unsere Verkehrsinfrastruktur das ermöglicht. Wir müssen es auch im Rahmen der Sicherstellungsgesetze für den Verteidigungsfall in der europäischen Union bereithalten. Dass beispielsweise Truppen vom Westen durch Deutschland nach Osten kommen und dass umgekehrt wir diejenigen, die dann versorgt werden müssen, hier in Deutschland versorgt werden können. Verkehrsinfrastruktur ist letztlich ein sicherheitspolitisches Thema.“ (Quelle: KAZ, Nr. 391, S. 40)

NATO-Generalsekretär Rutte begrüßt die Einigung für mehr Verteidigungsausgaben. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer hält zusätzliche Reformen zum Finanzpaket für notwendig, und die Bundesregierung plant weitere Schritte, um die deutsche Rüstungsindustrie zu stärken. Damit soll erreicht werden, Schlüsseltechnologien voranzutreiben, die Branche finanziell zu stärken und bestehende Regeln zu vereinfachen. Im Wirtschafts- und im Verteidigungsministerium wird an einem entsprechenden Strategiepapier gearbeitet. Und damit sind wir wieder bei Rheinmetall.

Solche Förderpläne für die Rüstungsanstrengungen beinhaltet das Konzept für die nationale „Sicherheits- und Verteidigungsstrategie“. So werden vor allem die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Industrie zur Lieferung von Gütern und Dienstleistungen geschaffen. Dazu gehören:

- # Sicherheits- und verteidigungsindustrielle Schlüsseltechnologien fördern und mehr auf europäische und internationale Kooperationen setzen,
- # Lieferketten für die Produktion der Güter schützen,
- # die finanziellen Rahmenbedingungen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie verbessern,

den wehrtechnischen Mittelstand stärken und ausreichend Fachkräfte gewinnen.

Um einen weiteren Niedergang der Wirtschaft abzufangen und dem Schrumpfen der Wirtschaftsleistung entgegenzuwirken, treiben auch mehrere deutsche Bundesländer den Ausbau der Rüstungsindustrie energisch voran. In Baden-Württemberg soll sich die Branche zu einem neuen industriellen Schwerpunkt entwickeln und strebt dabei in möglichst vielen Rüstungssparten „Technologie-Führerschaft“ an. Die Regierung des Saarlands bereitet einen „Rüstungsgipfel“ vor und wirbt bei führenden Waffenschmiedern um die Ansiedlung neuer Fabriken. Hilfreich sei auch die Übernahme bisher ziviler Fabriken und Fachkräfte etwa aus der schwächelnden Kfz-Industrie.

Die Kriegsplanungen der Bundeswehr sehen eine erweiterte Nutzung ziviler Logistikkonzerne wie der Deutschen Bahn oder der Lufthansa für den Transport von Nachschub an die Front, für die Soldatenausbildung und für die Wartung von Kriegsgerät vor. Dies berichtet das Handelsblatt. Demnach sind etwa für den Fall eines Kriegs mit Russland Flüge für NATO-Soldaten mit Lufthansa-Maschinen an die Ostfront im Gespräch. Die Lufthansa, die sich schon seit den 1960er Jahren an der Ausbildung von Transportpiloten der Bundeswehr beteiligt, könne dies künftig auch für Kampffjetpiloten tun, heißt es. Zudem will die Konzernsparte „Lufthansa Technik Defense“ in Zukunft Kampffjets, Hubschrauber und Seefernaufklärer der Bundeswehr warten und reparieren; sie würde damit zum Rüstungskonzern. Die Deutsche Bahn wiederum hat sich verpflichtet, auf Abruf etwa Flachwagen für den Transport von Panzern bereitzustellen. Laut Berichten ist sie mit der Bundeswehr zudem über einen Umbau von ICE-Waggons zu Bettenwagen zum Verwundetentransport in Verhandlung. Die Deutsche Bahn, Lufthansa und weitere Firmen geraten damit in den Sog des Umbaus der deutschen Wirtschaft zur Kriegsindustrie.

Das wird in Kapitalistenkreisen gern gesehen. Wie erreicht man neue Profitquellen für das Kapital? Unter anderem durch die Rüstungsindustrie und vor allem dann, wenn die Rüstungsgüter auch verbraucht werden, wie z.B. durch den Ukrainekrieg. Die Rüstungsindustrie in Deutschland erlebt vor dem Hintergrund internationaler Konflikte einen beispiellosen Aufschwung. Die Bundesregierung genehmigte 2025 Rüstungsexporte von über 13,11 Milliarden Euro, ein neuer Höchstwert. Die Zahlen bestätigen, dass 2025 für die deutsche Rüstungsindustrie ein weiteres Rekordjahr darstellte, in dem die Gewinne

durch den Ausbau der Produktion und die weltweit steigende Nachfrage massiv zunehmen. Sie soll zunehmend als ein "Rettungsanker" für Teile der deutschen Wirtschaft fungieren.

Während weite Teile der deutschen Industrie stagnieren oder schrumpfen, verzeichnet die Rüstungsbranche durch den Ukraine-Krieg und gestiegene Verteidigungsausgaben Rekordaufträge. Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall, Hensoldt oder KNDS stellen verstärkt Personal ein, oft auch von kriselnden Automobilzulieferern. Die Branche wird als Jobmotor wahrgenommen, der den Stellenabbau im produzierenden Gewerbe dämpft. Viele Unternehmen, besonders Zulieferer aus der Automobilbranche, stellen ihre Produktion teilweise oder gänzlich auf Rüstungsgüter um, um von den Investitionen und von der Nachfrage der Bundeswehr zu profitieren. Fachkräfte aus den Bereichen Elektromobilität und Softwareentwicklung wechseln in den Verteidigungssektor. Das so genannte Sondervermögen für die Bundeswehr führt zu einem Auftragsboom. Die Verteidigungsausgaben sollen auf über 2 % des BIP steigen.

Es ist festzustellen, dass die Rüstungsindustrie derzeit einer der wenigen Wachstumsbereiche der deutschen Wirtschaft ist und in der aktuellen wirtschaftlichen Stagnationsphase in Deutschland eine stützende Funktion übernimmt. Die wachsende Nachfrage nach Waffen und Munition führt zu einer Erweiterung der Produktionskapazitäten durch die Einbeziehung bisher ziviler Industriewerke. Zudem verzeichneten die vier größten deutschen Rüstungsfirmen im Jahr 2025 eine Umsatzsteigerung von 36 %. Das führte dazu, dass die größten deutschen Rüstungskonzerne, angeführt von der Rheinmetall AG, im Jahr 2025 aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage im Zuge des Ukraine-Krieges und internationaler Aufrüstung Rekordgewinne durch Rekordumsätze verbuchen konnten. Für 2026 gehen die Prognose von weiterem Wachstum und dementsprechenden Gewinnsteigerungen aus.

Der Spitzenreiter dabei ist, wie schon erwähnt, die Rheinmetall AG. Der Umsatz stieg 2025 stark an und erreichte rund 9,94 Milliarden Euro. Das operative Rekordergebnis lag bei 835 Millionen Euro. Dies entsprach trotz hoher Investitionen in den Ausbau der Standorte einem Zuwachs von drei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Auftragsbestand bei Rheinmetall erreichte mit 73 Milliarden Euro ein Rekordniveau.

Waffen von Rheinmetall kommen nach Konzernangaben auch im Irankrieg zum Einsatz. Das Unternehmen will den USA helfen, ihre durch die heftigen Angriffe auf Iran geleerten Raketenarsenale wieder aufzufüllen. Der Auftragsbestand (Backlog) könne sich bis Jahresende auf 135 Milliarden Euro mehr als verdoppeln. „Die angespannte sicherheitspolitische Lage untermauert die aussichtsreiche Position des Konzerns“, teilte Rheinmetall mit. Und die Rheinmetall AG profitiert selbstverständlich auch direkt vom Ukrainekrieg und betreibt dort inzwischen Werke. Im Juni 2024 eröffnete der Konzern gemeinsam mit der Ukraine einen Instandsetzungsstützpunkt für westliche Gefechtsfahrzeuge in der Westukraine. Weiterhin wird der Aufbau einer Munitionsfabrik realisiert. Die ukrainischen Fachkräfte wurden für die Arbeiten in Deutschland ausgebildet.

Aber auch andere große deutsche Rüstungsunternehmen profitierten von dieser Lage, so z.B: ebenfalls auf den vorderen Plätzen der globalen Rangliste befindet sich ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) mit knapp 2,3 Milliarden US-Dollar Umsatz im Rüstungsbereich und Hensoldt & Diehl Defence erzielten laut Branchenberichten ebenfalls zweistellige Umsatzsprünge.

Die deutsche Rüstungsindustrie erlebt zu Zeit einen starken Boom, wobei sich die Zahl der Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind, deutlich erhöht hat. Laut Berichten, die sich auf den Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) beziehen, traten allein zwischen 2024 und Anfang 2025 rund 200 neue Firmen dem Branchenverband bei. Insgesamt zählt der Verband mittlerweile 550 Mitgliedsunternehmen, was mehr als einer Verdopplung seit Kriegsbeginn des Ukrainekrieges entspricht. Viele neue Akteure kommen aus dem zivilen Bereich und steigen in die Rüstungsproduktion ein. Allein bis November 2025 kamen 100 Unternehmen hinzu, was die Expansion, besonders auch in Ostdeutschland, unterstreicht.

Die diesjährige Hannover Messe bestätigte das. Erstmals gab es dort einen eigenen Bereich für Unternehmen, die als Zulieferer in die Herstellung von Waffen aller Art integriert sind. Die Krise des Maschinenbaus für zivile Zwecke verstärkt sich zusehends. Die Produktion bricht ein, die Zahl der Beschäftigten schrumpft kontinuierlich. Als Ausweg bietet sich die Umstellung auf Rüstungsgüter an. So erklärt ein Hersteller von Maschinen zur Zündkerzenfertigung, seine Maschinen ließen sich leicht für die Fertigung von Patronenhülsen transformieren. Dabei wird als Vorteil eingestuft, dass die inzwischen sehr

starke chinesische Konkurrenz aus politischen Gründen für Rüstungsaufträge nicht in Frage kommt.

Der Rüstungsanteil im Maschinenbau könne leicht auf das Doppelte steigen, heißt es in der Branche. Mehr als 40 Prozent der dort tätigen Betriebe rechnen für 2026 und 2027 mit jeweils zweistelligem Wachstum ihres Umsatzes mittels Waffenschmieden. Aber auch andere Branchen kommen in den Sog der Militarisierung: Das Medizintechnik-Unternehmen Dräger beispielsweise stellt nicht nur die aus der Zeit der Coronapandemie bekannten Beatmungsgeräte her, sondern auch Gasmasken. Zudem baut es Feldlazarette, die auf Freigatten eingerichtet werden können.

Und die Lage der Arbeiterklasse? Die Militarisierung der Wirtschaft zieht auch den Arbeitsalltag der Beschäftigten in ihren Bann und macht eine zunehmende Anzahl an Menschen materiell abhängig von Rüstung und Militär. Dabei reichen die Folgen der Militarisierung bis weit in den Alltag hinein. Unternehmen, die direkt oder indirekt für die Bundeswehr produzieren, müssen zusätzliche Sicherheitsvorschriften einhalten. Angestellte, die in die Rüstungsproduktion eingebunden werden, müssen in vielen Fällen spezielle Sicherheitsscreenings durchlaufen. Oft sind sie zu intensivem Geheimnisschutz verpflichtet. Eine steigende Zahl an Familien wird materiell unmittelbar abhängig von der Waffenproduktion.

Die Bedeutungszunahme der Rüstungsindustrie für den kriselnden Maschinenbau ist ein signifikantes Beispiel dafür, wie zuerst einzelne Unternehmen, dann Großevents wie die Hannover-Messe in den Sog der Militarisierung geraten, bis sogar eigene Rüstungsmessen entstehen.

Es wird eingeschätzt, dass Deutschland einer der Haupttreiber beim Rekordanstieg der globalen Militärausgaben im vergangenen Jahr war. Dies geht aus einer Analyse des Stockholmer Forschungsinstituts SIPRI hervor. Demnach stiegen die weltweiten Aufwendungen für die Streitkräfte im Jahr 2024 um 9,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr, so stark wie noch nie seit dem Ende des Kalten Kriegs. In der Bundesrepublik belief sich der Anstieg auf 28 Prozent und damit auf rund das Dreifache des globalen Durchschnitts. Deutschland kletterte damit von Platz sieben auf der Rangliste der Länder mit den höchsten Militärausgaben weltweit auf Platz vier unmittelbar hinter den USA,

China und Russland. So genannte „Leitmedien“ fordern, Deutschland solle „zum Rückgrat der Verteidigungsfähigkeit des freien Europas“ werden.

Das Bundesverteidigungsministerium legt erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine ausformulierte Militärstrategie für die Bundeswehr vor. Das Papier, dessen Hauptelemente Verteidigungsminister Boris Pistorius öffentlich vorstellte, bekräftigt das Vorhaben, die Bundeswehr solle bis 2035 zur „stärksten konventionellen Armee in Europa“ werden. Auch müsse sie „ihre europäische Führungsrolle festigen“. Von einer nicht bloß „innovativen“, sondern künftig „technologisch überlegenen“ Streitmacht ist die Rede. Entsprechend sieht ein neues Fähigkeitsprofil für die Bundeswehr nicht bloß eine massive Aufrüstung mit weitreichenden Waffen, sondern auch eine „Nutzung von Automatisierung und autonomen Fähigkeiten“ in der künftigen Kriegführung vor. Damit ist unter anderem ein breiter Einsatz von KI durch die Truppe gemeint.

Spätestens im Jahr 2035 soll die Bundeswehr gemeinsam mit der Reserve eine Stärke von gut 460.000 Soldaten erreichen. Die Reserve ist dabei auch als „Brücke“ in die Zivilgesellschaft zugunsten einer sozialen Militarisierung konzipiert. Mit den Maßnahmen will die Bundesrepublik auch militärisch zur Zentralmacht Europas werden. Dies festigt ihre Dominanz über den Kontinent.

Offiziell konzentriert sich diese Militärstrategie „vor allem auf die Bedrohung durch Russland“, das „für die deutsche, europäische und transatlantische Sicherheit auf absehbare Zeit“ als „größte und unmittelbare Bedrohung“ bezeichnet wird. In diesem Kontext ist die Regierung in Berlin bestrebt, sich eine zentrale Stellung innerhalb des westlichen Bündnisses zu sichern. Schon seit Jahren bereitet sich die Bundesrepublik darauf vor, im Rahmen eines Aufmarschs gegen Russland die bedeutende Funktion einer logistischen Drehscheibe einzunehmen, ohne die im Ernstfall nichts geht. In der Militärstrategie heißt es, man werde „aus der Mitte Europas die Kohäsion zwischen Ost-, Zentral- und Westeuropa erhöhen“ und außerdem „die Verbindung zu Nordamerika halten“. Damit werde Deutschland „zum militärischen Anlehnungspartner für seine europäischen Verbündeten“, also auch militärisch zur Zentralmacht Europas.

Darüber hinaus gibt die Militärstrategie genauere Hinweise darauf, wie ein Krieg zwischen der NATO und ihrer Zentralmacht Deutschland auf der einen, Russland auf der anderen Seite aussehen wird. Wie es in dem Papier heißt, ist zunächst mit einer „Entgrenzung des Krieges“ zu rechnen; „Staat, Wirtschaft und Bevölkerung“ gerieten gleichermaßen ins Visier, während „auf die Einhaltung anerkannter ethischer und rechtlicher Grundsätze“ in Zukunft „kein Verlass“ mehr sei.

Dies hat zuletzt die Kriegführung der Vereinigten Staaten und Israels in Nah- und Mittelost mit exzessiver Brutalität demonstriert. US-Präsident Donald Trump hat sich zudem ausdrücklich dazu bekannt, dem Völkerrecht keine Bedeutung mehr beimessen zu wollen.

Die Autoren der Militärstrategie weisen darauf hin, dass in künftigen Kriegen nicht bloß von einem „Einsatz von Hochtechnologie“ auszugehen ist, sondern auch von einem „transparente[n] Gefechtsfeld“, das mit Sensoren und KI komplett ausgespäht werden kann, und von „auf Abstand“ höchst präzise treffenden Angriffswaffen: „Es gibt keine sicheren Rückzugsräume“ mehr, heißt es.

Der massenmörderische Charakter künftiger Kriege, den man an der Front im Ukraine-Krieg erahnen kann, beruht demnach auch auf der zunehmenden „Automatisierung und Autonomisierung“ der Kriegführung mittels modernster Technologie. Um sich in künftigen High-Tech-Kriegen durchzusetzen, soll die Bundeswehr in massivem Umfang aufrüsten. Bis 2039 und danach solle sie, wie schon oben angedeutet, „durch die konsequente Nutzung innovativer Technologien zur stärksten konventionellen Armee in Europa“ werden und gleichzeitig auch „ihre europäische Führungsrolle ... festigen“. Von der Bundeswehr als einer „innovativen“ und in Zukunft auch „technologisch überlegenen“ Streitmacht ist die Rede.

So werden nach der Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, keine Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu stationieren, aus Deutschland selbstverständlich Forderungen nach einer beschleunigten Entwicklung eigener Flugkörper mit einer Reichweite bis nach Moskau laut.

Gleichzeitig mit der Formulierung dieser Militärstrategie hat das Verteidigungsministerium auch einen personellen „Aufwuchsplan“ für die Streitkräfte in seinen Grundzügen vorgestellt. Darin ist „von 460.000 kampfbereiten Sol-

datinnen und Soldaten“ die Rede. Dies ist auch deshalb interessant, weil der Zwei-plus-Vier-Vertrag aus dem Jahr 1990, der die Annexion der DDR durch die BRD regelte, für die gesamtdeutschen Streitkräfte eine Obergrenze von 370.000 Soldaten festlegt. Der Aufwuchsplan sucht einen offenen Bruch des Vertrages zu umgehen, indem er die angestrebte Gesamtzahl der Militärs auf 260.000 reguläre Soldaten und 200.000 Reservisten aufteilt. Heute verzeichnet die Bundeswehr 186.000 Soldaten und 70.000 Reservisten. Die offiziell angestrebte Gesamtstärke von 460.000 soll spätestens im Jahr 2035 erreicht werden.

Und in Zukunft?

Deutschland treibt mit einer zweistelligen Steigerung seines Militärhaushalts die Hochrüstung Europas an. Europa forciert mit einer gleichfalls zweistelligen Aufstockung seiner Streitkräfteetats die Hochrüstung der Welt: Das ist eines der Resultate der jüngsten Analyse des Forschungsinstituts SIPRI zur Entwicklung der globalen Rüstungsausgaben. SIPRI zufolge stiegen die Ausgaben für die Bundeswehr 2025 um 24 Prozent auf 114 Milliarden US-Dollar, während Europas Aufwendungen für die Armeen des Kontinents um 14 Prozent wuchsen. Damit stehen Deutschland und die europäischen Staaten an der Spitze des Rüstungsbooms weltweit, der die globalen Ausgaben für das Militär im vergangenen Jahr um 2,9 Prozent auf 2,887 Billionen US-Dollar in die Höhe getrieben hat. Eindeutig treibende Kraft bei der Militarisierung der Welt ist Europa mit Deutschland an der Spitze.

Nahezu ein Zehntel der Weltbevölkerung lebt in extremer Armut. Gleichzeitig werden die Kriege, für die gerade gerüstet wird, Hunger und Elend weiter forcieren. Auch in Deutschland und der EU ist rund ein Fünftel der Bevölkerung von Armut bedroht. Sozialkürzungen zugunsten der Hochrüstung finden statt.

Die NATO hat ihre Mitglieder offiziell verpflichtet, spätestens 2035 fünf Prozent ihres BIP für militärische Aufgaben zu verwenden – 3,5 Prozent unmittelbar für die Streitkräfte, 1,5 Prozent für verwandte Zwecke, darunter den Ausbau der militärisch benötigten Infrastruktur. Allein die 32 NATO-Staaten gaben 2025 gut 1,581 Billionen US-Dollar für ihr Militär aus, 55 Prozent der globalen Rüstungsausgaben.

Und die Kriegspropaganda wird schärfer: Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius warnt davor, dass Russland bis 2029 in der Lage sein könnte, NA-

TO-Territorium anzugreifen. Deshalb fordert Pistorius, dass die Bundeswehr und die Gesellschaft bis 2029 „kriegstüchtig“ sein müssten. Das offiziell verkündete Ziel dieser Vorbereitung ist es, Russland von einem Angriff abzuschrecken. Das kennen wir schon, das war auch bei Weltkrieg Nr. I und Weltkrieg Nr. II so: es waren immer die anderen die Bedrohung. Flankierend dazu wird Russland als direkte Bedrohung für Georgien, Moldawien und letztlich auch für die NATO dargestellt.

Imperialismus bedeutet früher oder später Krieg. Das zeigt sowohl die Imperialismustheorie Lenins als auch die geschichtliche Erfahrung, vor allem mit dem US- und mit dem deutschen Imperialismus. Die Vorbereitung dazu geht einher mit einer zunehmenden Faschisierung der Gesellschaft, auch das zeigt die Geschichte und diesem Prozess wohnen wir gerade bei. Die Durchdringung bislang ziviler Bereiche von Wirtschaft und Arbeit durch die Rüstung und der gleichzeitige rasante Bedeutungsgewinn der Bundeswehr führen zu Veränderungen im Alltagsbewusstsein der Menschen, Bewusstseinsveränderungen, die das Potenzial haben, die deutsche Gesellschaft tiefgreifend zu verrohen. Mit der politischen und ökonomischen Militarisierung geht auch die soziale einher. Die geplanten Sozialkürzungen der aktuellen Bundesregierung werden das Problem verschärfen.

Bereits 1955 schrieb Brecht auf der letzten Seite seiner „Kriegsfibel“ (Eulenspiegel-Verlag, Berlin, DDR 1955) unter einem Bild, das Hitler in Uniform mit Hakenkreuzbinde brüllend vor einem Mikrofon zeigt:

„Das da hätt einmal fast die Welt regiert.
Die Völker wurden seiner Herr. Jedoch
Ich wollte, dass ihr nicht schon triumphiert:
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“

Zur Wirtschaftsgeschichte der DDR

Internationale Forschungsstelle DDR, Matthew Read, 3. März 2026: Der Weg zur „sozialistischen Warenproduktion“. Ökonomische Probleme und Debatten während des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik (1950 -1963)¹

Redaktionelle Vorbemerkung:

Der Originaltext enthält einige Fotografien, Grafiken und Schaubilder, die wir hier in der offen-siv aus technischen Gründen leider nicht reproduzieren können. Wir bitten um Verständnis und Nachsicht.

1. Einleitung

*„... der Staat, den wir geschaffen haben, ist kein Ruhebett, auf dem man sich räkeln kann. An seiner Wiege steht kein billiger Triumph, sondern die schwere Arbeit, die wir auf dem Wege der demokratischen Selbstgestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens zu leisten haben. ... Die Republik ist im Kampf entstanden, sie steht heute im Kampf und wird ihr Leben im Kampf entfalten müssen.“*²

Als die Deutsche Demokratische Republik im Oktober 1949 gegründet wurde, stand der junge Staat vor einer gewaltigen Aufgabe. Sein Staatsgebiet und seine Bevölkerungszahl waren weitaus kleiner als die seines westdeutschen Pendant, der Bundesrepublik Deutschland. Abgeschnitten vom historischen Zentrum der deutschen Schwerindustrie und Rohstoffen im Westen, musste die vom Krieg schwer gezeichnete DDR eine Großindustrie von Grund auf aufbauen. Die Investitionsmittel dafür mussten im Inland aufgebracht werden, denn die DDR verfügte weder über Kolonien noch über ausländische Gönner wie die BRD mit dem Marshallplan. Allein die DDR-Bürger zahlten die 10

² Ministerpräsident Otto Grotewohl auf dem 3. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) am 23. Juli 1950.

Milliarden Dollar Reparationszahlungen Deutschlands an die Sowjetunion, nachdem der Westen seine Zahlungen eingestellt und Exportsanktionen gegen den Osten verhängt hatte. Dies war die prekäre Ausgangssituation, von der aus der sozialistische Aufbau in Ostdeutschland in den frühen 1950er Jahren begann.

Am Ende eines turbulenten Jahrzehnts wurden Hunderte von neuen Industriebetrieben errichtet, der ländlichen Raum durch genossenschaftliche Strukturen demokratisiert und beispiellose soziale und kulturelle Rechte für Millionen Arbeiter und Bauern gesichert.

Der folgende Artikel greift diese Periode der DDR-Geschichte auf und konzentriert sich auf die wirtschaftlichen Probleme und Debatten während des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Er knüpft an einen früheren Artikel aus dem Jahr 2024 an, der die Wirtschaftspolitik der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ (1945-1949) in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (SOZ) untersuchte. Dieser Zeitraum war durch den Nachkriegsprozess der Entnazifizierung, Demokratisierung und Dezentralisierung der Wirtschaft gekennzeichnet.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die im April 1946 in der SOZ aus dem Zusammenschluss der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) hervorging, erkannte, dass die objektiven und (vor allem) subjektiven Bedingungen in Deutschland noch nicht reif für den Sozialismus waren und konzentrierte sich auf den Kampf gegen die Teilung des Landes.

Die Sowjetische Militäradministration arbeitete mit der SED und anderen Parteien zusammen, um die Überwindung der Kriegsschäden, die Wiederherstellung des Lebensstandards auf Vorkriegsniveau und die Förderung eines antifaschistischen, demokratischen Bewusstseins in den Vordergrund zu stellen.

Durch Masseninitiativen wie Sequester- und Bodenreformkommissionen wurden die Eigentumsverhältnisse schrittweise umgestaltet, um die ökonomischen Wurzeln des Faschismus zu beseitigen. Die neue Eigentumsform „Volkseigentum“ wurde geschaffen, um einen sozialisierten Industriesektor zu etablieren, der neben dem noch großen Privatsektor agieren sollte.

Bis 1948 hatten die Westmächte einseitig eine wirtschaftliche Teilung Deutschlands durch eine Währungsreform durchgesetzt, und die SED begann, Elemente einer indikativen Wirtschaftsplanung einzuführen. Der Zweijahresplan von 1948 sollte sicherstellen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in der SOZ nicht weiter hinter die der Westzonen zurückfiel.

Das darauf folgende Jahrzehnt wurde rückblickend als die „Periode des sozialistischen Aufbaus“ in der DDR (1950-1962) bezeichnet. Das Planungssystem verlagerte sich von marktorientierten indikativen Mechanismen zu einem demokratisch-zentralistischen Modell, das dem sowjetischen System ähnelte. Die Wirtschaft wurde nun nach spezifischen Produktionszielen koordiniert, die in Fünfjahres- und Jahresplänen festgelegt wurden. Die Pläne wurden in einem langen, mehrstufigen Prozess der wissenschaftlichen Analyse und der demokratischen Beratung erstellt. Der internen Akkumulation wurde Vorrang eingeräumt, um den Aufbau der Schwerindustrie zu finanzieren. Private Unternehmen spielten weiterhin eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen und wurden im Laufe des Jahrzehnts schrittweise in das Planungssystem integriert. Wie in dem obigen Zitat des ersten Ministerpräsidenten Otto Grotewohl erwähnt, wurden diese Bemühungen durch die politischen Kämpfe der Zeit stark beeinflusst und eingeschränkt.

Die 1950er Jahre waren die prägenden Jahre des sozialistischen Blocks in Osteuropa. Sie waren sowohl von raschen wirtschaftlichen Fortschritten als auch von schwerwiegenden politischen Krisen geprägt. In der Mitte des Jahrzehnts kam es zu einer entscheidenden Auseinandersetzung zwischen dem leninistischen Modell des demokratischen Zentralismus und der titoistischen Konzeption des „selbstverwalteten Sozialismus“.

In den späten 1940er Jahren, als die UdSSR zu einer Friedenswirtschaft überging und die Volksdemokratien in Osteuropa mit dem sozialistischen Aufbau begannen, kam es auch zu einer Wiederbelebung der Debatten über die politische Ökonomie des Sozialismus. Die wichtigsten Fragen betrafen die Akkumulation, die Effizienz, die Objektivität der ökonomischen Gesetze und den angemessenen Grad der betrieblichen Selbstständigkeit. Ökonomen setzten sich mit den inneren Abläufen der Wirtschaft auseinander, die sich von den Märkten weg und hin zu einer bewussten Planung bewegte.

Erhebliche Meinungsverschiedenheiten ergaben sich aus der Frage, inwieweit die vom Kapitalismus übernommenen Kategorien und Mechanismen (z. B. Warenproduktion, Wertgesetz, Rentabilität usw.) auch im Sozialismus relevant blieben.

Eine der schwierigsten praktischen und theoretischen Herausforderungen war die Frage der Preise: Was ist die Funktion des Geldes im Sozialismus? Auf welcher Grundlage sollen die Geldpreise gebildet werden? Sollen sie lediglich eine Kalkulationsfunktion erfüllen oder aktiv den Produktionsprozess beeinflussen? Und schließlich: Wie können die Preise so gestaltet werden, dass sie die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit in einer Nichtmarktwirtschaft genau widerspiegeln? Die Bolschewiki hatten bereits in den 1920er Jahren erkannt, dass die Preispolitik den Kernpunkt der Wirtschaftsplanung darstellt:

„Im Problem der Preise kreuzen sich alle grundlegenden ökonomischen und folglich auch politischen Probleme des Sowjetstaates. Die Herstellung richtiger Wechselbeziehungen zwischen der Bauernschaft und der Arbeiterklasse, die Sicherung einer koordinierten und wechselseitig bedingten Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie ..., die Sicherung des Reallohns, die Festigung des Tscherwonez [sowjetische Währung] ... alle diese Fragen stoßen auf das Preisproblem“.³

In diesem Artikel wird genauer untersucht, wie sich die Preisdebatte während des ersten Jahrzehnts der DDR entwickelte. Bestehende Darstellungen dieser Diskussionen isolieren die Debatten häufig sowohl von ihrem politischen Kontext als auch von der praktischen Seite der Planung.⁴ Daher untersucht dieser Artikel die theoretischen Kontroversen in ihrem Kontext und geht der Frage nach, wie Planungssämter Lösungsansätze für die von Theoretikern aufgedeckten Widersprüche entwickelt haben.

³ Aus einem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Februar 1927. Zitiert im Lehrbuch der politischen Ökonomie der Sowjetunion von 1954.

⁴ Siehe z.B. Becker, S. und Dierking, H., Die Herausbildung der Wirtschaftswissenschaften in der Frühphase der DDR, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, 1989; Krause, G., Wirtschaftstheorie in der DDR, Metropolis-Verlag, Marburg, 1998; Nick, H., Ökonomiedebatten in der DDR, GNN Verlag, Schkeuditz, 2011.

Besonderes Augenmerk wird auf den Höhepunkt der Auseinandersetzungen in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre gelegt, als mehrere prominente Ökonomen weitreichende marktorientierte Reformen in der DDR forderten. Nur vor dem Hintergrund dieser frühen Debatten lassen sich die Motive und Gründe für die großen Wirtschaftsreformen der 1960er Jahre (z. B. das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ in der DDR, die sowjetischen „Kosygin-Reformen“, das tschechische „Neue Wirtschaftsmodell“, der ungarische „Neue Wirtschaftsmechanismus“ usw.) richtig verstehen.

Der Artikel ist chronologisch aufgebaut. Abschnitt 2 beginnt mit den Anfängen des Planungssystems und neuen Formen der sozialistischen Demokratie während des ersten Fünfjahresplans. In Abschnitt 3 werden die Wiederbelebung der ökonomischen Debatten und die ersten Versuche zur Reform des Preissystems in den Jahren 1952/1953 nachgezeichnet. Abschnitt 4 befasst sich mit der politischen Krise, die im Frühjahr 1953 ausbrach, und wie diese zur ersten Reform über die „Vereinfachung des Plans“ in den Jahren 1954/1955 führte. Abschnitt 5 befasst sich mit den großen Debatten über das Wertgesetz und den „Marktsozialismus“, die 1956 ausbrachen und bis 1958 andauerten. Abschnitt 6 fasst die letzten Jahre des Jahrzehnts zusammen als die Regierung eine erneute politische Offensive zur Vollendung des Übergangs zum Sozialismus startete. Die Schlussfolgerung in Abschnitt 7 enthält einige Überlegungen zur Ökonomie des sozialistischen Aufbaus in der DDR.

Wie immer begrüßen wir Kritik und Anregungen, schreibt uns an: kontakt@ifddr.org. Der Umfang und die Komplexität dieses Themas erfordern eine kollektive Auseinandersetzung, und dieser Artikel kann nur ein Zwischenergebnis wiedergeben.

2. Schwerindustrialisierung und die Einführung des demokratisch-zentralistischen Planungssystems (1950-1953)

Der erste Fünfjahresplan war ein Produkt der Teilung Deutschlands, die von den Westmächten im Mai 1949 mit der Schaffung eines separaten westdeutschen Staates, der BRD, zementiert worden war. Angesichts dieser Realität versuchten die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) und die SED, die Errungenschaften der „antifaschistischen, demokratischen Umwälzung“ in der SBZ (1945-1949) zu konsolidieren und die DDR als tragfähige Alternative zum Monopolkapitalismus zu etablieren. Die DDR sollte eine Ba-

sis für diejenigen sein, die die Kampagne für die deutsche Einheit und die Einhaltung des Potsdamer Abkommens fortsetzten.

Das bedeutete, dass eine robuste Volkswirtschaft aufgebaut werden musste, die nicht nur den Interessen aller Arbeiter, sondern auch denen der Bauern, der Intelligenz und „bestimmter Teile des Bürgertums“ entsprach, wie die SED im Juli 1950 bekräftigte.⁵

Verfassung der DDR (1949):

„Art. 19.: Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen soziale Gerechtigkeit entsprechen; sie muß allen ein menschenwürdiges Dasein sichern. Die Wirtschaft hat dem Wohle des ganzen Volkes und der Deckung seines Bedarfs zu dienen; sie hat jedermann einen seiner Leistung entsprechenden Anteil an dem Ergebnis der Produktion zu sichern. Im Rahmen dieser Aufgaben und Ziele ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen gewährleistet. [...]“

„Art. 21.: Zur Sicherung der Lebensgrundlagen und zur Steigerung des Wohlstandes seiner Bürger stellt der Staat durch die gesetzgebenden Organe, unter unmittelbarer Mitwirkung seiner Bürger den öffentlichen Wirtschaftsplan auf. Die Überwachung seiner Durchführung ist Aufgabe der Volksvertretungen.“

Kurz nach der Gründung der DDR im Oktober 1949 kündigte Ministerpräsident Grotewohl die Vorbereitungen für einen langfristigen Wirtschaftsplan an, der auf dem Zweijahresplan (1948-50) aufbauen sollte. Vorrangiges Ziel des Fünfjahresplans war es, die durch die Teilung des Landes entstandenen wirtschaftlichen Disproportionen zu überwinden und die Abhängigkeit von Westdeutschland zu verringern. Dies erforderte eine massive Konzentration der Investitionen in der Rohstoffindustrie und im Hüttenwesen. Um den Lebensstandard über das Vorkriegsniveau zu heben, sah der Plan eine Verdoppelung der Industrieproduktion gegenüber 1936 vor. Dies bedeutete zwangsläufig eine weitere Stärkung der Volkseigenen Betriebe (VEB), doch sollten alle Wirtschaftszweige für dieses Ziel genutzt werden. So sollte auch die Produktion in der Privatwirtschaft bis 1955 um 156,5 Prozent gesteigert werden.

⁵ Doernberg, S., Kurze Geschichte der DDR, Dietz Verlag Berlin, 1969, S. 179.

Die kapitalistischen Unternehmen waren weitgehend in der Konsumgüterindustrie konzentriert oder als Zulieferer für die größeren VEB tätig. Während die Einführung der Fünfjahresplanung einen bedeutenden Schritt weg vom Kapitalismus und hin zum Sozialismus darstellte, verzichtete die SED noch darauf, den sozialistischen Aufbau in der DDR explizit einzuleiten.

Das 1950 eingeführte Planungsverfahren war richtungsweisend für das künftige Planungssystem der DDR, auch wenn es in den folgenden Jahrzehnten verfeinert und weiter demokratisiert werden sollte. Unter der Leitung des Ministeriums für Planung (später Staatliche Plankommission) wurden Ministerialabteilungen mit der Erstellung von Berechnungen, Analysen und Bilanzen für die Wirtschaftssektoren und Unternehmen in ihrem Zuständigkeitsbereich beauftragt. Die Aufgabe bestand darin, einen wissenschaftlich fundierten langfristigen Plan zu erstellen, der sowohl auf den tatsächlichen Fähigkeiten der Wirtschaft als auch auf den umfassenderen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zielen der Republik basierte. Zur Berechnung der Produktionsziele wurden zwei Arten von Indikatoren verwendet: physische Indikatoren (Menge und Sortiment der Produkte usw.), die in den ersten Jahren der Planung dominierten, und monetäre Indikatoren (Produktionskosten, Einnahmen und Ausgaben usw.), die gegen Ende des Jahrzehnts zunehmend an Bedeutung gewinnen sollten.

Qualitative Ziele (z. B. Steigerung der Arbeitsproduktivität, Senkung der Produktionskosten, Verbesserung der Qualität, maximale Auslastung der Produktionskapazitäten usw.) wurden aus der Kombination von physischen und geldmäßigen Indikatoren abgeleitet.

Nach siebenmonatiger Datenerhebung und -analyse für den ersten Fünfjahresplan wurde dem 3. Parteitag der SED im Juli 1950⁶ ein Entwurf mit Produktionszielen für jeden Wirtschaftszweig vorgelegt, den die Parteidelegierten diskutierten und verabschiedeten.

⁶ Ulbricht, W. Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft – Referat und Schlusswort auf dem III. Parteitag der SED, 1950, S. 30; Schultze, R., Die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes der DDR 1951 bis 1955. Die Reaktion der Werktätigen und der Klassegegner auf seine Verkündung, Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1980, Akademie Verlag, Berlin, S. 37.

Die SED leitete diesen Entwurf an das Parlament weiter, wo die konservative Christlich- Demokratische Union (CDU) und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) eigene Änderungsanträge einbrachten.⁷ Im Oktober 1950 verabschiedete das Parlament eine „Verordnung über die Ausarbeitung des Fünfjahresplans“⁸, woraufhin eine breite öffentliche Diskussion über den Entwurf im ganzen Land organisiert wurde.

Die Betriebsleiter wurden verpflichtet, mit den Gewerkschaftsführungen und den SED-Betriebsgruppen zusammenzuarbeiten, um eine Debatte unter der Arbeiterschaft zu ermöglichen. Arbeiter und Arbeiterinnen wurden aufgefordert, die allgemeinen Ziele und Produktionsvorgaben des Entwurfs zu studieren und eigene Änderungsvorschläge einzureichen.

Die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe organisierten diesen Prozess auf dem Lande. Außerhalb der Betriebe veranstalteten politische Parteien und Massenorganisationen Versammlungen in den Stadtvierteln und Bezirken, damit die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen an der Diskussion teilnehmen konnten. Die Landesregierungen (später Räte der Bezirke) richteten dann spezielle Büros mit dem Titel „Vorschläge der Bevölkerung zum Fünfjahresplan“ ein, um die Ergebnisse zu sammeln und zu verarbeiten, bevor sie an die Staatliche Plankommission weitergeleitet wurden. Nach der Einarbeitung von Änderungsanträgen aus allen Gesellschaftsebenen wurde der Fünfjahresplan im Oktober 1951 vom Parlament offiziell als verbindliche Politik für alle staatlichen und wirtschaftlichen Organe ratifiziert.

⁷ Diese Parteien waren Mitglieder des sogenannten „Demokratischen Blocks“, einer von der SED geführten Volksfront. Die Änderungsanträge der CDU empfahlen u.a. eine engere Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Betrieben durch den weiteren Ausbau des Vertragssystems zwischen VEB und privaten Unternehmen, eine bessere Materialversorgung kleinerer Betriebe, eine bessere Verteilung der Arbeitskräfte und die geplante Ausbildung jüngerer Fachkräfte. Die LDPD schlug eine Senkung aller Steuern und die Festsetzung eines Höchstsatzes für die Einkommenssteuer auf der Grundlage des geplanten Anstiegs des Volkseinkommens vor, was eine direkte Benachteiligung der Arbeiter zugunsten der Kapitalisten bedeutet hätte. Die LDPD lehnte auch die weitere Entwicklung der Schwerindustrie ab, da dies angeblich die Spaltung der deutschen Wirtschaft vertiefen würde.

⁸ Siehe: <https://www.gvoon.de/gesetzblatt-gbl-ddr-1950/seite-1111-272743.html>

Auf der Grundlage des Fünfjahresplans wurden im Laufe von 11 Monaten detailliertere „Produktionspläne“ entwickelt, um die spezifischen quantitativen und qualitativen Ziele für das kommende Jahr festzulegen. Diese wurden dann auf Betriebsebene aufgeschlüsselt, um in jedem VEB Jahres- und Quartalspläne zu erstellen. Die Produktionsziele wurden auf jeder Ebene der Planungshierarchie schrittweise aufgeschlüsselt: Anfang der 50er Jahre gab die Staatliche Plankommission etwa 400 „Einzel- und Sammelpositionen“ vor, die Ministerien gaben den VEB in ihrem Zuständigkeitsbereich etwa 2.500 Positionen in „Schlüssellisten“ vor, und die VEB selbst legten in ihren Projektplänen etwa 40.000 Positionen für einzelne Produkte fest.⁹

Zu diesem Zeitpunkt bezeichnete die SED den Fünfjahresplan nicht ausdrücklich als den Beginn des sozialistischen Aufbaus. Die den Plan begleitende Politik vertiefte jedoch zielgerichtet den revolutionären Prozess in der DDR und enthielt – wie der Zweijahresplan (1948-1950) – viele sozialistische Elemente.¹⁰

Der Plan verlangte die Leitung der Industrie nach demokratisch-zentralistischen Prinzipien. Die zentralen staatlichen Wirtschaftsorgane wurden 1949/1950 reorganisiert, um den Planungsprozess effizienter zu gestalten. Um die Aggregation und Disaggregation komplexer Wirtschaftsdaten zu erleichtern, wurde eine Kommunikationskette eingerichtet: von den VEB über die Hauptverwaltungen der Industriezweige bis hin zu den Ministerien und schließlich zur Staatlichen Plankommission.¹¹

⁹ Roesler, J., Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Akademie Verlag, Berlin, 1978. S. 46.

¹⁰ Wie Walter Ulbricht auf dem dritten FDGB-Kongress feststellte: „Wir haben bei uns keine sozialistische Ordnung, aber bei uns gibt es unter den demokratischen Bedingungen eine volkseigene Wirtschaft, Betriebe volkseigenen Charakters, für die die gleichen Gesetze gelten.“ Zitiert in Protokoll: Finanzpolitische Konferenz vom 17. bis 19. September 1951, Deutsche Finanzwirtschaft, Nr. 17/18, 1951, S. 219.

¹¹ Siehe: Autorenkollektiv unter der Leitung von Lothar Baar, Wirtschaftsgeschichte - Ein Leitfaden, Verlag Die Wirtschaft Berlin, Berlin, 1980, S. 204. Und: Autorenkollektiv, Graupner, K. und Wittenburg, G. (Hrsg.), Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus - Umrisse, Verlag Die Wirtschaft Berlin, Berlin, 1986, S. 199.

Gleichzeitig wurde die Beteiligung der arbeitenden Bevölkerung an der Leitung der Wirtschaft stark erweitert. Anfang 1951 wurden in rund 5.000 VEB Betriebskollektivverträge (BKV) zwischen der Betriebsleitung und der Arbeiterschaft ausgehandelt, die von der Gewerkschaftsführung vertreten wurde. Im Gegensatz zu kapitalistischen Tarifverträgen beruhten die BKV darauf, dass durch die vergesellschafteten Eigentumsverhältnisse die Interessen von Staat, Betriebsleitung und Arbeiterschaft grundsätzlich übereinstimmten und nicht mehr antagonistisch waren. Die BKV legten konkret fest, wie die Arbeiter an der Betriebsführung beteiligt werden sollten, wie die Umsetzung der Pläne zu kontrollieren war und wie die Arbeits-, Kultur- und Sozialbedingungen im Laufe der Zeit verbessert werden sollten.

Diese neue Form der sozialistischen Demokratie und die Rolle der Gewerkschaften in diesem Prozess wurden in Betriebsberatungen ausgiebig diskutiert und dann im Arbeitsgesetz von 1950 kodifiziert. In den folgenden Jahren wurden zahlreiche neue Mechanismen der betrieblichen Demokratie erprobt und verabschiedet, darunter auch betriebliche Frauenausschüsse zur Förderung der politischen Beteiligung und der beruflichen Entwicklung der Frauen.

Aus dem Arbeitsgesetzbuch der DDR, 19. April 1950, Auszüge:

„I. Das Recht auf Arbeit

§ 1. Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Arbeit. Es muß ihm ein seinen Fähigkeiten entsprechender und zumutbarer Arbeitsplatz nachgewiesen werden. [...] (4) Die staatlichen Organe sind verpflichtet, die erforderlichen Bedingungen zu schaffen, die es Frauen ermöglichen, in größerem Maße von ihrem Recht auf Arbeit in allen Zweigen der Volkswirtschaft Gebrauch zu machen.

§ 3. Allen Arbeitenden ist unabhängig von Geschlecht und Alter für gleiche Arbeit gleicher Lohn zu zahlen. [...]

II. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten

§ 4. In unserer neuen demokratischen Ordnung, in der die Schlüsselbetriebe dem Volke gehören, wird das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten, als die entscheidende Kraft im Staate, in der Führung der Wirtschaft durch die demokratischen staatlichen Organe verwirklicht.

§ 7. (1) In den volkseigenen Betrieben werden die gegenseitigen Verpflichtungen der Belegschaft und der Werksleitung die sich aus dem VEB-Plan ergeben, jährlich im Betriebsvertrag niedergelegt. [...] (3) Die Arbeiter und Angestellten der volkseigenen Betriebe üben ihr Mitbestimmungsrecht bei der Erörterung der VEB-Pläne auf den Belegschaftsversammlungen und in den Produktionsberatungen aus; sie machen entsprechende Vorschläge, die der Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik dienen. [...]

§ 9. Die privaten Industrie-, Landwirtschafts-, Handels- und Verkehrsbetriebe sind verpflichtet, mit der Betriebsgewerkschaftsleitung Betriebsvereinbarungen, in denen die Durchführung des Mitbestimmungsrechtes geregelt wird, abzuschließen und der Betriebsgewerkschaftsleitung über die Fragen der Produktion und der Geschäftsführung Auskunft zu geben. [...]

VI. Heranbildung von fachlichem Nachwuchs und beruflich qualifizierter Frauen [...]

§ 32. In den volkseigenen Betrieben ist das Anlernen von Frauen für alle Tätigkeiten in umfassendem Maße zu organisieren. Das Anlernen soll in Etappen von einfachen zu komplizierten Arbeiten durchgeführt und durch Arbeitsinstruktion und fachliche Kurse gefördert werden. Die Facharbeiter sind verpflichtet, den Frauen und Jugendlichen ihre Fachkenntnisse zu vermitteln. “

Die von Rohstoffimporten abhängige DDR, die im Februar 1950 mit neuen westlichen Sanktionen belegt wurde, musste ihre Wirtschaft während des Fünfjahresplans auf Osteuropa ausrichten.¹²

Im September 1950 trat sie dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) bei und steigerte ihren Anteil am Außenhandel mit dem sozialistischen Block von 55 Prozent im Jahr 1949 auf über 76 Prozent im Jahr 1951. Um zur Ver-

¹² Die separatistische Politik und die Sanktionen des Westens trafen den Osten hart, wie der Warenverkehr zeigt: 1936 gingen 79 % aller Lieferungen aus den deutschen Ostgebieten nach Westdeutschland, nur 21 % gingen ins Ausland. Von den Einfuhren kamen sogar 86 % aus den westlichen Landesteilen und nur 14 % aus dem Ausland. Im Februar 1950 verbot die westdeutsche Regierung vertraglich vereinbarte Stahllieferungen an die DDR im Rahmen des so genannten Interzonenhandels. Dieses Embargo sollte dem Wiederaufbau in Ostdeutschland einen schweren Schlag versetzen.

besserung des Lebensstandards in der DDR beizutragen, halbierte die sowjetische Führung 1950 die ausstehenden Reparationszahlungen Deutschlands (6,34 Milliarden US-Dollar).¹³ Dadurch entstand dringend benötigter Spielraum in der Investitionsstruktur des Fünfjahresplans. Die DDR begann mit dem Import von sowjetischem Eisenerz und polnischem Koks. Außerdem entwickelten DDR-Spezialisten neue wissenschaftliche Methoden zur Verarbeitung der minderwertigen Erze und der Braunkohle, die in Ostdeutschland heimisch waren. Das Eisenhüttenkombinat Ost wurde von Grund auf neu errichtet und stellte das größte Investitionsobjekt des Fünfjahresplans dar. Der Grundstein wurde im Januar 1951 gelegt, um den Beginn des Plans zu markieren.

Im Sinne der Marxschen Theorie der erweiterten Reproduktion konzentrierte die SED die Investitionen auf die Produktion von Produktionsmitteln („Abteilung 1“), denn auf dieser materiellen und technischen Grundlage konnte auch die Produktion von Konsumtionsmittel („Abteilung 2“) wachsen. Zwischen 1950 und 1955 flossen 80 Prozent aller Industrieinvestitionen in die Grundstoffindustrie und die Metallurgie.¹⁴

Eine große Herausforderung für die DDR war der Mangel an Arbeitskräften. Im Laufe der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung war es dem Staat gelungen, 1 Million zusätzliche Arbeitskräfte zu mobilisieren, so dass ihre Zahl von 3 Millionen im Jahr 1945 auf 4,1 Millionen im Jahr 1950 anstieg. Um die im Fünfjahresplan festgelegten Ziele zu erreichen, waren jedoch wei-

¹³ Das Potsdamer Abkommen sah vor, dass Deutschland 10 Milliarden US-Dollar an Reparationen an die UdSSR zahlen sollte (eine geringe Summe angesichts der Kriegsschäden von 485 Milliarden Dollar). Bis 1950 hatte Deutschland etwa 3,67 Mrd. USD gezahlt – hauptsächlich aus der SOZ. Indem die UdSSR 1950 die verbleibenden 6,34 Milliarden halbierte, verzichtete sie auf 3,15 Milliarden Dollar, die Deutschland schuldete. Außerdem verlängerte Moskau die Frist, damit die DDR in den nächsten 15 Jahren kleinere Raten zahlen konnte.

(Aufzeichnung des Gesprächs des Genossen I.V. Stalin mit den Führern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht 4. Mai 1950: https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_4_5_bonwetsch.pdf)

¹⁴ Baar, Wirtschaftsgeschichte, S. 191.

tere 890.000 Arbeiter erforderlich.¹⁵ Dies war einer der Faktoren, die im Juli 1952 zu der Entscheidung beitrugen, die kleinbäuerliche Einzelwirtschaft durch kapitalintensivere landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPGs) zu ersetzen.

Um die DDR auszubluten, förderte die BRD aktiv die Abwanderung ostdeutscher Fachkräfte und Arbeiter in den Westen. West-Berlin fungierte als Vorposten der kapitalistischen Mächte tief im Inneren des DDR-Territoriums. Bis 1961 blieb die innerstädtische Grenze offen, so dass westliche Geheimdienste und Konzerne leichten Zugang für subversive Aktivitäten hatten. Die BRD weigerte sich, die DDR als souveränen Staat anzuerkennen und versprach allen Migranten, dass sie westdeutsche Pässe erhalten würden, wenn sie die DDR verließen. Hochqualifizierte Fachkräfte wie Physiker und Ärzte wurden außerdem höhere Posten, bessere Gehälter und andere Privilegien versprochen. Die Abwerbung von Menschen im arbeitsfähigen Alter, die in der DDR ausgebildet worden waren, wurde im Laufe der 1950er Jahre zu einer immer größeren Belastung für die DDR-Wirtschaft.

3. Von der Massenproduktion zur Effizienz: Frühe Debatten über die wirtschaftliche Rechnungsführung, das Preissystem und die Selbstständigkeit der volkseigenen Betriebe (1950-1953)

In den späten 1940er und frühen 1950er Jahren kam es zu einer Wiederbelebung der Diskussionen um die politische Ökonomie des Sozialismus. Die UdSSR erholte sich rasch von den Kriegsschäden und sowjetische Ökonomen berieten nun über die nächsten Schritte der sozialistischen Entwicklung. Die Hauptstreitpunkte drehten sich um die Objektivität der Wirtschaftsgesetze (Galten im Sozialismus noch objektive Gesetze oder konnte der Staat die Gesetze zur Regulierung der Wirtschaft subjektiv ändern?), das Wesen der Produktion im Sozialismus (Inwieweit behielten sowjetische Produkte die Warenform bei?) und die Rolle des Wertgesetzes in der Planwirtschaft.¹⁶ (Galt es

¹⁵ Ulbricht, W., Der Fünfjahresplan.

¹⁶ Das Wertgesetz ist ein inhärenter Bestandteil warenproduzierender Gesellschaften. Es ist der Mechanismus, durch den das Prinzip des gleichen Tausches zwischen Privateigentümern durchgesetzt wird. Wie Marx in „Das Kapital“ ausführlich darlegt, ist das in den Waren verkörperte Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit (in

noch in bestimmten Sektoren der sozialistischen Wirtschaft und war dies problematisch?).

Einige Ökonomen stellten offen in Frage, warum die sowjetischen Planungssysteme noch immer auf kapitalistische Kategorien zurückgriffen wie Geld, Lohn, Rentabilität und Kredit.

Die Relevanz dieser Fragen war nicht mehr auf den sowjetischen Kontext beschränkt, denn die Volksdemokratien in ganz Osteuropa begannen nun ihren eigenen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Es gab noch keine verallgemeinerte Theorie der sozialistischen Planung und es blieb unklar, inwieweit der sowjetische Weg als Modell für andere dienen konnte. Um diese Debatten zu verfolgen, arbeiteten Sozialwissenschaftler in der SBZ mit der sowjetischen Verwaltung zusammen, um neue Zeitschriften wie die Neue Welt (1946) und die Sowjetwissenschaften (1948) herauszugeben. Sie gründeten auch ihre eigenen Zeitschriften – wie Einheit, Deutsche Finanzwirtschaft, Wirtschaftswissenschaft –, um deutschen Ökonomen und Politikern eine Plattform für die Teilnahme an diesen Debatten zu bieten.

1950 wurde Professor Eva Altmann mit der Aufgabe betraut, ein Institut für die Ausbildung von Planungsexperten zu schaffen. Sie wurde zur ersten Rektorin der Hochschule für Planökonomie ernannt, die am 4. Oktober 1950 offiziell gegründet wurde. Neben der Ausbildung junger Studenten aus der Arbeiterklasse sollte die Hochschule als Forschungszentrum für die theoretischen Probleme der Planung fungieren.

Von besonderer Dringlichkeit zu dieser Zeit war die Frage der Akkumulation. Im Kapitalismus war die Akkumulation durch verstärkte Ausbeutung sowohl der einheimischen Arbeiterklasse als auch der überseeischen Kolonien erreicht worden. Nach 1945 konnten die westeuropäischen Staaten Kapital durch ihren Kolonialbesitz im Ausland, durch verstärkte Ausbeutung im Inland oder durch Auslandskredite (den Marshallplan) akkumulieren.

letzter Konsequenz) die Grundlage für deren Austausch. Im Kapitalismus werden die Marktpreise letztlich durch das Wertgesetz bestimmt.

Die Volksdemokratien hingegen waren gezwungen, Investitionsmittel durch eigene Mittel und Anstrengungen zu akkumulieren, wie es die Sowjetunion in den Jahrzehnten zuvor getan hatte.

Die Zeit des unmittelbaren Wiederaufbaus nach dem Krieg (1945-1950) war durch „Massenproduktion um jeden Preis“ gekennzeichnet, und das Planungssystem funktionierte dementsprechend: Wenn ein VEB mehr für Produktionsmaterial oder Löhne ausgab als ursprünglich vorgesehen, wiesen die Abteilungen des Planungsministeriums einfach zusätzliche Mittel zu, um sicherzustellen, dass die Ziele erreicht wurden. Der Produktionsprozess orientierte sich fast ausschließlich an quantitativen Zielen, unabhängig davon, ob die Ausgaben die Einnahmen überstiegen. Dieser Ansatz trug zwar zur raschen Überwindung der Nachkriegsknappheit bei, war aber der für langfristige Industrieinvestitionen erforderlichen Akkumulation nicht förderlich. Dies war in der DDR besonders dringlich, denn die DDR hatte zu Beginn der 1950er Jahre die niedrigste Akkumulationsrate (ca. 8 Prozent) in ganz Osteuropa.¹⁷

Die sozialistischen Ökonomen waren sich einig, dass eine langfristige Industrialisierung höhere Akkumulationsraten erforderte. Dies bedeutete, dass Sparsamkeit und die maximale Auslastung der vorhandenen Kapazitäten (d. h. Senkung der Produktionskosten und Steigerung der Arbeitsproduktivität) Vorrang hatten. Stalin betonte diesen Punkt 1952: „Die Rentabilität einzelner Betriebe und Produktionszweige [...] ist das A-B-C unserer wirtschaftlichen Tätigkeit im derzeitigen Entwicklungsstadium.“¹⁸ Der Produktionsprozess müsse so organisiert werden, dass neue Quellen der Akkumulation erschlossen und gleichzeitig der Lebensstandard schrittweise verbessert werden könne. Wenn es gelänge, den Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit in der Produktion zu senken, könnten die Preise für Konsumgüter mit der Zeit gesenkt werden. Wie eine Losung es ausdrückte: „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“.

¹⁷ Dies bedeutete, dass die DDR 92 Prozent ihres Sozialprodukts unmittelbar verbrauchte. Nur 8 Prozent des Sozialprodukts diente der Akkumulation. Zum Vergleich: 1950 hatte die Tschechoslowakei eine Akkumulationsrate von 17 Prozent, Polen 21 Prozent und Ungarn 23 Prozent.

¹⁸ Siehe: Stalin, J., *Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR*, Dietz Verlag, Berlin, 1952, S. 57.

Die SED machte sich daran, dieses neue sozialistische Bewusstsein zu fördern und gleichzeitig neue praktische Planungsmechanismen zur Steigerung der Effizienz zu entwickeln. Im Sommer 1951 kündigte die SED an, sich bei der Planung stärker auf monetäre Kategorien stützen zu wollen. Im September 1951 wurde eine finanzpolitische Konferenz organisiert, um die Rolle von Finanzen, Krediten und Geld in der sozialistischen Planung zu klären:

„Unsere Wirtschaftsfunktionäre, aber auch die Funktionäre und Mitglieder unserer gesellschaftlichen Organisationen, die Funktionäre und Mitglieder der Gewerkschaften, der Parteien, die gesamte Bevölkerung müssen wissen, welche Rolle unsere Mark, welche Rolle unser Geld bei der Durchführung unseres Volkswirtschaftsplanes spielt. Jede Summe Geldes gibt ein Anrecht auf eine bestimmte Menge Maschinen, Baustoffe, Kleidung, Lebensmittel und andere Dinge des Bedarfs der Bevölkerung, also Ergebnisse unserer Arbeit. [...] Mit unserer Mark lenken wir also die Produktion, die Verteilung der produzierten Waren und lenken wir die Investitionen. Darum muß eine intensive, dauernde und zähe Aufklärungsarbeit darüber geleistet werden, welche Rolle bei uns das Geld spielt, müssen insbesondere die Wirtschaftsfunktionäre eine wirkliche Achtung vor der Mark, vor dem Pfennig bekommen.“¹⁹

Diese Haltung spiegelte die vorherrschende Meinung unter den sozialistischen Ökonomen wider, dass die gesellschaftlich notwendige Arbeit in diesem Entwicklungsstadium indirekt in Geld gemessen und ausgedrückt werden musste, da eine Berechnung auf der Grundlage direkter Zeiteinheiten – wie von Marx 1875 vorgesehen²⁰ – in der UdSSR und den Volksdemokratien noch nicht möglich war.

Mit Ausnahme einiger weniger Ökonomen, die sich optimistisch über die schwindende Bedeutung des Geldes in der Sowjetunion äußerten (siehe z. B. Lola Zahn)²¹, argumentierte die Mehrheit, dass die Überbleibsel des Kapitalismus (z. B. die Unterschiede zwischen einfacher und komplexer Arbeit, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, zwischen öffentlichen, genossen-

¹⁹ Protokoll: Finanzpolitische Konferenz, S. 218.

²⁰ Siehe Marx, K., Kritik des Gothaer Programms.

²¹ Vgl. Zahn, L., Die ökonomischen Grundbegriffe der Sowjetplanwirtschaft, Einheit, Jg. 3, Heft 2, 1948.

schaftlichen und privaten Eigentumsverhältnissen und zwischen dem technischen Niveau der Industriebetriebe) es immer noch unmöglich machten, verschiedene Arten von Arbeit in einer universellen Zeiteinheit zu messen. Stattdessen müsse „die gesellschaftliche Rechnung der Arbeitsleistung noch die im Kapitalismus herrschende Kategorie Wert übernehmen und in abgewandelter Form anwenden“.²²

Ausgehend von dieser Prämisse kündigte der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission der DDR, Heinrich Rau, im Juni 1951 die „Einführung neuer Formen der Wirtschaftsführung“ an, die sich an der Rechnungslegung und Rentabilität der Betriebe orientieren sollten²³.

Diese Reform lehnte sich an das sowjetische Prinzip des Chosrastschot (Kurzbezeichnung für chosjaistwennyi rastschot: „wirtschaftliche Rechnungsführung“) an, das 1921 im Rahmen der Neuen Ökonomischen Politik der Bolschewiki eingeführt und 1929 als Grundprinzip der sowjetischen Industriepaltung festgeschrieben worden war.²⁴ Die Idee lässt sich als „Kontrolle durch die Mark“ zusammenfassen: um die Effizienz der volkseigenen Betriebe zu überwachen, sollte der Staat versuchen, „möglichst viele materielle Vorgänge

²² Lemnitz, A., Das Geld im Sozialismus, Deutsche Finanzwirtschaft, 1948, H. 10/11, S. 18. Siehe auch die Argumentation von Gordin, A., Preis und Preisbildung in der UdSSR, Neue Welt, 1951.

²³ Siehe: Rau, H., Die Erfahrungen bei der Durchführung des Planes I. Quartal 1951, in: Die neuen Wirtschaftsaufgaben zur Verbesserung der Lebenslage des Volkes, Bericht an das 6. Plenum des ZK der SED, Juni 1951.

²⁴ Chosrastschot wurde in der DDR als wirtschaftliche Rechnungsführung übersetzt. Nachdem die Bolschewiki 1921 den „Kriegskommunismus“ aufgegeben hatten, führten sie Chosrastschot ein, um die volkseigene Industrie ökonomischer zu gestalten. Die staatlichen Betriebe erhielten mehr Autonomie als wirtschaftliche Einheiten und wurden vom Diktat der Kombinatdirektoren (die mehrere staatliche Betriebe beaufsichtigten) befreit. Chosrastschot wurde zu Beginn des ersten Fünfjahresplans der UdSSR im Jahr 1929 als Grundlage für die Betriebsführung bekräftigt: Die Unternehmen erhielten eine „angemessene“ finanzielle Selbstständigkeit und juristische Persönlichkeit. Im Jahr 1936 wurden die sowjetischen Betriebe zudem mit eigenen „Direktorenfonds“ ausgestattet, um die materiellen Anreize für eine effizientere Produktion auf Unternehmensebene zu erhöhen. Siehe Bratusj, S.N., Die Entwicklung des sowjetischen staatlichen Betriebs zur juristischen Person in Sowjetwissenschaft, 1949 und Rau, H., Die neuen Wirtschaftsaufgaben, S. 16.

und die Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit durch Wertkategorien zu erfassen, in der Geldform zu bewerten, einander gegenüberzustellen und zur Stimulierung ökonomischer Interessen einzusetzen“.²⁵ Die wirtschaftliche Rechnungsführung zielte darauf ab, durch die explizite Verwendung von „Wertkategorien“ wie Preis und Rentabilität die Produktionskosten genau zu ermitteln, damit Verstöße gegen Effizienzziele frühzeitig erkannt und korrigiert werden konnten. Finanzminister Willy Rumpf formulierte es so: „Indem wir das Geld in seiner Funktion als Maß der Werte zu Hilfe nehmen, ermöglichen wir die Berechnung der Verausgabung von gesellschaftlicher Arbeit. Somit ist es möglich, den Erfolg der Wirtschaftsführung der Betriebe in ihrem Gewinn oder Verlust sichtbar zu machen. Der Gewinn oder Verlust eines Betriebes, seine Rentabilität, sind das Resultat und der Gradmesser dafür, ob die Produktion mit den planmäßigen Aufwendungen an gesellschaftlicher Arbeit durchgeführt wurde oder nicht. Die Realisierung der Gewinne ist das Anzeichen dafür, ob gesellschaftlich notwendige Arbeit verausgabte wurde, d. h. ob Waren produziert wurden, für die in ihrer Menge, Qualität und Sortiment ein Bedarf vorhanden ist. Die Produktion von Waren, für die kein Bedarf vorhanden ist, drückt sich aus in Überplanbeständen. Die Realisierung der Waren in Geld ist also ein sehr wichtiger und bei uns sehr akuter Gradmesser der Arbeit der Betriebe.“²⁶

Es schien zwar naheliegend, die Funktion des Geldes als Wertmaßstab bei der Wirtschaftsplanung zu nutzen, doch blieb unklar, wie Preise innerhalb des Systems der sozialistischen Planung so gestaltet werden konnten, dass sie die Wertgrößen widerspiegeln. Wie Marx in *Das Kapital* dargelegt hat, ist der Wert eine Eigenschaft der Waren, und das Wertgesetz ist ein Gesetz der Warenproduktion. Als objektives ökonomisches Gesetz setzt es sich spontan hinter dem Rücken der Produzenten durch, nachdem diese ihre Waren auf den Markt gebracht haben: Die Konkurrenz auf dem Markt zwingt die einzelnen Privatproduzenten, ihre Preise nahe an einen einheitlichen Preis heranzuführen. Der Verkaufspreis einer Ware spiegelt somit (annähernd) die relative gesellschaftliche Arbeit wider, die für ihre Produktion aufgewendet wurde.

²⁵ Mühlfriedel, W. und Wießner, K., *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, Akademie Verlag, Berlin, 1989, S. 194.

²⁶ Siehe Willy Rumpf in Protokoll: Finanzpolitische Konferenz, S. 219.

In der vergesellschafteten und geplanten Industrie der DDR waren diese Bedingungen nicht mehr gegeben: Güter, die von VEB für andere VEB produziert wurden, wurden nicht zwischen privaten Eigentümern auf einem freien Markt ausgetauscht. Sie wurden nach einem Plan zu staatlich festgelegten Preisen geliefert und bereitgestellt, wobei das Geld lediglich eine formale Berechnungsfunktion hatte. Die propagierte „bewusste Ausnutzung des Wertgesetzes“ erschien daher als Widerspruch: Wie kann ein Gesetz, das der spontanen Dynamik des Marktes entspringt, von einem Staat genutzt werden, der die Marktmechanismen aktiv einschränkt und durch die bewusste, geplante Tätigkeit der Produzenten ersetzt? Und, wenn die Planungsämter den Produktionsprozess durch absichtliche Abweichungen der Preise vom Wert steuern wollen, müssten sie dann nicht zuerst die genaue Größe des Wertes dieser Produkte wissen?

Im Juli 1954 wurde ein Institut für Wirtschaftswissenschaften als Teil der Akademie der Wissenschaften der DDR gegründet. Später umfasste das Institut Abteilungen und Arbeitsgruppen mit Schwerpunkten wie „Geld und Kredit“, „Arbeitsproduktivität und Rentabilität“, „Geschichte der politischen Ökonomie“, „Staatsmonopolkapitalismus“ und „Entwicklungsländerforschung“.

Diese Fragen wurden 1952 vom Politbüro der KPdSU teilweise aufgegriffen, als es eine Reihe von Briefen Stalins an Wirtschaftswissenschaftler veröffentlichte. In dieser Broschüre mit dem Titel „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ argumentierte Stalin, dass die Warenproduktion in der Sowjetunion fortbestehe, und führte dies in erster Linie auf die unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft zurück. Während die Industrie vollständig vergesellschaftet worden war, blieben die Produktionsmittel in der Landwirtschaft weitgehend in genossenschaftlichem Besitz, so dass der Handel zwischen den beiden Sektoren die Form des Warenaustauschs annahm. Das Wertgesetz wirkte also in der Sowjetunion weiter, wenn auch in begrenzter und modifizierter Form. Ziel war es, das Wertgesetz zu studieren, es auszunutzen und es schließlich durch die vollständige Vergesellschaftung der Produktionsmittel in der Zukunft zu überwinden. Das Wertgesetz wurde zu dieser Zeit dementsprechend als notwendiges Übel oder, wie es

DDR-Industrieminister Fritz Selbmann ausdrückte, als „reißende Bestie“ verstanden, die es zu zähmen und für die sozialistische Planung zu nutzen galt.²⁷

Stalins Analyse, dass die unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse der Grund für das Fortbestehen der Warenproduktion und des Wertgesetzes im Sozialismus seien, setzte Anfang der 1950er Jahre den Maßstab für die politische Ökonomie. Diese Einschätzung wurde jedoch bereits Mitte der 1950er von sowjetischen Ökonomen wieder verworfen (siehe Abschnitt 5 dieser Arbeit).

Der führende DDR-Ökonom Alfred Lemnitz versuchte, diese theoretische Schlussfolgerung auf den ostdeutschen Kontext anzuwenden, wo der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus noch in den Anfängen steckte. Lemnitz argumentierte, dass Konsum- und Exportgüter in der DDR zwar Waren im eigentlichen Sinne seien, die von VEB für andere VEB produzierten Güter jedoch „nur noch im begrenzten Rahmen Warencharakter tragen“.²⁸ „Wenn die meisten Produktionsmittel der volkseigenen Wirtschaft auch keine Waren mehr sind, so haben sie doch die äußere Hülle von Waren behalten, man berechnet ihre Selbstkosten, man spricht von ihrem Wert und ihrem Preis“.²⁹ Diese Produkte waren daher nur der Form nach, nicht aber ihrem Wesen nach Waren. Die Wertkategorien wurden in diesem Fall für Berechnungs- und Buchhaltungszwecke verwendet. Das Wertgesetz habe im Sozialismus somit einen grundlegend anderen Charakter angenommen:

„Die Kategorie Wert ist im Kapitalismus eine antagonistische Kategorie, denn sie enthält den Widerspruch zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit. Dieser Widerspruch ist im Sozialismus aufgehoben. Es gibt im Sozialismus keinen Widerspruch zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit, denn jede Arbeit ist von vornherein gesellschaftliche Arbeit, wenn auch in verschiedenen Entwicklungsgraden. Im Sozialismus drückt der Wert die planmäßig

²⁷ Zitiert in Becker und Dierking, Die Herausbildung, S. 439.

²⁸ Lemnitz, A. Charakter und Rolle der Warenproduktion und des Wertgesetzes in der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Einheit, Sonderheft, November 1952, S. 1239.

²⁹ Ebd.

festgelegte Durchschnittsarbeit und gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit aus.“³⁰

Mit diesem theoretischen Verständnis des Wertes im Sozialismus als Ausdruck der „planmäßig festgelegten Durchschnittsarbeit“ machten sich die Planungsämter daran, eine praktische Lösung für die Frage zu finden, wie Preise den Wert genau widerspiegeln können, denn dies war die Voraussetzung für die erfolgreiche Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben. Das bisherige industrielle Preissystem basierte auf kapitalistischen Kalkulationspreisen aus dem Jahr 1944 und wurde entsprechend den individuellen Produktionskosten der einzelnen VEB modifiziert. Das heißt, die Preise orientierten sich in erster Linie an der Leistung des einzelnen Betriebes, nicht an der aktuellen gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Im Februar 1953 begannen die Planungsämter daher mit der Entwicklung einer universellen und wissenschaftlichen Methode zur Festlegung von Planfestpreisen für einzelne Industriezweige.³¹ Ziel war es, die Preise an den durchschnittlichen Selbstkosten der einzelnen Produkte in den jeweiligen Industriezweigen zu

³⁰ Lemnitz, A., Das Geld im Sozialismus, Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 10/11, 1948, S. 18. Der sowjetische Ökonom Konstantin Ostrowitjanow – einer der Hauptautoren des sowjetischen Lehrbuchs „Politische Ökonomie“ von 1954 – war für die Ökonomen der DDR zu dieser Zeit einflussreich: „Die Berechnung der gesellschaftlichen Arbeit in Geld ist die Hauptfunktion des Wertgesetzes in der sozialistischen Wirtschaft. Die monetäre Berechnung bildet zusammen mit den technischen Normen die Grundlage für die Bestimmung der Selbstkosten und der Rentabilität der Produktion in den sozialistischen Staatsbetrieben. Der sowjetische Staat nutzt die monetäre Buchführung als Mittel zur Kontrolle der Produktion durch den Vergleich von geplanten und tatsächlichen Produktionskosten.“ (Ostrowitjanow, K., Die sozialistische Planung und das Wertgesetz, in: Sowjetwissenschaften, 1948, Heft 2, S. 18.)

Ostrowitjanow sollte später einer der ersten sowjetischen Wirtschaftswissenschaftler werden, der Stalins These in Frage stellte und argumentierte, dass die Produktion in den sozialisierten Industrien in Wirklichkeit eine Warenproduktion sei (siehe Abschnitt 5 dieser Arbeit).

³¹ Für mehr über die Reform der Industriepreise in der DDR und der UdSSR: Mühlfriedel und Wießner, Die Geschichte, S. 203; Roesler, Die Herausbildung, S. 70; Gordin, A., Preis und Preisbildung in der UdSSR; M. Bardmann, Die Preistypdebatte.

orientieren, eine Methode, die in der UdSSR bereits 1936 eingeführt worden war.

Es wurden „komplexe technische Normen“ geschaffen, um die in jedem Wirtschaftszweig erforderlichen Inputs (Materialverbrauch, Lohnkosten und Abschreibungen) zu messen, so dass die geplante durchschnittliche, in den Produkten verkörperte Arbeit in Geld (so genau wie möglich) ausgedrückt werden konnte. Die Berechnung dieser Normen war ein komplizierter Prozess, aber sie versprach, den Planungsämtern ein wissenschaftliches Mittel an die Hand zu geben, um die Produktionsentwicklungen in den verschiedenen VEB zu vergleichen. Die Rentabilität eines VEB konnte dann die Kostensenkungen und/oder Produktivitätssteigerungen des Betriebs widerspiegeln. Für jeden einzelnen Industriezweig wurde ein einheitliches Reineinkommen errechnet. Dies wurde dann auf den durchschnittlichen Selbstkostenpreis addiert, um den Wert des Mehrprodukts zu erfassen. Dieser Gesamtpreis wurde dann für einen bestimmten Zeitraum festgelegt.

Die Planfestpreisformel:

$$p = c + v + g$$

p = Preis (nach Produktgruppe)

c = verbrauchtes Material plus Abschreibungen

v = Lohnkosten

g = Reineinkommen

Aufgrund ihrer Komplexität dauerte die im Februar 1953 eingeleitete Preisreform mehr als ein Jahrzehnt, bis sie vollständig umgesetzt war. Viele Ökonomen hielten diese Planfestpreise für unbefriedigend. Sie waren nur in der Lage, eine ungefähre Messung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit zu liefern und es gab keinen Konsens unter den Ökonomen darüber, wie das Reineinkommen (g) am besten abgeleitet werden sollte. Es war daher unvermeidlich, dass die Preisfrage bald wieder im Mittelpunkt der ökonomischen Debatten stehen würde (siehe Abschnitt 5).

Für das Betriebsmanagementsystem selbst bedeutete die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung eine Verlagerung der operativen Verantwortung: Um die betrieblichen Wirtschaftstätigkeiten in Geldeinheiten zu erfassen, war es notwendig, Geschäftspraktiken zwischen den VEB zu simulieren. Wie in der UdSSR sollten die volkseigenen Betriebe – im Rahmen des Fest-

preissystems – eine „angemessene“ finanzielle Selbstständigkeit und juristische Persönlichkeit erhalten. Im März 1952 wandelte die DDR-Regierung die VEB in rechtlich selbständige und individuell steuerpflichtige Betriebe um.³²Die Aufsicht durch Kombinatdirektoren (damals Direktoren der Vereinigungen Volkseigener Betriebe) wurde schrittweise abgebaut, und ab 1953 waren die VEB offiziell für die Verwaltung vieler ihrer eigenen Ausgaben verantwortlich. Dafür wurden sie mit eigenen Fonds für Anlagen und für Umlaufmittel ausgestattet. Anstatt ihre gesamten Einnahmen an den Staatshaushalt abzuführen und sich vom Staat Mittel für Reparaturen und Investitionen zuweisen zu lassen, mussten die VEB nun einen Teil ihrer Ausgaben durch den Verkauf von Gütern zu Festpreisen decken („Eigenerwirtschaftung der Mittel“). Diese Güter waren eben „nur der Form nach, nicht dem Wesen nach“ als Waren zu behandeln. Wenn ein VEB seine verschiedenen Zielvorgaben (Produktionsleistung, Betriebskosten, Gewinn und Investitionen) nicht erfüllte, erhielt der Betrieb weniger staatliche Subventionen für seinen „Direktorfonds“ (aus dem die Prämien für die Beschäftigten und die sozialen und kulturellen Einrichtungen des Betriebs finanziert wurden).³³ Damit wurde nicht nur für den einzelnen Arbeiter, sondern für den gesamten Betrieb ein materieller Anreiz geschaffen, effizienter zu produzieren. Als rechtlich unabhängige Einheiten mussten die VEB auch Verträge mit anderen VEB abschließen und waren für deren Erfüllung materiell verantwortlich. Die Direktoren hatten dadurch mehr Spielraum, um über die Qualität der Güter und die Lieferfristen zu verhandeln.³⁴ Um Kredite zu erhalten, mussten Betriebe auch Verträge mit der Staatsbank verhandeln, die als „Finanzkontrollorgan“ fungie-

³² Brar, Wirtschaftsgeschichte, S. 203 und Mühlfriedel und Wießner, Die Geschichte, S. 199.

³³ Roesler, Die Herausbildung, S. 71 und Mühlfriedel und Wießner, Die Geschichte, S. 197. Diese Fonds orientierten sich an den sowjetischen Direktorenfonds, die 1936 eingeführt wurden. Im Laufe des ersten Fünfjahresplans in der DDR wuchsen die Direktorenfonds deutlich an und wurden zu einem zentralen Instrument, um materielle Anreize zu schaffen. Im Jahr 1957 wurde dieses Prinzip noch weiter ausgebaut, und zwei Fonds ersetzten nun die Direktorenfonds: die „Betriebsprämienfonds“ und die „Kultur- und Sozialfonds“. (Siehe Abschnitt 4 dieser Arbeit).

³⁴ Mühlfriedel und Wießner, Die Geschichte, S. 199.

ren sollte, um alle Signale zu überwachen, die auf eine Abweichung von den Produktionsplänen hindeuten könnten.³⁵ Solche finanziellen Ziele sollten die bestehenden quantitativen Ziele ergänzen.

Im Rahmen des demokratischen Zentralismus zielten diese Reformen ausdrücklich darauf ab, die Akkumulationsrate durch „die ökonomischen Hebel des Geldes und des Kredits“ zu erhöhen, anstatt „mittels administrativer Maßnahmen“.³⁶ Ähnlich wie bei der Preisreform dauerte es viele Jahre, bis die wirtschaftliche Rechnungsführung auf Betriebsebene vollständig umgesetzt werden konnte. Die wirtschaftlichen Probleme der folgenden Jahre wurden häufig auf diesen langsamen Fortschritt zurückgeführt.

Nichtsdestotrotz wurde bereits Ende 1951 die Grundausrichtung für die volkseigenen Betriebe der DDR festgelegt: „Es ist die Angelegenheit des Betriebes, wie er seinen Plan erfüllt“.³⁷

4. Politische Krise, der „Neue Kurs“ und die „Vereinfachung des Plans“ (1953-1954)

In den ersten Jahren des Fünfjahresplans eskalierten die internationalen Spannungen erheblich. Die wahre Bedeutung der „Eindämmungsstrategie“ der Truman-Doktrin wurde durch den völkermörderischen Angriff der USA auf Korea Anfang der 1950er Jahre deutlich.³⁸ In Europa wurde der letzte Versuch der UdSSR (durch die so genannte „Stalin-Note“ vom März 1952), eine neu-

³⁵ Ulbricht, W. Der Fünfjahresplan, S. 78.

³⁶ Protokoll: Finanzpolitische Konferenz, S. 219 und Roeseler, Die Herausbildung, S. 29.

³⁷ Protokoll: Finanzpolitische Konferenz, S. 220.

³⁸ Die USA warfen 635.000 Tonnen Bomben und 32.557 Tonnen Napalm auf Korea ab. US-General Curtis LeMay erklärte: „Wir ... haben jede Stadt in Nordkorea niedergebrannt ... wir haben zwanzig Prozent der Bevölkerung getötet“. Westlichen Schätzungen zufolge wurden zwischen 1,5 und 2,5 Millionen Koreaner aus der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) getötet – 15,6 % bis 26,0 % ihrer Vorkriegsbevölkerung. Weitere Informationen: Der 80. Jahrestag des Sieges im Antifaschistischen Weltkrieg.

trale, entmilitarisierte Republik in Deutschland zu errichten, vom Westen zurückgewiesen. Die kapitalistischen Mächte waren darauf bedacht, die BRD in ihren Militärblock zu integrieren; die Unterzeichnung des Bonn-Paris-Abkommens im Mai 1952 signalisierte die ausdrückliche Remilitarisierung Westdeutschlands.

Die SED und die KPdSU überprüften daher Mitte 1952 die Lage und beschlossen zwei neue politische Maßnahmen für Deutschland: Erstens muss die DDR eine eigene Landesverteidigung aufbauen, und zweitens müssen die Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft zu denen in der Industrie aufschließen, d. h. es war an der Zeit, mit der Bildung von Produktionsgenossenschaften auf dem Lande zu beginnen.

Die SED berief im Juli 1952 eine außerordentliche 2. Parteikonferenz ein und verabschiedete einen Beschluss, um „in allen Bereichen der Gesellschaft systematisch die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen“. Während die internationale Lage zweifellos diese Entscheidung beeinflusste, den sozialistischen Aufbau offiziell auf die Tagesordnung zu setzen, hatten sich die objektiven und subjektiven Bedingungen in Ostdeutschland seit 1945 grundlegend verändert. Der Klassencharakter der politischen Ordnung war mit der Gründung der DDR und der Ratifizierung der Verfassung im Jahr 1949 zugunsten der Arbeiterklasse und der Bauernschaft deutlich entschieden worden.

Der sozialistische Sektor wurde signifikant ausgebaut und dominierte nun die Wirtschaft. Entsprechend waren die Größe und das Bewusstsein der Arbeiterklasse gewachsen. Schließlich hatte die DDR umfassende wirtschaftliche und politische Beziehungen zu den Ländern des sozialistischen Blocks in Osteuropa und Asien geknüpft.

Die unmittelbaren Folgen der 2. Parteikonferenz betrafen die Landwirtschaft, nicht die Industrie. Die im Fünfjahresplan festgelegten Ziele wurden beibehalten und die SED betonte die Notwendigkeit, die Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung voranzutreiben. Die neuen staatlichen Subventionen für landwirtschaftliche Genossenschaften und die Vervierfachung der Verteidigungsausgaben belasteten jedoch den Staatshaushalt enorm. Gleichzeitig stiegen die Löhne Anfang der 1950er Jahre schneller als erwartet, da die Ent-

lohnung in den meisten Betrieben noch nicht durch das universelle System „technisch begründeter Arbeitsnormen“ geregelt war.³⁹

Der Versuch, den Ausgabenanstieg durch Steuererhöhungen für die Privatwirtschaft und die Streichung von Subventionen für Selbstständige zu kompensieren, konnte den Staatshaushalt nicht entlasten. Im Februar 1953 leitete die SED daher einen neuen „Feldzug für strenge Sparsamkeit“ ein, der – im Gegensatz zu früheren Maßnahmen – direkt die Arbeiterklasse traf. Subventionen für bestimmte Konsumgüter wurden gestrichen, gleichzeitig wurde eine allgemeine Normerhöhung von 10 Prozent administrativ durchgesetzt. Das Ergebnis war eine de facto Lohnkürzung für alle Arbeiter. Erschwerend kam hinzu, dass die Rüstungsgüter für die neue Landesverteidigung von der UdSSR im Gegenzug für schwere Industriegüter erworben werden sollten, was weitere Kürzungen der Investitionen in der Konsumgüterindustrie erforderlich machte.

Die Westmächte waren sich der wachsenden Spannungen in der DDR bewusst und verstärkten ihre Agitation, um die Unzufriedenheit in der DDR zu schüren. Anfang 1953 kündigte der neue US-Außenminister John Foster Dulles Pläne an, den Sozialismus in Europa „zurückzudrängen“, wie es die USA in Korea versucht hatten.⁴⁰⁴⁵

In Anerkennung der akuten Gefahren der Situation und unter dem Einfluss der neuen sowjetischen Führung nach dem Tod Stalins im März 1953 veröffentlichte das Politbüro der SED Anfang Juni 1953 eine Erklärung, in der es Fehler eingestand und die Rücknahme bestimmter Sparmaßnahmen ankündigte. Ein „Neuer Kurs“ wurde eingeleitet, um das Angebot an Konsumgütern durch eine deutliche Reduzierung der Investitionen in der Schwerindustrie zu erhöhen. Außerdem wurden Entlastungsmaßnahmen für die stark besteuerten Mit-

³⁹ Für mehr über das System der technisch begründeten Arbeitsnormen, siehe Kissel. Zur steigenden Lohnquote siehe Roesler, Geschichte der DDR, S. 33.

⁴⁰ Es gab viele Versuche, die Unsicherheiten und Lücken in den politischen Führungen der sozialistischen Länder auszunutzen, insbesondere nach dem Tod von Joseph Stalin im März 1953. Die heftigen politischen Krisen, die unter anderem 1953 in der DDR, 1956 in Polen und im selben Jahr in Ungarn ausbrachen, sind in diesem Zusammenhang zu verstehen.

telschichten angekündigt. Merkwürdigerweise wurde im Kommuniqué der SED jedoch nicht die Rücknahme der Normerhöhung für die Arbeiterklasse angekündigt. Die sich betrogen fühlenden Bauarbeiter auf einer Berliner Großbaustelle begannen einen spontanen Protest, der am 17. Juni 1953 zu landesweiten Unruhen führte. Nachdem die Proteste in Gewalt umschlugen und es zu Plünderungen und Lynchmorden kam, wurde das sowjetische Militär eingesetzt, um die Gewalt zu beenden.⁴¹

Nach dieser Krise und einer selbstkritischen Bewertung ihrer Politik weitete die SED den „Neuen Kurs“ von 1953 bis 1955 aus. Die Normerhöhungen für die Arbeiter wurden endlich reduziert, die Bildung von LPGs verlangsamt, die Beschränkungen für private Unternehmen gelockert und Subventionen zur Senkung der Preise für Konsumgüter wieder eingeführt. Unter dem Einfluss der neuen KPdSU-Führung kehrte die SED 1954 und 1955 ihre Prioritätensetzung für die Abteilung 1 um.⁴²

Außerdem begann die UdSSR, der DDR neue Kredite zu gewähren und strich alle noch ausstehenden Reparationszahlungen. Die sowjetischen Aktiengesellschaften (SAGs) in der DDR – die von der UdSSR verwaltet wurden, um Reparationszahlungen zu erwirtschaften, und zu denen viele große Chemie- und Elektrobetriebe gehörten – wurden der DDR übertragen und am 1. Januar 1954 in VEB umgewandelt. Diese Unternehmen hatten damals einen Wert von etwa 2,7 Milliarden DDR-Mark.

Vor diesem Hintergrund bewertete und verallgemeinerte die SED die Erfahrungen des ersten Fünfjahresplans. Der Anteil des sozialisierten Sektors an der Bruttoproduktion betrug inzwischen rund 70 Prozent.⁴³ Die gesamte Industrieproduktion war seit 1950 um 190 Prozent gestiegen, wobei die Produk-

⁴¹ Mehr zu den Ereignissen um den 17. Juni 1953: Was geschah am 17. Juni 1953 in der DDR? <https://ifddr.org/17-juni-1953/>

⁴² Nachdem Malenkov im März 1953 sowjetischer Ministerpräsident geworden war, führte er eine Politik des „Neuen Kurses“ ein, um der Abteilung 2 in der UdSSR Vorrang zu geben. Sowohl in der DDR als auch in der UdSSR entbrannte daraufhin eine Debatte über die marxistische Theorie der erweiterten Reproduktion und das Verhältnis zwischen Akkumulation und Konsumtion in der sozialistischen Planung. Siehe Becker & Dierking, Die Herausbildung, S. 365.

tion in der Metallurgie um 245 Prozent zunahm.⁴⁴ Ein Viertel der Arbeitskräfte war weiterhin im kapitalistischen Sektor beschäftigt, der aus 15.000 privaten Unternehmen und 27.000 kleinen Bauernhöfen bestand. Das Bildungs-, Kinderbetreuungs- und Erholungsangebot wurde erheblich verbessert.

Der Erste Sekretär der SED, Walter Ulbricht, wies jedoch darauf hin, dass zwar die quantitativen Produktionsziele übertroffen worden seien (um 104,4 Prozent), die Effizienzziele jedoch nicht erreicht wurden.⁴⁵ Der Fünfjahresplan hatte eine Senkung der Produktionskosten in den VEB um 26 Prozent vorgesehen, die jedoch nur zu 19,3 Prozent erreicht wurde. 1954 arbeiteten rund 700 Betriebe (27 Prozent aller VEB) immer noch mit Verlust und waren auf staatliche Subventionen angewiesen. Alarmierend war auch, dass sich die Kostensenkungen in den VEB von Jahr zu Jahr verlangsamten. Ein Tiefpunkt wurde 1954 erreicht, nachdem die VEB den staatlichen Unterstützungsfonds für das Jahr bereits im dritten Quartal aufgebraucht hatten. Damit verfehlte die Wirtschaft das geplante Akkumulationsziel um eine halbe Milliarde DDR-Mark.

Auf dem 21. Plenum des Zentralkomitees im November 1954 kam Ulbricht zu dem Schluss, dass die finanzielle Seite der Planung noch immer nicht beherrscht worden sei. Die 1952 eingeführte wirtschaftliche Rechnungsführung sei nicht wirksam umgesetzt worden, und zu viele Kontrollorgane hielten sich nicht an die „Kontrolle durch die Mark“. VEB wurden nicht bestraft, wenn sie ihre vertraglichen Verpflichtungen verletzten.

Das Zentralkomitee verabschiedete daher mehrere wichtige Beschlüsse, um diese Probleme zu lösen. Die Rentabilität der Unternehmen wurde nun zum „vorrangigen Ziel der Wirtschaftspolitik“ erklärt und der Einsatz materieller Anreize sollte ausgeweitet werden. 1957 wurde der Direktorenfonds der VEB (siehe Abschnitt 3) in einen „Betriebsprämienfonds“ und einen „Kultur- und Sozialfonds“ aufgeteilt, die beide aus den Gewinnen der VEB finanziert wer-

⁴³ Badstübner, Die Geschichte, S. 167.

⁴⁴ Brar, Wirtschaftsgeschichte, S. 194.

⁴⁵ Ulbricht, W., Fragen der politischen Ökonomie in der Deutschen Demokratischen Republik - 21. Tagung des Zentralkomitees der SED 12. bis 14. November 1954.

den sollten.⁴⁶ Über den Betriebsprämienfonds sollten die Arbeiter entsprechend der kollektiven und individuellen Leistung mit Prämien belohnt werden: Je höher die Normen übertroffen wurden, desto höher fiel die Prämie aus. Diese verstärkte Nutzung materieller Anreize führte jedoch unbeabsichtigt zum Problem der „weichen Pläne“: Die VEB bemühten sich aktiv darum, die Pläne und Normen so niedrig wie möglich zu halten, damit sie diese leicht übertreffen konnten. Dies verzerrte das Planungssystem, da die Ämter die tatsächlichen Produktionskapazitäten in den VEB nicht genau einschätzen konnten. Die ursprüngliche Prämienfondsreform hatte somit die Interessen der Betriebe in Konflikt mit den gesellschaftlichen Interessen gebracht und legte den Keim für den „Betriebsegoismus“.

Die SED versuchte 1964 (in der Anfangsphase der NÖSPL-Reformen), die weichen Pläne durch die Einführung eines gestaffelten Prämien-Systems zu lösen, das bei Nichterreichen der Ziele nachsichtiger war.⁴⁷

Es wurden auch neue Formen der sozialistischen Demokratie entwickelt, um die Effizienzprobleme zu lösen. Ab 1955 wurden „Ökonomische Konferenzen“ in großen Betrieben organisiert, um den Produktionsprozess zu analysieren und Vorschläge zur Kostensenkung und Produktivitätssteigerung zu machen. Bei neuen „Produktionsberatungen“ mussten die Betriebsleiter und Buchhalter Rechenschaftsberichte vorlegen, die von den Arbeitern geprüft werden konnten. Bis zum Ende des Jahres wurden landesweit 4.000 Konferenzen und 600.000 Beratungen abgehalten. Die Ergebnisse dieser Initiativen

⁴⁶ Roesler, Die Herausbildung, S. 228.

⁴⁷ Die ursprüngliche Reform des Betriebsprämienfonds von 1957 hatte eine harte Grenze eingeführt: Wenn die Produktion nicht 100 Prozent des Ziels erreichte, wurden die Prämien drastisch gekürzt. Das bedeutete, dass ein fleißiger VEB für Umstände bestraft werden konnte, die außerhalb seiner Kontrolle lagen (z. B. Materialengpässe, die die Produktion vorübergehend unterbrachen). Das neue System von 1964 senkte die Prämien schrittweise entsprechend dem Ausmaß, in dem die Ziele nicht erreicht wurden. Eine Produktion, die nur 5 Prozent unter dem Ziel lag, wurde nicht so stark bestraft wie eine Produktion, die 25 Prozent unter dem Ziel lag. Siehe: Roesler, Die Herausbildung, S. 228.

waren schnell spürbar: Der nationale Akkumulationsfonds stieg 1955 um rund 300 Millionen DDR-Mark.⁴⁸

Massenkampagnen, die sich auf den Elan der Arbeiter stützen, waren zwar erfolgreich, konnten aber nicht unbegrenzt fortgesetzt werden. Die SED strebte danach, auch die konkreten Planungsmechanismen stärker auf Effizienz auszurichten. Einige Funktionäre begannen zu hinterfragen, ob die vorherrschende Planungsmethodik nicht im Widerspruch zu den Grundsätzen der wirtschaftlichen Rechnungsführung stand.⁴⁹

Die Vielzahl der von der Staatlichen Plankommission den VEB vorgelegten, genau berechneten Planvorgaben führte dazu, dass die Jahrespläne der Betriebe aufgrund unvorhergesehener Ereignisse wie Lieferverzögerungen oder Materialengpässen oft Dutzende von Revisionen erfahren mussten. Dies führte zu einem Dominoeffekt in den Betriebsplänen, der die Leitungen in endlose Neuberechnungen verwickelte.⁵⁰ In den extremsten Fällen waren die VEB gezwungen, ihre Produktionspläne über 40 Mal pro Jahr zu überarbeiten. Die Dringlichkeit dieses Problems nahm in dem Maße zu, wie sich die Arbeitsteilung in der Wirtschaft weiterentwickelte. Immer mehr hergestellte Produkte wurden als Vorprodukte für die weitere Produktion oder die Rohstoffgewinnung verwendet (z. B. Textilien in der Automobilproduktion oder Stahlträger im Bergbau usw.). Dies führte dazu, dass die Produktionspläne immer stärker miteinander verwoben wurden.

Ende 1953 beauftragte die SED daher eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Heinrich Rau und Erich Apel mit der Suche nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Planungsmethoden.⁵¹ Nach der Untersuchung mehrerer Fallbei-

⁴⁸ Badstübner, *Die Geschichte*, S. 162/163 und Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte*, S. 204.

⁴⁹ Mühlfriedel und Wießner, *Die Geschichte*, S. 204.

⁵⁰ Siehe: Rau, H., *Im Maschinenbau – mehr und bessere Waren herstellen*, Bericht an den 4. Parteitag der SED, April 1954.

⁵¹ Erich Apel wurde später Leiter der Staatlichen Plankommission bei der Einführung des NÖSPL 1963. Zu dieser Arbeitsgruppe siehe Roesler, J., *Der Beitrag der Betriebe*

spiele kam die Gruppe zu dem Schluss, dass die zentral festgelegten Planziele in vielen Branchen überzogen waren. Anstatt die Produktionsmengen für jedes einzelne Bauteil eines Endprodukts festzulegen, schlug die Gruppe vor, den Betrieben mehr Spielraum bei der Erreichung der wichtigsten Ziele einzuräumen. Zum Beispiel reichte es aus, nur festzulegen, wie viele Elektromotoren am Ende produziert werden sollten, anstatt dass die staatliche Plankommission Indikatoren für einzelne Komponenten eines Elektromotors festlegte.

Die unteren Ebenen in der Planungshierarchie sollten selbständig die benötigten Komponenten beschaffen. Diese Methodik, so wurde argumentiert, entsprach besser den Bedingungen in der DDR, wo sich die Wirtschaft von einem extensiven zu einem intensiven Wachstum entwickelte und die Arbeitsteilung immer spezialisierter wurde.

Die Idee wurde auch von den früheren sowjetischen Aktiengesellschaften inspiriert, die nur einige wenige Eckziffern zu erfüllen hatten und ansonsten „bedeutend größere Bewegungsfreiheit im Rahmen des Plans“ hatten.⁵²

Auf der Grundlage dieser Schlussfolgerungen verabschiedete die Regierung im Dezember 1954 ein Gesetz „Über die Vereinfachung der Planung in der volkseigenen Industrie“. Nur noch die für die Volkswirtschaft wichtigsten Produkte sollten zentral festgelegt werden. Die Ausarbeitung der für die Erreichung dieser Ziele erforderlichen Detailpläne oblag den VEB selbst. Die nach einem einheitlichen Schema aufgebauten Betriebspläne der VEB bedurften nicht mehr der gesonderten Bestätigung durch die jeweilige Zentralverwaltung. Die Zahl der festgelegten Planziele sank daraufhin um mehr als 50 Prozent. Die Kürzungen betrafen im Allgemeinen die hochentwickelten Industrien (z. B. Feinmechanik und Konsumgüter) stärker als die Grundstoffindustrien (z. B. Metallverarbeitung). Durch die Reform wurde auch der Verwal-

sowjetischen bzw. gemischten Eigentums bei der Herausbildung und Festigung der sozialistischen Planwirtschaft in der volksdemokratischen Revolution, Die Große sozialistische Oktoberrevolution und der revolutionäre Weltprozess, Berlin, 1978.

⁵² Die von Rau (damals Minister für Maschinenbau) und Apel geleitete Arbeitsgruppe kam zu dem Schluss, dass das Planungssystem der SAG „grundsätzlich einfacher und elastischer“ war als das der VEB, weil sie weniger zentral festgelegte Ziele zu erfüllen hatten. Siehe Roesler, Beitrag der SAG.

tungsaufwand in den Betrieben stark reduziert: Die Zahl der Formulare, die die VEB bei den übergeordneten Planungsbehörden einreichen mussten, sank von 31 auf 15 im Jahr 1956.⁵³

Anzahl der im Jahresplan der Staatlichen Plankommission festgelegten Produkte⁵⁴

Jahr	Anzahl der Produkte	Index (1955 = 100)
1955	950	100
1956	810	85.3
1957	440	46.3

Die „Vereinfachung der Planung“ gab es nicht nur in der DDR. Ähnliche Maßnahmen wurden in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre in ganz Osteuropa durchgeführt. Selbst in der UdSSR wurde die Zahl der zentral festgelegten Ziele in der Industrie von 1957 bis 1958 halbiert.⁵⁵ Laut Roesler führte die DDR die Planziele am schnellsten zurück, während die ČSSR, Ungarn und Rumänien ihre Kennziffern bis in die frühen 1960er Jahre hinein schrittweise reduzierten.

Wie im nächsten Abschnitt untersucht wird, stoppten die DDR und die UdSSR 1958 abrupt weitere Reduzierungen nachdem sie zu dem Schluss gekommen waren, dass die Reform in bestimmten Bereichen „zu weit gegangen“ war. Bemerkenswert ist jedoch, dass die DDR diese Reformen nicht vollständig rückgängig machte. Nur in den Zweigen „Maschinenbau“ und „Guss- und Schmiedestücke“ wurde die Zahl der Produktionsziele über das Niveau vor der Reform angehoben. Die Gesamtzahl der Ziele für die industrielle Produktion blieb 1958 um 68 Prozent niedriger als 1956.

5. Die große Debatte: Das Wertgesetz, die „Selbstverwaltung“ und der Weg zu „sozialistischen Warenproduzenten“ (1955-1958)

⁵³ Roesler, Die Herausbildung, S. 155.

⁵⁴ Ebd., S. 153.

⁵⁵ Ebd., S. 158.

Als die Regierung Ende 1954 diese Reformen einführte, versuchte die SED auch, mehr Kritik und Selbstkritik in allen Bereichen der Gesellschaft zu fördern. Dazu gehörte die ausdrückliche Aufforderung an die Ökonomen, sich mit den ungeklärten Problemen des Wertgesetzes und den „Unzulänglichkeiten unserer Arbeit auf dem Gebiet der Preispolitik“ auseinanderzusetzen.⁵⁶ Auf einer wissenschaftlichen Tagung im März 1955 mit dem Titel „Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR“ betonte der Ökonom und Politbüromitglied Fred Oelßner die politische Aufgabe der Wissenschaft: „Das ist es gerade, was wir so dringend brauchen, einen wirklich freien wissenschaftlichen Meinungs austausch. Denn wir werden in unserer Entwicklung nicht vorwärtskommen, wenn wir uns in Diskussionen nur darauf beschränken, das wiederzugeben, was irgendwo schon einmal gedruckt ist oder was eine Autorität schon einmal gesagt hat.“⁵⁷

Diese Konferenz markierte den Ausgangspunkt einer Debatte, die bald zu einer erbitterten politischen Konfrontation zwischen „Revisionisten“ und „Anti-revisionisten“ eskalieren sollte. Auslöser für die Eskalation war der plötzliche Politikwechsel der KPdSU in den Jahren 1955/56. Zunächst hatten sich prominente DDR-Ökonomen und -Funktionäre mit dem Argument in die Debatte eingebracht, dass das Preissystem (und das Wertgesetz) einen größeren Einfluss auf die wirtschaftliche Entscheidungsfindung haben sollte. Bald jedoch forderten sie in ihren Artikeln grundlegende Änderungen der Eigentumsverhältnisse in der DDR und eine Revision des marxistischen Verständnisses der Warenproduktion. Die Debatte drehte sich nicht mehr nur um den Grad der zentralisierten Zielvorgabe, sondern stellte den Kern des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR infrage.

⁵⁶ 25. Plenum des Zentralkomitees der SED, Oktober 1955, zitiert in Lemnitz, Die marxistische Lehre vom Preis und die Preispolitik der Deutschen Demokratischen Republik, Wirtschaftswissenschaft (WiWi), 1956, S.91. Auch der SED-Politiker Peter Hess schrieb im Dezember 1954 im theoretischen Organ der Partei, der Einheit: „Die 'Wirtschaftswissenschaft' [Zeitschrift] muss ein Forum des wissenschaftlichen Meinungskampfes werden!“ (Einheit, Nr.12, 1954)

⁵⁷ Oelßner, F., Zu einigen ökonomischen Problemen der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, WiWi, Heft 3, 1955, S. 299.

Einige der sogenannten „Warentheoretiker“ gingen so weit, Ideen wie „Marktsozialismus“ und „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ nach jugoslawischem Vorbild zu verfechten. Nach einer fast zweijährigen Debatte griff das Politbüro der SED Anfang 1957 ein und startete eine Kampagne gegen Revisionismus innerhalb der Partei. Hintergrund dieser Intervention waren die politische Destabilisierung in ganz Osteuropa und der imperialistische Einmarsch in Ägypten Ende 1956. Die Debatte endete 1958 als Ulbricht erfolgreich den demokratischen Zentralismus als Leitprinzip des Planungssystems verteidigte. Der Bereich der politischen Ökonomie wurde jedoch nachhaltig von den Ansichten der Warentheoretiker beeinflusst.

Die Wertgesetzdebatte in der DDR⁵⁸ wurde von dem polnischen Ökonomen Włodzimierz Brus (der später neben seinem Kollegen Oskar Lange zu einem zentralen Verfechter des „Marktsozialismus“ wurde) auf der oben genannten Konferenz angestoßen. Brus argumentierte in einem Vortrag, dass der zentralisierte Preisfestsetzungsmechanismus das Wertgesetz nicht angemessen berücksichtigte und somit die Anreizmechanismen in der Planwirtschaft verzerrte.⁵⁹

Vorhandene Ineffizienz wurde auf die Verletzung des Wertgesetzes durch den Staat zurückgeführt. Die These von Brus wurde dann von prominenten DDR-Ökonomen wie Gunther Kohlmey, Fritz Behrens und Arne Benary in einer Reihe von Artikeln in der Zeitschrift Wirtschaftswissenschaft (WiWi) zwischen 1955 und 1957 aufgegriffen. Obwohl sich ihre Argumente voneinander unterschieden, lassen sie sich in zwei allgemeine Kategorien einteilen: Das Argument, Festpreise für Konsumgüter aufzugeben und dem Wertgesetz einen größeren Einfluss auf die Preisbildung und wirtschaftliche Entscheidungsfindung zu gewähren, sowie das damit verbundene Argument, das Planungssystem zurückzufahren und die VEBs in selbstverwaltete Einheiten umzuwandeln.

58

59 Brus, W., Zu einigen Problemen der Einwirkung des Wertgesetzes auf die sozialistische Produktion, WiWi, Heft 4, 1955.

5.1 Die freie Bildung der Preise durch das Wertgesetz

„Wir müssen uns von der falschen Vorstellung freimachen, als sei das Wertgesetz ein notwendiges Übel, dessen Aktionsradius man tüchtig beschneiden müsse.“⁶⁰

Dieses Argument wurde erstmals im März 1956 von Gunther Kohlmeier (damals Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften) vorgebracht. Kohlmeier brach damit mit der unter Marxisten vorherrschenden Auffassung, dass das Wertgesetz im Sozialismus schrittweise überwunden werden müsse. Er sah in der administrativen Manipulation der „Wertkategorien“ (Geld, Preis, Kosten, Löhne, Kredit usw.) die Ursache für Ineffizienz und die unzureichende Versorgung mit Konsumgütern. Der Staat behindere seine eigenen Bemühungen, die 1951/1952 eingeführten Grundsätze der wirtschaftlichen Rechnungsführung umzusetzen:

„Das gegenwärtige Hauptproblem der wirtschaftlichen Rechnungsführung scheint in der DDR darin zu bestehen, ihren Aktionsradius nicht unnötig durch zu viele Planungsanweisungen einzuengen bzw. gar zu zerstören, den ganzen Mechanismus der Ausnutzung der Wertformen bei der Leitung der sozialistischen Staatsbetriebe beweglicher als bisher zu machen [...]“⁶¹

Dies erforderte logischerweise, dass Kohlmeier auch das Wesen des Sozialismus selbst revidierte, was er noch im selben Jahr tat: „Auch der Sozialismus ist (nationale und internationale) Marktwirtschaft, er ist planmäßig verlaufende, auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruhende Marktwirtschaft.“⁶²

⁶⁰ Kohlmeier, G., Einige Fragen der planmäßigen Ausnutzung der Wertformen und des Wertgesetzes in der Periode des Übergangs zum Sozialismus, WiWi, Heft 3, 1956, S. 447.

⁶¹ Kohlmeier, WiWi, Heft 3, 1956, S. 455.

⁶² Zitiert in Krause, Wirtschaftstheorie, S. 127.

Fritz Behrens (damals stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und Leiter der Zentralverwaltung für Statistik) sprach sich für die „Ausnutzung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage zur Schaffung eines – ökonomisch gesunden – Preissystems“ aus.⁶³ Er argumentierte, dass die Preise in Abteilung 2 (Produktion von Konsumtionsmittel) „elastischer“ sein müssten, da eine zentrale Stelle nicht in der Lage sein wird, die Präferenzen der Verbraucher (insbesondere den Zeitpunkt, die Auswahl und die von den Verbrauchern geforderte Qualität) angemessen einzuschätzen.⁶⁴

Laut Behrens „muss sich die zentrale Planung auf die prinzipiellen Gesichtspunkte beschränken“. Er schlug vor, Festpreise durch ein System „variabler Preise“ zu ersetzen, bei dem die für Abteilung 2 produzierenden VEB ihre Preise innerhalb bestimmter, von der staatlichen Plankommission festgelegter Grenzen selbst setzen konnten. Das System von „freier Preisbildung“ in „genau abgesteckten Grenzen“ würde einen „kontrollierten Marktwettbewerb“ ermöglichen.

Behrens führte bestehende Probleme in der DDR-Wirtschaft (er nannte konkret: nichtkontinuierliche Produktion, Überplanbestände, Kaufkraftüberhänge) auf Verstöße gegen das Wertgesetz zurück. Die Partei habe zu lange so getan, als könne der Staat „objektive ökonomische Gesetze“ einfach durch „juristische Gesetze“ ersetzen. Dies sei, so Behrens, ein fataler Irrtum:

Weil der Staat „ökonomische Prozesse nicht durch Verordnungen und Anweisungen ersetzen kann, kann er auch das Wertgesetz nicht ersetzen. Das Wertgesetz wirken lassen, das bedeutet elastische Preispolitik und bewegliche Preise anstelle starre Preispolitik und unveränderlicher Preise.“⁶⁵

Bemerkenswert ist, dass auch in der UdSSR zu dieser Zeit ähnliche Argumente vorgebracht wurden. Im Dezember 1956 versuchten sowjetische Ökonomen

⁶³ Behrens, F., Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, WiWi, Heft 1, 1957, S. 139.

⁶⁴ Behrens, Zum Problem der Ausnutzung, S. 138.

⁶⁵ Ebd. S. 140.

auf der so genannten „ersten sowjetischen Wertdebatte“⁶⁶, einen Widerspruch in der offiziellen politischen Ökonomie des Sozialismus zu klären: Wie konnte die Wirkung des Wertgesetzes (als objektiv bestehendes Gesetz) entdeckt werden, wenn der Staat selbst so viele Preise festlegt? Mit anderen Worten, wie sollte der Staat Preise auf eine „geplante Abweichung vom Wert“ festlegen, wenn der genaue Wert des Produkts gar nicht bekannt ist?⁶⁷

Für die „Warentheoretiker“ bestand der Ausweg aus diesem Widerspruch in der Revision der marxistischen Theorie selbst: Die sozialistische Produktion sei in Wirklichkeit Warenproduktion. DDR-Ökonomen wie Herbert Wolf (ein Assistent von Behrens) und sowjetische Spezialisten wie J. A. Kronrod lehnten die Schlussfolgerung Stalins ab, dass das Fortbestehen der Warenproduktion im Sozialismus auf unterschiedliche Eigentumsverhältnisse zurückzuführen sei.

Während bisher die Auffassung vorherrschte, dass sich die Warenproduktion hauptsächlich auf die Konsumgüterindustrie und die Landwirtschaft beschränkte, argumentierten die „Warentheoretiker“, dass die Produkte der sozialistischen Industrien selbst Waren seien, wenn auch von „besonderer Art“. Dies sei auf die „soziale Ungleichartigkeit“ der Arbeit zurückzuführen: die Unterschiede zwischen „geistiger und physischer Arbeit, qualifizierter und unqualifizierter Arbeit, komplizierter und einfacher, schwerer und leichter Arbeit“.⁶⁸

⁶⁶ Siehe: Diskussion über Wertgesetz und Preisbildung im Sozialismus, Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Heft 8, 1957.

⁶⁷ Im sowjetischen Lehrbuch der politischen Ökonomie von 1954 heißt es zu Preisen und Wert im Sozialismus: „Der sozialistische Staat berücksichtigt das Wertgesetz bei der Planung der Preise. Der Preis ist in der sozialistischen Wirtschaft der planmäßig festgesetzte Geldausdruck des Werts der Ware. Bei der Planung der Preise für die im staatlichen Sektor erzeugten Produktionsmittel wird die Wertform nur benutzt, um die für die Produktion aufgewandte gesellschaftliche Arbeit in Geld zu erfassen. Bei der Festsetzung der Preise geht der Staat von den gesellschaftlichen Produktionskosten aus, die in den Zweigen, die Waren erzeugen, den Wert dieser Warendarstellen.“

⁶⁸ Kronrod, J.A., Das Geld in der sozialistischen Gesellschaft, Akademie Verlag, Berlin, 1963 (ursprünglich 1960 auf Russisch erschienen), S. 127.

Aufgrund dieser Unterschiede seien die VEB noch relativ unabhängige Einheiten; die Arbeit in einem VEB müsse getrennt von der Arbeit in anderen VEB organisiert werden. Diese faktische Unabhängigkeit im Produktionsprozess sei wichtiger als der rechtliche Status des einheitlichen Volkseigentums. Die von den „fragmentierten“ Betrieben produzierten Güter würden faktisch für den Austausch hergestellt und wären somit Waren. Sie müssten eben „äquivalent ausgetauscht“ werden. Daher präge das Wertgesetz auch die Beziehungen zwischen den VEB.

Die Neuartigkeit dieses Arguments sollte nicht übersehen werden. Zwar gab es schon immer Befürworter des Rückgriffs auf den Markt auf dem Weg zum Sozialismus (z. B. Bucharin in den 1920er Jahren), doch hatten sie nie argumentiert, dass das Wertgesetz ein inhärentes Merkmal der sozialistischen Produktion sei. Die „Warentheoretiker“ plädierten nicht für einen vorübergehenden Rückzug auf Marktmechanismen (wie die Neue Ökonomische Politik der Bolschewiki). Sie vertraten vielmehr die Auffassung, dass das Wertgesetz der sozialistischen Produktion selbst immanent sei. Die Rolle des Wertgesetzes müsse „weiterentwickelt“ werden, wenn der Sozialismus zu höheren Stufen fortschreite.

Einige DDR-Ökonomen wie Eva Altmann und Alfred Lemmnitz wehrten sich zunächst gegen diese Idee und verteidigten die ursprüngliche Position, die so genannte „Warenhüllentheorie“: Die Produkte der sozialistischen Industrien seien nur der Form nach Waren, nicht dem Wesen nach, da es keinen Besitzerwechsel gab. Die „soziale Ungleichartigkeit“ der Arbeit änderte nichts an

dieser Tatsache.⁶⁹ Die „sozialistische Warenproduktion“ sei nach wie vor nur auf den Bereich der Konsum- und Exportgüter beschränkt.⁷⁰

Dennoch gewannen die „Warentheoretiker“ mit dem Abschluss der „zweiten sowjetischen Wertdebatte“ im Juni 1958 die Mehrheit gegenüber den „Warenhüllentheoretikern“.⁷¹ Einflussreiche sowjetische Ökonomen wie Lew Gatowski und Stanislaw Strumilin vertraten nun die These, dass das Wertgesetz der sozialistischen Produktion selbst immanent sei. Laut Konstantin Ostrowitjanow gelte es, „die Wirksamkeit des ‚Wertgesetzes‘ in der Phase des ‚entfalteten Aufbaus des Kommunismus‘ zu stärken, um gerade dadurch die Voraussetzungen für das Absterben der ‚Geld-Ware-Beziehungen‘ im kommunisti-

⁶⁹ Altmann, E., Warenproduktion und Wert in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, WiWi, Heft 8, 1957, S. 1203/1204: „Zwischen den staatlichen sozialistischen Betrieben bestehen keine Beziehungen von Warenproduzenten zueinander; sie bilden gemeinsam den Bereich des staatlichen sozialistischen Eigentums mit einem einheitlichen Eigentümer der Produktionsmittel und Produkte. Die Arbeit in den einzelnen Betrieben realisiert sich nicht erst durch den Austausch zwischen den staatlichen Betrieben als unmittelbar gesamtstaatliche Arbeit, sondern direkt in der Produktion. Daran ändert auch nichts die unterschiedliche Produktivität der Arbeit in den verschiedenen Betrieben sowie mögliche Mängel in der Qualität der Arbeit oder im Sortiment der Produkte. Diese Erscheinungen gibt es auch innerhalb eines und desselben Betriebes; es sind Unterschiede im konkreten Charakter der Arbeit, woraus sich aber keinerlei Warenbeziehungen ergeben. In der Lieferung von Produkten des einen volkseigenen Betriebes an den anderen, gleich, ob direkt auf der Grundlage des Staatsplanes oder nur in Vollzug einer vertraglichen Verpflichtung, realisieren sich nicht gesellschaftliche Beziehungen von Warenproduzenten zueinander, findet also kein Warenaustausch statt. Hier vollzieht sich die Verteilung der Produktionsmittel unter die staatlichen Betriebe nur in der Form des Warenaustauschs, ohne dem ökonomischen Inhalt nach Warenaustausch zu sein. Die Produktionsmittel, die zwischen den staatlichen Betrieben kursieren, sind also in dieser Bewegung keine Waren.“

⁷⁰ Lemnitz, Die marxistische Lehre vom Preis, S. 95.

⁷¹ Anmerkung: Diese Debatte fand nur wenige Monate nach dem Verkauf der staatlichen Maschinen-Traktoren-Stationen an die genossenschaftlichen Kolchosen durch die sowjetische Führung statt und stand damit in direktem Widerspruch zu den Ausführungen Stalins in „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“.

schen Endzustand zu schaffen“.⁷² Später im selben Jahr vertrat auch KPdSU-Generalsekretär Nikita Chruschtschow auf einer Tagung des Zentralkomitees diese Position.⁷³

Diese bedeutenden Veränderungen in der politischen Ökonomie der Sowjetunion und der DDR bildeten die Grundlage für die Theorie der „Planwirtschaft sozialistischer Warenproduzenten“ in den 1960er Jahren.

5.2 „Selbstverwaltung“ als Voraussetzung für freie Preisbildung

Logischerweise machten „elastische Preispolitik und bewegliche Preise“ tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur der DDR notwendig. Die „Warentheoretiker“ mussten zeigen, wie „Marktgesetze“ im Sozialismus mehr Spielraum bekommen sollten. Kohlmeier konzentrierte sich auf das Finanzsystem und plädierte für eine „beweglichere und rationalere“ Staatsbank, indem er ihr eine autonome Rolle in der Wirtschaft zubilligte.⁷⁴

Behrens und Benary gingen noch weiter und schlugen die umfassende „Selbstverwaltung der Wirtschaft“ vor. Sie argumentierten, dass die Bedingungen in der DDR eine zentralisierte Planung nicht mehr rechtfertigten: „Die Zentralisierung sogar in extremer Form ist in solchen Perioden eine Notwendigkeit, in denen tiefgreifende Veränderungen rasch durchgeführt, die Grundlagen des Kapitalismus zerstört und die der sozialistischen Wirtschaft durch zentrale Weisung aufgebaut werden müssen, zumal aber dann, wenn es gilt, militärischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Aber ebenso, wie die Zentralisierung keine obligatorische Form der Leitung des sozialistischen Staates ist, so ist auch die zentrale Weisung keine obligatorische Form der Leitung der sozialistischen Wirtschaft.“

In dem Maße, wie die ökonomischen Gesetze der sozialistischen Produktion zu wirken beginnen, d. h. in dem Maße, wie sich die sozialistischen Produkti-

⁷² Zitiert in Eggers, W., Die Rolle des ‚Wertgesetzes‘ im sowjetischen Wirtschaftssystem, Osteuropa Wirtschaft, 1960, Heft 1, S. 41.

⁷³ Zitiert in Dunkhase, H., Plädoyer für Planwirtschaft, PapyRossa Verlag, Köln, 2022, S. 17.

⁷⁴ Zitiert in Krause, Wirtschaftstheorie in der DDR, S. 128.

onsverhältnisse festigen, muss die Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisung zurücktreten, da sie sonst zu einem Hemmschuh der weiteren Entwicklung wird. Die wachsenden Produktivkräfte und das ökonomische System des Sozialismus geraten dann in Widerspruch zu der Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisung. Es ist deshalb unumgänglich, von der Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisung zur ökonomischen Leitung, d. h. zu einer Leitung mit einem Mindestmaß zentraler Anweisung und einem Höchstmaß an Initiative und Selbständigkeit ‚von unten‘, auf der Grundlage der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze, insbesondere des Wertgesetzes überzugehen, sobald sich dieser Widerspruch herauszubilden beginnt.“⁷⁵

Behrens weicht hier von der leninistischen Auffassung der dialektischen Einheit von Zentralismus und Demokratie ab und behauptet stattdessen, der Zentralismus sei das Gegenteil von Demokratie. Im Namen der „Dezentralisierung“ behauptet Behrens, dass der Staat bereits beginnen muss, „abzusterben“, auch wenn der Übergang zum Sozialismus unvollendet ist. Behrens stellt sein Argument als eine Rückkehr zu den wahren Prinzipien des Marxismus-Leninismus dar:

„Die Auffassung, dass der Staat alles könne und dass jede, auch die privateste Angelegenheit staatlich geleitet und kontrolliert werden müsse, ist nicht sozialistisch, sondern ‚preußisch‘, d. h. junkerlich-monopolistisch. Sozialistisch, das heißt marxistisch-leninistisch, ist die Auffassung vom Absterben des Staates in dem Maße, wie die sozialistischen Produktionsverhältnisse sich festigen und die kapitalistische Bedrohung unwirksam wird. Das aber bedeutet, dass die Selbstverwaltung der werktätigen Massen im staatlichen Leben in der Selbstverwaltung der Wirtschaft ihre Ergänzung finden muss. Sozialismus verlangt Selbstverwaltung der Wirtschaft durch die Werktätigen, weil die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ihre Ergänzung durch die Vergesellschaftung der Verwaltung erfordert. So wie für das Privateigentum an den Produktionsmitteln die Verwaltung der Wirtschaft durch eine von den Werktätigen entfremdete Bürokratie, so ist für das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln die Verwaltung der Wirtschaft durch die Werktätigen selbst typisch.“⁷⁶

⁷⁵ Behrens, Zum Problem der Ausnutzung, S. 117/118.

Der ehemalige Student von Behrens, Arne Benary, schlug ein ähnliches Schema vor und beschrieb zwei Stufen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus: „Während in der ersten Etappe der Übergangsperiode der Staatsapparat eine selbständige ökonomische Funktion besitzt, weil die administrative Methode der Leitung objektiv notwendig ist, muss er in der zweiten Etappe diese selbständige ökonomische Funktion schrittweise verlieren. In der ersten Etappe ist der Staatsapparat das Hauptinstrument der proletarischen Diktatur auf wirtschaftlich-organisatorischem Gebiet. In der zweiten Etappe dagegen verliert der Staatsapparat diese Bedeutung; ein funktionsfähiges Zentralbanksystem, das nicht nur als Kontroll-, sondern vor allem auch als Leitungsinstrument dient, wird z. B. unvergleichlich wichtiger. In der ersten Etappe der Übergangsperiode erfolgt die Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln – und damit die Vergesellschaftung der Verfügungsgewalt über sie – zunächst in der Form, dass der zentralisierte Staatsapparat diese Verfügungsgewalt ausübt, Produktionsmittel und Produktion verwaltet. In der zweiten Etappe muss als weiterer Schritt die Vergesellschaftung auch der Verwaltung der Produktionsmittel und der Produktion erfolgen. Die Selbstverwaltung der Wirtschaft kann und muss jetzt an die Stelle der Verwaltung der Wirtschaft durch den zentralisierten Staatsapparat treten.“⁷⁷

Obwohl im Namen der „Dezentralisierung“ vorgebracht, gingen diese Vorschläge weit über die „Vereinfachung der Planung“ (1955-1957) hinaus. Diese hatte lediglich den Grad der direkten Regulierung des Produktionsprozesses in den VEB durch die Staatliche Plankommission angepasst.

Behrens und Benary plädierten für eine völlige Umgestaltung des Planungssystems und eine faktische Umwandlung der VEB in selbstverwaltete Betriebe.

5.3 Die Verteidigung des demokratischen Zentralismus und des Festpreissystems

⁷⁶ Ebd., S. 125/126.

⁷⁷ Benary, A., Zur Funktion des Wertgesetzes im System der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, WiWi, Heft 1, 1957, S. 89.

Zwischen dem Frühjahr 1955 und dem Sommer 1956 fanden in den Volksdemokratien Osteuropas solche grundlegenden Debatten statt. Sie wurden maßgeblich von einem Politikwechsel in der KPdSU beeinflusst, der die anderen kommunistischen Parteien in Verwirrung stürzte und sie ohne gemeinsame Diskussionsgrundlage zurückließ. Die erste große Veränderung trat im Juni 1955 ein, als Chruschtschow mit dem jugoslawischen Präsidenten Josip Broz Tito die Belgrader Erklärung unterzeichnete und dessen pluralistisches Konzept der „nationalen Kommunismen“ unterstützte.⁷⁸

Der Einfluss Titos spiegelt sich deutlich in den Schriften von Behrens und Benary wider: Das politische Programm der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) sprach ebenfalls von der „Dezentralisierung der Wirtschaftsführung“ und dem sofortigen „Absterben von Staat und Partei“. Behrens und Benarys Konzeption von „wirtschaftlicher Selbstverwaltung“ wurde auch eindeutig von den Wirtschaftsreformen der KPJ inspiriert, die im Juli 1950 eingeleitet wurden und staatliche Industriebetriebe in selbstverwaltete Arbeiterkollektive umwandelten, die ihre Preise selbst festlegen und ihr Produktionsortiment selbst bestimmen konnten⁷⁹.

⁷⁸ In der Belgrader Erklärung heißt es, dass „die Fragen der inneren Ordnung, der Unterschiede im gesellschaftlichen System und der Unterschied in den konkreten Entwicklungsformen des Sozialismus ausschließlich Angelegenheit der Völker der betreffenden Länder sind“. Die mit der Sowjetunion verbündeten kommunistischen Parteien hatten immer anerkannt, dass sich der Sozialismus in jedem Land „entsprechend den spezifischen nationalen Bedingungen“ entwickeln würde, hatten aber behauptet, dass es bestimmte allgemeine Merkmale gäbe, die alle sozialistischen Staaten gemeinsam hätten. Dies war ein Eckpfeiler des wissenschaftlichen Sozialismus. Die Belgrader Erklärung wich von dieser Position ab und vertrat ein pluralistisches Verständnis des Sozialismus.

Nachdem die KPdSU 1956 die Auswirkungen dieses politischen Wandels gesehen hatte, zog sie diese Position zurück und kehrte 1958 bei den Diskussionen um das neue Parteiprogramm in Jugoslawien zu einer scharfen Kritik an Titos Auffassungen zurück.

⁷⁹ Siehe J. Bombelles, *Economic Development of Communist Yugoslavia*, Hoover Institution Publications, Stanford University, 1968, S. 49.

Der nächste große Wandel erfolgte im Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU, als Chruschtschow Stalin anprangerte und Veränderungen „in Geschichte, Philosophie, Ökonomie und anderen Wissenschaften“ forderte, da diese Bereiche durch „die weit verbreiteten falschen Ansichten im Zusammenhang mit dem Personenkult“ verzerrt worden seien.⁸⁰

Diese pauschale Erklärung schien zwar frischen Wind zu bringen, stellte aber im Grunde alle Erkenntnisse der sowjetischen Wissenschaft in Frage. In diesem entscheidenden Moment löste die KPdSU das Kominform auf, das 1947 als informeller Versuch gegründet worden war, die multilaterale Koordinierung zwischen den europäischen kommunistischen Parteien nach der Auflösung der Komintern im Jahr 1943 wiederzubeleben. Die Volksdemokratien standen damit ohne eine Plattform zur Diskussion dieser grundlegenden Fragen da.

Angesichts dieser abrupten Veränderungen berief die SED im März 1956 einen dritten (außerordentlichen) Parteitag ein, um die Konsequenzen des XX. Parteitags der KPdSU zu diskutieren. Die Partei kündigte an, die Kampagne gegen den „Dogmatismus“ (die 1955 begonnen hatte) fortzusetzen und mehr Kritik und Selbstkritik in der Gesellschaft zu fördern.

Die ersten Anzeichen einer politischen Destabilisierung zeigten sich jedoch bereits im Juni 1956, als Polen und Ungarn von gewaltsamen Unruhen erschüttert wurden. Die wachsende Unsicherheit der SED in Bezug auf die Positionen der KPdSU spiegelte sich in einer Resolution wider, die das Zentralkomitee einen Monat später unter dem Titel „Die nächsten ideologischen Aufgaben der Partei“ verabschiedete.

Das Zentralkomitee würdigt darin die Arbeiten von Kohlmeier und Behrens als „selbständige schöpferische Leistungen vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus“, verteidigt aber auch die Universalität des wissenschaftlichen Sozialismus: Die SED kann „nicht hinnehmen, wenn unter der Flagge der ‚Freiheit der Kritik‘ und des wissenschaftlichen Meinungsstreites die Grundideen des Marxismus-Leninismus preisgegeben werden“.⁸¹ Dies war auch eine stillschweigende Kritik an führenden Persönlichkeiten in Polen und Ungarn, die

⁸⁰ Siehe die „Geheimrede“: <https://www.marxists.org/archive/khrushchev/1956/02/24.htm>

sich Titos Ansatz zu eigen gemacht und mit dem Abbau der zentralen Planung begonnen hatten.

Im Oktober wurde ein Wendepunkt erreicht, als Ungarn in Gewalt versank und Ägypten von Großbritannien, Frankreich und Israel überfallen wurde. Angesichts dieser imperialistischen „Rollback“-Politik entschied sich die SED-Führung dafür, eine aktivere Rolle bei der „Zurückdrängung der bürgerlichen Ideologie“ in der DDR zu übernehmen.

Auf dem 30. Plenum des Zentralkomitees im Januar 1957 erkannte Ulbricht die Verdienste des XX. Parteitages der KPdSU bei der Überwindung von „Fehlern“ und „Vereinfachungen“ an, für die „Genosse Stalin die Verantwortung trug“. Ulbricht bestand jedoch darauf, dass die SED weiterhin aus Stalins „marxistischen Werken“ lernen wird. Er wies die Versuche zurück, den XX. Parteitag als einen „Aufruf zur Liberalisierung und zur Angleichung an die bürgerliche Demokratie“ im sozialistischen Block zu interpretieren.⁸²

In ähnlicher Weise lobte der Wirtschaftswissenschaftler Robert Naumann die „sehr zu begrüßende Diskussion zu Fragen der politischen Ökonomie“, die „berechtigte Kritik an Mängeln und Schwächen unserer Wirtschaftspolitik“ hervorgebracht habe.⁸³ Zugleich gingen ihm die Positionen einiger seiner Kollegen (er nannte Behrens und Benary) zu weit, denn sie hätten die „Grundsätze des Marxismus-Leninismus“ in Frage gestellt und drohten damit, „die Arbeiterklasse zu entwaffnen und ihr das wichtigste Instrument, den Staat, die Diktatur des Proletariats, zu schwächen“. Erich Honecker kündigte im Namen des Politbüros an, dass der Kampf gegen den Revisionismus in der Partei geführt werden müsse.⁸⁴

Für den Bereich der Ökonomie bedeutete dies, dass das neueste Buch von Behrens und Benary (das die oben zitierten Artikel enthalten sollte) nicht ohne kritische Kommentare anderer Ökonomen veröffentlicht werden sollte.

⁸¹ Siehe: Neues Deutschland, 31. Juli 1956.

⁸² Siehe: BArch DY 30/40698 (Deutsches Bundesarchiv), S. 86 & 90.

⁸³ Siehe: BArch DY 30/40696 (Deutsches Bundesarchiv), S. 182 & 183.

⁸⁴ Siehe: BArch DY 30/40696 (Deutsches Bundesarchiv).

Auf demselben Plenum argumentierte Bruno Leuschner (Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und damit Behrens' damaliger Vorgesetzter), dass die 1954 begonnene Reduzierung der zentral festgelegten Kennziffern nicht fortgesetzt werden könne, da er befürchtete, dass sich die Planwirtschaft insgesamt auflösen könnte: „Wir haben auf dem Gebiet der Planung [...], die staatlich geplanten Positionen auf 440 reduziert. Das ist das Äußerste. Weiter kann man vorerst nicht heruntergehen. Diese Positionen, das sind solche wie Elektroenergie, Braunkohle, Briketts, Walzstahl, wichtige chemische Grundstoffe und ähnliches, muss die Regierung in der Hand haben.“⁸⁵

Kurz nach dem Plenum wurden die Artikel von Behrens und Benary in einem Sonderheft der Wirtschaftswissenschaft zusammen mit Kritiken von vier Ökonomen veröffentlicht. Karl Kampfert (Leiter der Gewerkschaftsabteilung im Zentralkomitee) warf Behrens vor, das Wertgesetz zum „entscheidenden [ökonomischen] Gesetz der Übergangsperiode“ zu machen und damit die Bedeutung des Gesetzes der planmäßigen, proportionalen Entwicklung im sozialistischen Aufbau zu vernachlässigen.⁸⁶ Herbert Luck (Wirtschaftsprofessor an der Universität Rostock) argumentierte, dass Behrens und Benary die logische Konsequenz ihrer Vorschläge nicht zugegeben haben: „Wird dem Wertgesetz ein großer Spielraum zur Entwicklung auf die Produktion gegeben, dann muss auch mit der möglichen Konsequenz gerechnet werden, dass das Wertgesetz schlechthin zum Regulator der Produktion wird.“⁸⁷ Fred Oelßner wies darauf hin, dass, wenn das Wertgesetz zum Regulator der Produktion wird, die Verteilung der Arbeitskräfte und der Produktionsmittel sich nach dem richtet, was profitabel ist, und nicht nach den Bedürfnissen einer proportionalen Entwicklung.⁸⁸ Die Sektoren, die in der Phase des sozialistischen Aufbaus größere Investitionen erfordern (z. B. Kohle und Energie), würden nicht in dem erforder-

⁸⁵ Zitiert in Roesler, Die Herausbildung, S. 158.

⁸⁶ Kampfert, K., Gegen das Aufkommen revisionistischer Auffassungen in der Wirtschaftswissenschaft, WiWi, Sonderheft 3, 1957, S. 13.

⁸⁷ Luck, H., Bemerkungen zum Artikel von Behrens, WiWi, Sonderheft 3, 1957, S. 103.

⁸⁸ Zitiert in Becker und Dierking, Die Herausbildung, S. 456.

derlichen Maße wachsen. Mit anderen Worten: Das Planungssystem wird von innen heraus unterminiert. Luck stimmte mit Behrens und Benary darin überein, dass eine Dezentralisierung grundsätzlich notwendig sei, argumentierte jedoch, dass dies als Übertragung der operativen Verantwortung zu verstehen sei und nicht als Aufsplitterung des Planungssystems in selbstverwaltete Wirtschaftseinheiten. Das jugoslawische Modell sei eine Abkehr von der Planung, nicht ihre Weiterentwicklung.⁸⁹

In Bezug auf das Preissystem stimmte Helmut Richter (Wirtschaftsassistent des Zentralkomitees) zu, dass es in der Preispolitik der DDR viele Probleme gab, und räumte ein, dass die Planungsämter die Rolle des Wertgesetzes zu oft „unterschätzten“. Dennoch würde Behrens' Vorschlag die VEB dazu verleiten, ihre Preise „künstlich“ hochzuhalten, wie es kapitalistische Unternehmen tun. Eine solche Reform berge daher die Gefahr, „die Gruppeninteressen der Betriebe in Gegensatz zu den Gesamtinteressen der Gesellschaft“ zu bringen.⁹⁰

Lemnitz argumentierte, dass die von Behrens festgestellten Ineffizienzen daher rührten, dass das Festpreissystem noch nicht in allen VEB eingeführt worden sei. Viele Produkte wurden noch zu Preisen verkauft, die von den einzelnen Betrieben festgelegt wurden, und diese Preise spiegelten somit die betriebsspezifisch aufgewendete Arbeit wider und nicht die gesellschaftlich notwendige Arbeit. Hierin lag nach Lemnitz der eigentliche Verstoß gegen das Wertgesetz. Würden die Preise in den vergesellschafteten Industrien die gesellschaftlich notwendige Arbeit richtig widerspiegeln, würde dies die weniger effizienten VEB zwingen, ihren Arbeitsaufwand zu senken. Es gehe also darum, das Wertgesetz auf diese Weise effektiver „auszunutzen“, nicht darum, ihm mehr Raum zur freien Entfaltung zu geben. Lemnitz kritisierte, dass Behrens die Funktion und Anwendung des Wertes im Sozialismus missverstanden habe. Die Lösung sei eine bessere Planung, nicht weniger Planung: „Das Wertgesetz wirkt demnach nicht mehr als eine unerkannte äußere Gewalt auf die Warenproduzenten ein, beherrscht sie nicht mehr, indem es sie zwingt, ihre Waren entsprechend dem gesellschaftlich notwendigen Arbeits-

⁸⁹ Richter, Wirtschaftswissenschaften, Heft 1, 1957

⁹⁰ Lemnitz, Die marxistische Lehre, S. 92.

aufwand zu produzieren und zu verkaufen. Das Wertgesetz kann und muss jetzt beherrscht und zur planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft [...] ausgenutzt werden. Der sozialistische Staat kann das Wertgesetz durch die Festsetzung einheitlicher Abgabepreise je Produkt ausnutzen, da ihm als Repräsentanten der Arbeiterklasse alle Betriebe gehören. Der sozialistische Staat muss das Wertgesetz durch die Festsetzung einheitlicher Abgabepreise ausnutzen, sonst verstößt er gegen das Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft, gegen das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus und damit gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der mit ihr verbundenen Klasse der werktätigen Bauern.“⁹¹

Das Politbüro lehnte die Forderung von Behrens, der Staat solle in der Übergangszeit mit dem „Absterben“ beginnen, rundheraus ab. 1955, nur ein Jahr vor Behrens' Schrift zu diesem Thema, war Westdeutschland in den antisowjetischen NATO-Block integriert worden. Da die Grenze zu West-Berlin noch offen war, waren westliche Sabotageakte und Propaganda überall zu spüren. Auch in der DDR selbst war weiterhin ein bedeutender kapitalistischer Sektor tätig. Von einer „Unwirksamkeit der kapitalistischen Bedrohung“ (Behrens) konnte unter diesen Bedingungen keine Rede sein. Oelbner wies die Thesen von Behrens und Tito mit dem Argument zurück, dass die Rolle des Staates „unter den Bedingungen des weltweiten Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus“ nicht unterschätzt werden dürfe.⁹²

Vielen dieser Meinungsverschiedenheiten lag ein alter Streitpunkt innerhalb der kommunistischen Bewegung zugrunde: Wie ist das Verhältnis zwischen Spontaneität und Bewusstsein beim sozialistischen Aufbau? Die „Warentheoretiker“ plädierten für einen eher Laissez-faire-Ansatz⁹³, bei dem der Staat lediglich dafür sorgen sollte, dass die objektiven wirtschaftlichen Gesetze des Sozialismus ungehindert wirken konnten. Ihre Kritiker hingegen argumentierten, dass die Planungsmächtigkeiten die ökonomischen Gesetze studieren und aktiv ausnutzen müssten, um den bewussten Charakter der Planung schrittweise zu erweitern: „Der Marxismus vertritt die Ansicht, dass wir die ökonomischen

⁹¹ Ebd., S. 97.

⁹² Zitiert in Becker und Dierking, Die Herausbildung, S. 457.

⁹³

Gesetze beherrschen und damit für unsere Ziele ausnutzen können. Es kommt nur darauf an, diese Gesetze und ihre Wirkung richtig zu erkennen. Der Staat nutzt diese Gesetze aus, indem er sie durch juristische Gesetze, Anordnungen und Direktiven unserem Ziel, dem sozialistischen Aufbau, dienstbar macht! Genosse Behrens dagegen meint, Ausnutzen heißt, diese Gesetze wirken zu lassen, das heißt ihrem Selbstlauf freie Bahn zu verschaffen. Darum spricht er auch davon, dass es die Aufgabe der zentralen Staatsmacht sei, solche Bedingungen zu schaffen, die das Wirken der Gesetze ermöglichen.“⁹⁴

Als Reaktion darauf veröffentlichten Behrens, Benary und Kohlmeier 1958 schließlich Artikel, in denen sie sich von der Idee der „wirtschaftlichen Selbstverwaltung“ und des „Absterbens des Staates in der Übergangszeit“ distanzieren. Ihre Kritiker hatten den Angriff auf den demokratischen Zentralismus erfolgreich abgewehrt. Behrens (obwohl 1958 aus der Staatlichen Plankommission ausgeschieden) publizierte weiter als Ökonom und beeinflusste mit seinem 1961 erschienenen Buch „Ware, Wert und Wertgesetz“ die NÖ-SPL-Reformen der DDR. Seine ökonomischen Argumente – wenn auch nicht seine politischen Schlussfolgerungen – wurden auf der „zweiten sowjetischen Wertdebatte“ im Juni 1958 teilweise bestätigt (siehe Abschnitt 5.1).

Die sowjetischen Ökonomen lehnten jedoch die Idee der freien Preisbildung ab. Da das System der Festplanpreise sowohl in der DDR als auch in der UdSSR beibehalten wurde, kehrte die ökonomische Debatte natürlicherweise zu den Problemen der Festpreisformel zurück (siehe Abschnitt 3).

Einige Theoretiker stießen Anfang der 1960er Jahre eine Debatte über die „Messbarkeit des Wertes“ an, wobei Ökonomen wie Ottmar Lendle und Johannes Rudolph die Auffassung vertraten, dass die Widersprüche nur durch die Entwicklung von direkten Arbeitszeitrechnungsmodellen überwunden werden könnten.⁹⁵ Die anderen Ökonomen, die diesen Ansatz als „noch nicht möglich“ ablehnten, konzentrierten sich stattdessen auf die Frage, wie sich das Reineinkommen bei der Festpreisformel am effektivsten ableiten lässt, um

⁹⁴ Oelßner, zitiert in Becker und Dierking, Die Herausbildung, S. 455.

⁹⁵ Für weitere Informationen zu dieser Debatte, siehe Dunkhase.

die wirtschaftliche Entwicklung zu stimulieren.⁹⁶ Diese Auseinandersetzung hielt bis in die späten 1960er Jahre an.

6. Der Abschluss der Übergangsperiode: „Plane mit – arbeite mit – regiere mit!“ (1958-1963)

Die Zeit der Unsicherheit, die mit dem „Neuen Kurs“ 1953 begonnen hatte, wurde durch das 30. Plenum des Zentralkomitees im Januar 1957 beendet. In den folgenden Jahren trieb die SED den sozialistischen Aufbau voran, indem sie die staatlichen Strukturen festigte (z. B. neue Gesetze vom Januar 1957 zur Erweiterung der Volkskammer und zur Gewährleistung einer stärkeren Beteiligung der Arbeiter und der neuen Klasse der Genossenschaftsbauern) und die Planungshierarchie neu organisierte (z. B. neue Gesetze vom Februar 1958 zur direkten Unterstellung der Staatlichen Plankommission unter den Ministerrat und zur Wiedereinführung der Zwischenverwaltung der VEB).⁹⁷

Mit diesen Maßnahmen sollten die demokratisch-zentralistischen Prinzipien gestärkt werden, indem eine breitere Beteiligung gefördert, bürokratische Hürden beseitigt und die Planungshierarchie weiterentwickelt wurde. Im Oktober 1957 kündigte die Partei außerdem eine elastischere Politik auf dem Lande an, um mehr Landwirte davon zu überzeugen, sich Genossenschaften (LPGs) anzuschließen.⁹⁸

⁹⁶ In dieser Frage gab es unter den Ökonomen der DDR und der Sowjetunion drei Strömungen: diejenigen, die den erwirtschaftete Gewinn nach der eingesetzten lebendigen Arbeit verteilen wollten (Der Wertpreis oder lohnbezogener Preis), diejenigen, die das Reineinkommen proportional zu den Selbstkosten mit einer einheitlichen Rate in den Preis einbeziehen wollten (der kostenbezogene Preis), und schließlich diejenigen, die einen „Gewinnaufschlag“ entsprechend der Durchschnittsprofitrate (bezogen auf das angewandte Kapital) vorgeschlagen haben (der fondsbezogene Preis).

Der fondsbezogene Preis spielte eine zentrale Rolle bei den Preisreformen, die 1964 und 1967 im Rahmen des NÖSPL der DDR durchgeführt wurden. Mehr dazu unter: Autorenkollektiv, Geschichte der politischen Ökonomie – Umriss, Verlag Die Wirtschaft Berlin, 1986, S. 185 und Bardmann, Die Preistypdebatte.

⁹⁷ Badstübner, Geschichte, S. 188.

Nach dem 5. Parteitag der SED im Juli 1958, der sich zum Ziel setzte, „die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus im Wesentlichen abzuschließen“, wurde der „Sozialistische Frühling“ (1958-1960) ausgerufen, um die Umstrukturierung der Landwirtschaft in LPGs abzuschließen.

Eine wichtige wirtschaftspolitische Neuerung in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre war die Schaffung der Rechtsform „Betriebe staatlicher Beteiligung“ (BSB). Anfang 1956 gab es in der DDR noch rund 13.000 private Unternehmen, die ein Viertel aller Arbeiter beschäftigten. Anstatt diese Unternehmen pauschal zu verstaatlichen und die Besitzer zu enteignen, entwickelte die SED gemeinsam mit der CDU neue Methoden, um sie in das Planungssystem einzubinden und das Kleinbürgertum schrittweise für den Sozialismus zu gewinnen. Durch Vermögensanlagen erwarb der Staat Eigentumsanteile an rund der Hälfte dieser privaten Unternehmen und konnte somit Einfluss auf die Betriebsführung nehmen und wurde gleichzeitig am Gewinn beteiligt. Die Unternehmer konnten Miteigentümer bleiben und ihre Rolle als Direktoren beibehalten, wurden aber in ihrer Autonomie eingeschränkt. Die SED bezeichnete diese Politik als „kreative Anwendung des Staatskapitalismus“ entsprechend den nationalen Gegebenheiten in der DDR.⁹⁹

In diesem Zusammenhang wurde der Staatskapitalismus als „eine Wirtschaftsform der Übergangsperiode – ein Kapitalismus, der vom sozialistischen Staat mit dem Ziel zugelassen ist, ihn für den Aufbau des Sozialismus auszunutzen“, verstanden. Diese Politik erweiterte zwar den Umfang des Planungssystems, zielte aber nicht darauf ab, das Privatkapital völlig zu beseitigen. Im Jahr 1960 hatten die BSB einen Anteil von 7,5 Prozent an der Industrieproduktion, während der Anteil der Privatunternehmen immer noch 3,8 Prozent

⁹⁸ Die so genannten Mittelbauern waren bisher zum Beitritt in LPGs des Typs 3 ermuntert worden, die einen höheren Grad der Vergesellschaftung der Produktionsmittel vorschrieben. Nun ermutigte die SED die Mittelbauern, in LPGs des Typs 1 einzutreten, die einen geringeren Grad der Vergesellschaftung darstellten. Siehe Badstübner, Geschichte, S. 192, und Studies on the DDR.

⁹⁹ Autorenkollektiv unter der Leitung von Kalbe, E., Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin, 1981, S. 217.

betrug.¹⁰⁰ Unmittelbar vor der vollständigen Verstaatlichung im Jahr 1972 waren noch mehr als 5.000 private Unternehmen tätig, die etwas mehr als 14 Prozent der Industriearbeiter beschäftigten.¹⁰¹

Der 5. Parteitag der SED im Jahr 1958 legte ein umfassendes gesellschaftliches Konzept für den Abschluss der Übergangsperiode vor: Der Sozialismus wurde nicht auf die Schaffung formaler Eigentumsverhältnisse reduziert, sondern als Aufbau einer völlig neuen Kultur, eines neuen Bewusstseins und höherer Formen der Demokratie verstanden. In diesem Sinne führte die Partei neue politische Initiativen ein, wie die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“, die „Bewegung schreibender Arbeiter“, die „Zehn Gebote der sozialistischen Moral und Ethik“ und das zehnjährige polytechnische Oberschulsystem. In den VEB wurde auch ein neues Organ eingeführt: die Ständigen Produktionsberatungen, die als Ausschuss von Arbeitern, die von ihren Kollegen gewählt wurden, fungierten, um Probleme im Betrieb zu diskutieren und mit dem Direktor zusammenzuarbeiten, um die Planung auf Betriebsebene zu verbessern.

Auch die anderen politischen Parteien beteiligten sich aktiv an diesem Prozess. Der III. Kongress der Nationalen Front rief im September 1958 die Parole „Plane mit – arbeite mit – regiere mit!“ aus.¹⁰²

Die CDU sorgte für spezielle wirtschaftliche Ausbildungsprogramme für die Direktoren der neuen BSB, die LDPD erstellte Pläne, um ländliche Kleinbetriebe (z.B. Schmieden) in die LPGs einzubinden, und die NDPD spielte eine wichtige Rolle bei der Ermutigung städtischer Kleinbetriebe, sich Produktionsgenossenschaften des Handwerks anzuschließen, deren Zahl von 300 (1957) auf 4.000 (1960) anstieg.¹⁰³ Das Gesetzbuch der Arbeit wurde ebenfalls überarbeitet, um zusätzliche Rechte und Pflichten aufzunehmen, die der neuen Entwicklungsstufe der Gesellschaft Rechnung trugen. Lokale Komitees

¹⁰⁰ Roesler, Geschichte der DDR, S. 47.

¹⁰¹ Roesler, Geschichte der DDR, S. 71.

¹⁰² Kalbe, Geschichte, S. 226.

¹⁰³ Roesler, Geschichte der DDR, S. 46.

von Arbeitern und Massenorganisationen reichten mehr als 23.000 Änderungsvorschläge zum Gesetz ein, bevor es 1960 verabschiedet wurde.¹⁰⁴

Millionen von DDR-Bürgern beteiligten sich auf diese Weise aktiv an den Bemühungen, die Übergangsperiode abzuschließen und neue Formen der sozialistischen Kultur aufzubauen, wodurch das Ende der 1950er Jahre zu einem der Höhepunkte der demokratischen Entwicklung in der DDR wurde.¹⁰⁵

Eine der letzten großen Veränderungen des Planungssystems während der Übergangsperiode war die Einführung einer neuen Kennziffer: die „Warenproduktion“.¹⁰⁶ Nachdem Planungsspezialisten immer wieder die einseitige Ausrichtung des Systems auf den quantitativen Output kritisiert hatten (was Ende der 1950er Jahre als „Tonnenideologie“ abqualifiziert wurde), entwickelte die SED 1961 die Kennziffer „Warenproduktion“, die sich nicht an der Menge der produzierten Güter, sondern an den monetären Einnahmen orientierte, die ein VEB beim Verkauf seiner „Waren“ zu Festpreisen erzielte. Durch die Betonung monetärer Umsatzziele sollte das Planungssystem nun die VEB für eine bessere Einhaltung der Qualitäts- und Sortimentsziele belohnen.

Ähnliche Änderungen wurden zu dieser Zeit in der ČSSR, Ungarn und Polen vorgenommen. Die DDR fügte außerdem weitere Indikatoren hinzu, die als „technisch-wissenschaftliche Kennziffern“ bezeichnet wurden. Sie zielten darauf ab, den Anteil der Zwischenprodukte, die in Endprodukte eingehen, zu messen und besser zu koordinieren. Der Grund für diese Änderungen war wiederum der Übergang der DDR von der extensiven zur intensiven Produktion und die damit verbundene Zunahme der Arbeitsteilung.

Das von der SED verfolgte Ziel, die Akkumulationsrate langfristig zu erhöhen, wurde in diesen letzten Jahren der Übergangszeit endlich erreicht. Im Jahr 1950 konnte die DDR nur 12,6 Prozent ihres Nationaleinkommens für Bruttoinvestitionen zurücklegen, der Rest floss in den Konsum. Dies war die

¹⁰⁴ Badstübner, Geschichte, S. 206.

¹⁰⁵ Roesler, Geschichte der DDR, S. 44.

¹⁰⁶ Roesler, Die Herausbildung, S. 161.

niedrigste Akkumulationsrate aller Volksdemokratien in Osteuropa zu dieser Zeit. In den turbulenten Zeiten des „Neuen Kurses“ war die Investitionsquote auf nur 13,1 Prozent gestiegen.¹⁰⁷ Mit der 1957 eingeleiteten neuen Offensive stieg die Akkumulationsrate schließlich schneller an, erreichte 1958 19,2 Prozent und blieb danach für den Rest der DDR-Geschichte über 20 Prozent.

In dieser letzten Phase des Übergangs waren die Wachstumsraten auch beeindruckend: Das Nationaleinkommen wuchs zwischen 1957 und 1960 mit jährlichen Raten von 7 bis 9 Prozent.¹⁰⁸ Ein wichtiger Faktor, der zu diesen Erfolgen beitrug, war die zunehmende wirtschaftliche Integration im RGW. Zum ersten Mal wurden die im zweiten Fünfjahresplan festgelegten Indikatoren für die industrielle Entwicklung mit den Wirtschaftsplänen der anderen RGW-Staaten koordiniert.¹⁰⁹ Die RGW-Tagung im Mai 1958 konzentrierte sich insbesondere auf die Förderung einer internationalen Arbeitsteilung in der Maschinenproduktion.¹¹⁰ Freier Austausch von Krediten, Wissen und Technologie hat die Mobilisierung der verfügbaren Ressourcen erheblich verbessert.

Der letzte Vorstoß zur Vollendung der Übergangsperiode war zwar von bedeutenden Fortschritten geprägt, doch die SED-Führung konnte einige ihrer Versprechen nicht erfüllen. Auf dem 5. Parteitag im Juli 1958 erklärte Ulbricht, dass die „ökonomische Hauptaufgabe“ darin bestehe, „die Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, [...] dass der Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern höher liegt als der Pro-Kopf-Verbrauch in Westdeutschland“.¹¹¹ Als im September 1959 ein neuer Siebenjahresplan (1959-1965) in Kraft trat, versprach Ulbricht sogar, dass dieses Ziel bis Ende 1961 erreicht

¹⁰⁷ Heske, G., Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung DDR 1950-1989: Daten, Methoden, Vergleiche, 2009, <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/28587>.

¹⁰⁸ Roesler, Geschichte der DDR, S. 47.

¹⁰⁹ Mühlfriedel und Wießner, S. 151.

¹¹⁰ Autorenkollektiv, Geschichte der SED - Abriss, Dietz Verlag, Berlin, 1978 S. 378.

¹¹¹ Zitiert nach Badstübner, Geschichte, S. 200.

werden würde. Die bereits für 1959 und 1960 ehrgeizigen Pläne wurden dementsprechend noch weiter erhöht.

Diese Zielstellung wurde der DDR weitgehend durch den Druck des Kalten Krieges aufgezwungen. Die Abwanderung von Bürgern im erwerbsfähigen Alter in den Westen, die 1956 und 1957 bis zu 270.000 betrug, ging nach den Versprechungen der SED auf 152.000 (1958) und 99.000 (1959) zurück.¹¹²

Gleichzeitig stand die SED offensichtlich unter dem Einfluss der großspurigen Verlautbarungen der KPdSU über den rasch wachsenden sowjetischen Konsum Ende der 1950er Jahre. Doch indem sie kapitalistische Konsumstandards als Orientierungspunkt für ihre „ökonomische Hauptaufgabe“ übernahm, begann die SED einem Phantom nachzujagen, das sie nicht einholen konnte – und auch nicht einholen sollte. Wie der marxistische Philosoph Hans Heinz Holz 1995 feststellte, umfasst der Sozialismus nicht nur Wirtschaftswachstum, sondern auch eine souveräne Gesellschaftsauffassung und ein qualitativ neues Bewusstseins- und Kulturniveau:

„Es war ein Grundfehler der Entwicklungskonzeption des XX. Parteitags der KPdSU, es als ökonomisches und gesellschaftliches Ziel zu proklamieren, dass man — in welcher Zeit auch immer — den Lebensstandard der USA einholen wolle. Diese Zielsetzung bedeutete die Unterwerfung unter den Mechanismus einer sich ständig steigernden Warenproduktion und damit die Preisgabe kommunistischer Werte an eine kleinbürgerliche Ideologie des verdinglichten Konsums. Das Programm einer kommunistischen Gesellschaft schließt die Aufhebung der Entfremdung des Menschen an den Warenfetischismus und die Entfaltung von Werten menschlicher Selbstverwirklichung ein — einer Selbstverwirklichung, die sich in Lebenskultur und nicht allein in Konsumstandards ausdrückt. Gerade der technische Fortschritt, der die Menschen immer mehr von bedrückender Arbeit entlastet und ihnen immer mehr Zeit freigibt, die nicht für die unmittelbare Reproduktion ihres Lebens gebraucht wird, ermöglicht die Erweiterung menschlicher Fähigkeiten und Tätigkeiten, die Differenzierung menschlicher Interessen und die Ausbildung neuer Lebensinhalte. Der Übergang zu einer neuen Menschheitskultur mit allseitig gebildeten Menschen ist die Chance einer Epoche, in der die Produktivkräfte ein

¹¹² Roesler, Geschichte der DDR, S. 52.

Niveau erreicht haben, das die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der gesamten Menschheit garantieren könnte.”¹¹³

Nach der Übernahme dieser Zielstellung wurden die tatsächlichen Verbesserungen der Lebensbedingungen in der DDR nicht unbedingt als solche gefeiert, sondern als „noch nicht gut genug“ empfunden. Dies zeigte sich darin, dass das Einkommen der Arbeiter und Angestellten zwischen 1957 und 1959 im Durchschnitt um 15 Prozent stieg¹¹⁴, die Abwanderung in den Westen aber wieder stark zunahm, nachdem die ehrgeizigen Pläne der SED nicht erreicht werden konnten.

Vor dem Hintergrund einer akuten Kriegsgefahr wurde schließlich im August 1961 die Grenze in Berlin geschlossen.¹¹⁵ Die SED sah darin eine Voraussetzung für die Fortsetzung des sozialistischen Aufbaus „ohne die wirtschaftliche und politische Einmischung des Imperialismus“. Mit dem Abschluss der LPG-Bewegung auf dem Lande wurde 1963 der „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ verkündet.¹¹⁶

Im selben Jahr startete die SED das NÖSPL als eine umfassende Reform des Planungssystems.

7. Überlegungen zur Ökonomie des sozialistischen Aufbaus in der DDR

Die 1950er Jahre waren das entscheidendste Jahrzehnt für die sozialistische Staaten in Osteuropa. Im Kampf gegen die westliche Subversion und die jugoslawischen Vorstellungen vom „selbstverwalteten Sozialismus“ errichteten die SED und einige ihrer Schwesterparteien eine grundlegende Architektur

¹¹³ Hans Heinz Holz, *Kommunisten heute*, Neue Impulse Verlag, S. 96.

¹¹⁴ Roesler, 2013, S. 52.

¹¹⁵ Wie John F. Kennedy kurz nach der Schließung der Grenze in Berlin bemerkte: „Warum sollte Chruschtschow eine Mauer errichten, wenn er wirklich die Absicht hätte, West-Berlin zu besetzen? [...] Es gäbe keinen Grund für eine Mauer, wenn er vorhätte, die ganze Stadt zu besetzen. Das ist sein Ausweg aus der misslichen Lage. Es ist keine sehr schöne Lösung, aber eine Mauer ist viel besser als ein Krieg.“ <https://www.thehistoryreader.com/world-history/president-kennedy-berlin-wall/>

¹¹⁶ *Geschichte der SED*, S. 420.

sowohl für ihre praktische Wirtschaftspolitik als auch für den Bereich der politischen Ökonomie. Diese Parteien standen vor der Herausforderung, in der Wirtschaftspolitik Neuland zu betreten und sich gleichzeitig gegen die Aggressionen des Westens zu verteidigen.

Die heftigen politischen Krisen im Juni 1953 und im Herbst 1956 machten die Folgen von Fehlritten deutlich. Bei einem Vorhaben, das notwendigerweise Experimentieren erforderte, gab es in Wirklichkeit wenig Spielraum für Fehler.

Die festgelegte Wirtschaftsarchitektur bestand aus drei Hauptpfeilern:

- 1) einer demokratisch-zentralistischen Planungshierarchie unter der Leitung der Staatlichen Plankommission,
- 2) das System von Planfestpreisen, mit dem Arbeitszeit monetär ausgedrückt werden sollte sowie
- 3) die wirtschaftliche Rechnungsführung und die Eigenerwirtschaftung der Mittel auf Betriebsebene.

Rückblickend gesehen ist es bemerkenswert, dass der Aufbau des Sozialismus in Osteuropa zu einer Zeit begann, als es einen deutlichen Mangel an theoretischer Klarheit in der politischen Ökonomie des Sozialismus gab.

Vor dem Zweiten Weltkrieg rangen sowjetische Ökonomen noch mit den raschen wirtschaftlichen Veränderungen, die durch die „Große Wende“ (1928/29) ausgelöst worden waren. Sie hatten begonnen, sich mit der Relevanz von Wertkategorien und der Funktion des Geldes im Sozialismus auseinanderzusetzen, aber solche Debatten wurden schnell von der faschistischen Bedrohung überschattet.

Nach Kriegsende wurden diese Fragen mit neuer Dringlichkeit wieder aufgegriffen. Im Bündnis mit der KPdSU und im Antagonismus zur KP Jugoslawiens stützten sich die führenden Parteien in Osteuropa beim Aufbau ihrer eigenen Systeme zwangsläufig stark auf die Erfahrungen und das Planungssystem der UdSSR. Zwar war es logisch, dass bestimmte allgemeine Merkmale in allen sozialistischen Planwirtschaften gleich waren (z. B. ein Festpreissystem), doch war es auch notwendig, die nationalen Bedingungen zu berücksichtigen und die Planungsmethoden und Entwicklungsstrategien in jedem Staat entsprechend anzupassen.

In diesem Zusammenhang wirft die Übernahme des sowjetischen Systems des Chosrastschot durch die DDR viele Fragen auf. In der DDR-Literatur und in den SED-Direktiven von 1951/1952 wurde kaum hinterfragt, wie und warum dieses System in der UdSSR entwickelt worden war und ob es für die DDR sinnvoll und angemessen war.

Chosrastschot entstand aus der 1921 eingeführten Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) der Bolschewiki. Es diente den Volkskommissariaten (sowjetischen Ministerien) als Leitlinie für die Verwaltung ihrer staatseigenen Betriebe in einem staatskapitalistischen System. Die Betriebe wurden in „juristisch unabhängige Personen“ umgewandelt, die sich (teilweise) selbst finanzieren sollten.

Im Zuge der „Großen Wende“ behielt die KPdSU das Chosrastschot-System bei und passte es an die Erfordernisse des ersten Fünfjahresplans an. Die Partei bezeichnete dieses Systems als die „Dezentralisierung der operativen Funktionen bei gleichzeitiger Zentralisierung der Planung und Leitung in Grundfragen“¹¹⁷. Die Idee von „Kontrolle durch die Mark“ sollte sowohl die wirtschaftliche Kalkulation als auch die Effizienzsteigerung auf Betriebsebene ermöglichen.

Kritiker von Chosrastschot – z.B. Che Guevara – bezeichneten dieses Managementsystem als „Sozialismus mit kapitalistischen Elementen“ oder als „Hybrid von Planung und Markt“, weil es sich bei der Planung auf kapitalistische Kategorien wie Gewinn, Kredit und Wert stützte.¹¹⁸

Dieser Vorwurf ist jedoch irreführend, denn Märkte setzen voraus, dass Privateigentümer Waren austauschen und Chosrastschot hat die Eigentumsverhältnisse (an sich) nicht verändert. Tatsächlich setzten die sozialistischen Staaten die Grundsätze der sogenannten wirtschaftlichen Rechnungsführung ein und machten gleichzeitig rasche Fortschritte bei der weiteren Sozialisierung der Produktionsmittel. Chosrastschot verkörperte keine Marktreform, sondern versuchte lediglich, kommerzielle Aktivitäten zwischen staatlichen Betrieben zu simulieren. Daher die These der „Warenhüllentheoretiker“, dass

¹¹⁷ Siehe den 16. Parteitag der KPdSU im Jahr 1930.

¹¹⁸ Siehe Helen Yaffe: Che Guevara: Die Ökonomie der Revolution.

die in den VEB hergestellten Güter „nur der Form nach, nicht aber ihrem Wesen nach“ Waren sind.

Dennoch stiftete die KPdSU zweifellos große Verwirrung, indem sie kapitalistische Kategorien auf die sozialistische Planung übertrug. Kredit, Geld, Finanzen, Profit – Ökonomen griffen diese Kategorien auf, qualifizierten sie aber als „grundlegend anders“ als ihre Gegenstücke im Kapitalismus. Das Wertgesetz funktioniere in „modifizierter Form“ und die Warenproduktion sei von „besonderer Art“.

Wenn jedoch, wie Lemnitz behauptete, das Wertgesetz im Sozialismus Ausdruck der geplanten gesellschaftlichen Arbeit war und nicht mehr den Widerspruch zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit enthielt, handelte es sich dann nicht um ein völlig anderes Gesetz? Und wenn die Produkte der volkseigenen Industrien nur die „Hülle von Waren“ hatten, warum dann überhaupt die Kategorie „Warenproduktion“ verwenden?

Einige Ökonomen, wie z.B. Hans Wemmer, haben dies damals offen in Frage gestellt: „Warum nennen wir es aber weiter Warenbeziehungen bzw. warum macht es so große Schwierigkeiten, für diese effektiv neuen Beziehungen einen neuen Begriff einzuführen?“¹¹⁹ Laut Wemmer wurden in den sozialistischen Staaten nur „ganz selten völlig neue Begriffe“ entwickelt, weil Wissenschaftler mit der Begriffsbildung „konservativ“ waren.

Zusammengenommen haben dieser theoretische „Konservatismus“ und die Simulation von Marktmechanismen durch Chosrastschot fast zwangsläufig zu großen Missverständnissen geführt, wie beispielsweise Kohlmeys Behauptung, dass „auch Sozialismus Marktwirtschaft ist“. Ohne das analytische Instrumentarium, um die „neuen Beziehungen“ in der Planwirtschaft zu erfassen, war es unvermeidlich, dass Wirtschaftswissenschaftler gegensätzliche Interpretationen von der „Ausnutzung des Wertgesetzes“ vorbrachten (vgl. Lemnitz' Forderung nach genaueren Festpreisen und Behrens' Forderung nach verstärkten kommerziellen Beziehungen zwischen Betrieben).

¹¹⁹ Hans Wemmer, Zu einigen ökonomischen Kategorien der Warenproduktion, Wi-Wi, Heft 2, 1957, S. 238.

1957, inmitten der großen Debatte, war die theoretische Verwirrung um die Verwendung kapitalistischer Kategorien so groß, dass einige Planungsspezialisten einfach abschalteten: „Die Praktiker sind durch diese ganze Diskussion, die ja auf Fragen des Geldes, des Kredits, der Staatseinnahmen usw. ausstrahlt, nur verwirrt worden. Diejenigen, die sich nicht verwirren lassen wollten, haben sich aus der Diskussion herausgehalten und nach wirtschaftspolitischen Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten entschieden.“¹²⁰

Dieser Frust war zwar nachvollziehbar, doch der Rückzug der „Praktiker“ auf Entscheidungen „nach wirtschaftspolitischen Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten“ stellte zweifellos eine theoretische Kapitulation dar. Anstatt politische Maßnahmen auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen zu entwickeln, wurde die Theorie eher angepasst, um die bereits umgesetzten Maßnahmen zu rechtfertigen. Das Ergebnis zeigt sich in dem nebulösen Postulat der „Planwirtschaft sozialistischer Warenproduzenten“, das ab 1958 zur Rechtfertigung der erweiterten betrieblichen Autonomie herangezogen wurde.¹²¹ In den sowjetischen Lehrbüchern wurde behauptet, dass die Warenproduktion der volkseigenen Industrie immanent sei und die vom Kapitalismus übernommenen Kategorien mit dem Fortschreiten des Sozialismus auf höhere Stufen erweitert und weiterentwickelt werden müssten. Was dies in der Praxis für eine zentral geplante Wirtschaft ohne Märkte, ohne freie Preisbildung und ohne große Privatbetriebe bedeutete, wurde nie umfassend dargelegt. So kam es über die Zeit zu einer Inkongruenz zwischen ökonomischer Theorie und wirtschaftlicher Praxis. Die Wirtschaftswissenschaftler konnten die „neuen Beziehungen“, die das Planungssystem bereits geschaffen hatte, nicht hinreichend erfassen.

Diese theoretische Desorientierung bildete die Grundlage für die widersprüchlichen NÖSPL-Reformen der 1960er Jahren. Die vorherrschenden histori-

¹²⁰ Hans Wemmer, WiWi, Heft 2, 1957, S. 237.

¹²¹ Nach 1958 bezog sich der Begriff „sozialistische Warenproduktion“ nicht mehr auf die Behauptung, dass auch im Sozialismus in verschiedenen Wirtschaftszweigen Warenproduktion stattfinden wird (dies wurde nicht bestritten, da es als unvermeidliches Merkmal des Übergangs vom Kapitalismus angesehen wurde), sondern auf die These, dass die Produktion in der sozialistischen Industrie selbst eine Warenproduktion ist und dass die Produktionsmittel in den volkseigenen Industrien Waren sind.

schen Darstellungen dieser Reformen haben den Zusammenhang mit Chosrastschot nicht ausreichend untersucht. Das NÖSPL wurde letztendlich nach der Logik von Chosrastschot aufgebaut: Nachahmung des Marktes, ohne die Eigentumsverhältnisse anzutasten.¹²²

Das ausdrückliche Ziel der SED mit dem NÖSPL war es, den „ökonomischen Inhalt“ der wirtschaftlichen Rechnungsführung richtig zur Geltung kommen zu lassen (d.h. Selbstständigkeit der Betriebe, Eigenerwirtschaftung der Mittel und materielle Anreizsysteme).¹²³ Dies war die gleiche Forderung wie die von Kohlmeier und Behrens im Jahr 1956, wenn auch mit anderen Lösungsansätzen.

Heute werden von NÖSPL-Befürworter oft Parallelen zur Strategie Chinas nach 1978 gezogen, dabei wird jedoch das charakteristische Merkmal der chinesischen „Reform und Öffnung“ vernachlässigt: Die KP Chinas veränderte tatsächlich die Eigentumsverhältnisse und wurde zum Architekten eines echten nationalen Marktes. Außerdem orientierte sich die KPCh neu an der These, dass sie sich in einem frühen „Anfangsstadium des Sozialismus“ befand.

In der DDR gab es keine derartigen Veränderungen. Das Land behielt während seines 40-jährigen Bestehens eine zentrale Planwirtschaft mit sozialisierten Eigentumsverhältnissen bei. Das NÖSPL änderte die Eigentumsverhältnisse nicht und schuf nicht die Voraussetzungen für die Entstehung eines Marktes. Die Wirtschaftswissenschaften – noch im „theoretischen Konservatismus“ verhaftet – hielten an der abstrusen Vorstellung fest, das Wertgesetz müsse auf dem Weg zu höheren Stufen des Sozialismus weiterentwickelt werden. Die Inkongruenz zwischen Praxis und Theorie wurde also durch die NÖSPL-Reformen nur noch vertieft.

¹²² In dem während der NÖSPL-Ära veröffentlichten Lehrbuch der politischen Ökonomie heißt es, dass die „Planwirtschaft sozialistischer Warenproduzenten der wirtschaftlichen Rechnungsführung der sozialistischen Wirtschaftseinheiten“ entspricht. Die wirtschaftliche Rechnungsführung sei „eine objektive Kategorie der sozialistischen Produktionsweise“. Siehe: Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Dietz Verlag Berlin, 1969, S. 280.

¹²³ Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Dietz Verlag Berlin, 1969, S. 191.

Auch wenn in diesem Artikel der Schwerpunkt auf Probleme und Streitigkeiten gesetzt wurde, wäre es falsch, deren Auswirkungen auf die DDR-Gesellschaft zu übertreiben.

Trotz dieser ungelösten Fragen in der politischen Ökonomie konnte die DDR im Laufe von nur vier Jahrzehnten ein bemerkenswertes Wirtschaftswachstum und eine bemerkenswerte Entwicklung erzielen. Bis Ende der 1980er Jahre hat das Land seine Industrieproduktion mehr als verzweifffacht und sein Bruttoinlandsprodukt verfünffacht, so dass es zu den damaligen fünfzehn führenden Industriestaaten der Welt gehörte.

Trotz schwieriger Ausgangsbedingungen, Sabotage und Reparationsverpflichtungen nach dem Krieg gelang es dem Planungssystem, eine schrittweise Verbesserung des Lebensstandards und beispiellose soziale Rechte zu erreichen – nicht nur für Arbeiter, sondern auch für Bauern, die bis dahin keinen bezahlten Urlaub, keine kostenlose Gesundheits- und Kinderbetreuung und keinen Zugang zu Kultur und Weiterbildung kannten.

Die Kämpfe dieses Jahrzehnts legten den Grundstein für eine sozialistische Wirtschaft, die bis zu ihren letzten Tagen ohne konjunkturelle Krisen oder Rezessionen weiterwachsen sollte. So gab es zwar zweifellos Defizite in der Planungspolitik, die sich nachteilig auf die Gesellschaft auswirkten, doch hindernten sie die DDR nicht daran, die Tragfähigkeit der Planwirtschaft unter Beweis zu stellen. Das Planungssystem und die dahinterstehende politische Ökonomie bedurften einer Überprüfung und Weiterentwicklung, nicht einer Verdammung und Abschaffung.

Weitere Lektüre

Autorenkollektiv, Graupner, K. und Wittenburg, G. (Hrsg.), Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus - Umriss, Verlag Die Wirtschaft Berlin, Berlin, 1986.

Autorenkollektiv unter der Leitung von Lothar Baar, Wirtschaftsgeschichte – Ein Leitfad, Verlag Die Wirtschaft Berlin, Berlin, 1980.

Autorenkollektiv unter der Leitung von Rolf Badstübner, Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin, 1981.

- Bardmann, M., Die Preistypendebatte, ihre Grundlagen und ihr Einfluss auf die praktische Ausgestaltung des Preissystems der DDR, Berlin Verlag Arno Spitz, 1986.
- Badstübner, R. und Heitzer, H. (Hrsg.), Die DDR in der Übergangsperiode, Akademie Verlag, Berlin, 1982.
- Becker, S. und Dierking, H., Die Herausbildung der Wirtschaftswissenschaften in der Frühphase der DDR, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, 1989.
- Bombelles, J., Economic Development of Communist Yugoslavia, Hoover Institution Publications, Stanford University, 1968.
- Dunkhase, H., Plädoyer für Planwirtschaft, PapyRossa Verlag, Köln, 2022.
- Haffner, F., Das sowjetische Preissystem. Theorie und Praxis. Änderungsvorschläge und Reformmaßnahmen. Bunker & Humblot, Berlin, 1968.
- Kissel, P., Vom Wiederaufbau zum Eigentum in den Händen des Volkes, Internationale Forschungsstelle DDR, 2024.
- Knauff, R., Der fondsbezogene Preis in der DDR, Philipps-Universität, Marburg, 1970.
- Krause, G., Wirtschaftstheorie in der DDR, Metropolis-Verlag, Marburg, 1998.
- Kronrod, J.A., Das Geld in der sozialistischen Gesellschaft, Akademie Verlag, Berlin, 1963 (ursprünglich 1960 auf Russisch erschienen).
- Matho, F., Wie werden Preise gemacht? Gesellschaftlich notwendiger Arbeitsaufwand und Preis, Dietz Verlag Berlin, Berlin, 1967.
- Mühlfriedel, W. und Wießner, K., Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965, Akademie Verlag, Berlin, 1989.
- Nick, H., Ökonomiedebatten in der DDR, GNN Verlag, Schkeuditz, 2011.
- Protokoll: Finanzpolitische Konferenz vom 17. bis 19. September 1951, Deutsche Finanzwirtschaft, Nr. 17/18, Berlin, 1951.
- Roesler, J., Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Akademie Verlag, Berlin, 1978.

Roesler, J., Geschichte der DDR, PapyRossa Verlag, Köln, 2013.

Yaffe, H., Che Guevara: Die Wirtschaft der Revolution, Palgrave Macmillan, Hampshire, 2009.

Eine Problemanzeige der Redaktion offen-siv:

Zunächst eine Würdigung dieser Arbeit: Hinsichtlich des Datenmaterials, welches diese Arbeit zu den Marktformen in der DDR liefert, ist sie exakt, umfassend, klar gegliedert, und zudem mit weitem Blick, also die Geschichte der sozialistischen Staaten und wichtiger Geschehnisse einbeziehend –empirisch ist das eine sehr gelungene Arbeit.

Trotzdem haben wir auf der Analyseebene einige Einwände:

In der ökonomischen Theoriebildung der DDR wurde von namhaften Ökonomen in ihren Verlautbarungen das Wertgesetz behandelt wie ein beliebig einzusetzendes stoffliches Werkzeug, welches nichts am Wesen des behandelten Gegenstandes verändere, außer dass es angeblich seine „Effizienz“ verbessere.

Das ist grundfalsch. Das Wertgesetz ist das Gesetz des sich selbst verwertenden Wertes, also des Kapitals. Damit ist das Wertgesetz kein Bestandteil des Sozialismus, sondern unterscheidet sich qualitativ von ihm. Das Wertgesetz degradiert die Menschen, die die Arbeit leisten, zu Ausbeutungsobjekten, die dazu da sind, den Gewinn und damit auch den Kapitalstock der Betriebe zu vergrößern. Das Wertgesetz braucht zu seiner Tätigkeit die Unabhängigkeit der Betriebe, somit das Privateigentum an den Produktionsmitteln.

Anders als der Autor der vorliegenden Arbeit, der im Zusammenhang mit den markt- und wertgesetzorientierten ökonomischen Vorschlägen gewisser Ökonomen von „Verwirrung“, „Meinungsverschiedenheiten“, „Missverständnissen“, „Interpretationen“, „nebulösen Postulaten“, „abstrusen Vorstellungen“, „ungeklärten Fragen der politischen Ökonomie“ und „theoretischer Desorientierung“ spricht, sind wir der Auffassung, dass die Protagonisten der Anwendung statt der Überwindung des Wertgesetzes im Sozialismus selbstverständlich wussten, was sie forderten, denn sie waren keine Dummköpfe. Nein, sie waren sehr kluge Feinde des Sozialismus. Sie forderten nicht nur eine größere

Rolle des Wertgesetzes „im Sozialismus“ – wobei das inhaltlich nur bedeutet, dass der Sozialismus zu Gunsten oben dargestellter Privatwirtschaft aufgegeben wird –, sondern hatten auch Vorstellungen für Etappen dorthin, z.B. das Festpreissystem für Konsumgüter aufzugeben, dem Wertgesetz damit einen größeren Einfluss auf wirtschaftliche Entscheidungsfindungen der Betriebe zu gewähren, also eine stärkere Rolle des Geldes, was nichts anderes ist als Maß der Werte – und sie forderten, das Planungssystem zurückzufahren und die VEBs in selbstverwaltete Einheiten umzuwandeln, also privatwirtschaftliche Produktionseinheiten aus ihnen zu machen (was sie so offen selbstverständlich nicht formulierten).

Leute, die solche Maßnahmen für den Sozialismus vorschlugen und durchzusetzen versuchen, hießen sie nun Rau, Apel, Brus, Lange, Kohlmay, Behrens, Benary, Wolf, Kronrod, Gatowski, Strumilin oder Ostrowitjanow, sind Konterrevolutionäre und hätten eher ins Gefängnis als auf Lehrstühle für Ökonomie oder in Planungszentren der sozialistischen Wirtschaft gehört, denn das, was sie taten, war Klassenkampf gegen den Sozialismus.

Wir sind da lieber bei Engels: *„Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken.*

Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, der Zeit. (...) Die Gesellschaft schreibt also unter obigen Voraussetzungen den Produkten auch keine Werte zu.

Sie wird die einfache Tatsache, daß die hundert Quadratmeter Tuch meinetwegen tausend Arbeitsstunden zu ihrer Produktion erfordert haben, nicht in

der schielenden und sinnlosen Weise ausdrücken, sie seien tausend Arbeitsstunden wert. Allerdings wird auch dann die Gesellschaft wissen müssen, wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf. Sie wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten `Werts`.“¹²⁴ (...)

Und: Den Kapitalismus überwinden wollen mit einer Ökonomie, die auf dem Wertgesetz basiert, „heißt daher den Katholizismus abschaffen wollen durch die Herstellung des `wahren Papstes` oder eine Gesellschaft, in der die Produzenten endlich einmal ihr Produkt beherrschen, herstellen durch konsequente Durchführung einer ökonomischen Kategorie, die der umfassendste Ausdruck der Knechtung der Produzenten durch ihr eignes Produkt ist.“¹²⁵

¹²⁴ Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, („Anti-Dühring“) MEW 20, S. 288.

¹²⁵ Ebenda, S. 289.

